

Plattform MASSENUNI (Hg.):

Jenseits von Humboldt

**Von der Kritik der Universität
zur globalen Solidarischen Ökonomie des Wissens**

Workshop, Dokumentation & theoretische Hintergründe – eine Textsammlung
Spende: mindestens 4,- Euro

Was ist MASSENUNI?

MASSENUNI ist eine Plattform, die im Anschluss an den Workshop „Von der Unikritik zur solidarischen Ökonomie der Bildung“, der im Zentrum der vorliegenden Broschüre steht, gegründet wurde. Dazu wurde auch ein Blog eingerichtet:

<http://massenuni.blogspot.de/> Zweck der Plattform ist die Vernetzung und Koordination verschiedener Initiativen, die radikale Bildungskritik betreiben – ausgehend von oder im Rahmen der Uniprotestbewegung – und auf der Suche nach Alternativen, eben einer solidarischen Ökonomie des globalen Wissens, sind. Die Initiativen, Gruppen und Arbeitskreise der Plattform teilen folgende Eckpunkte:

- * Bildung und ihre Institutionen sind kritisch und im gesamtgesellschaftlichen Kontext zu thematisieren
- * Die Proteste sollen verbreitert und mit anderen emanzipativen gesellschaftlichen Bewegungen verknüpft werden
- * Antirassismus und Feminismus sind unverzichtbar
- * Im Rahmen einer Solidarischen Ökonomie der Bildung sind alternative Bildungskonzepte und -institutionen zu entwickeln
- * Die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist grundsätzlich in Frage zu stellen
- * Selbstorganisation und basisdemokratische Strukturen sind wesentlich
- * Kritische Wissenschaft und Wissenschaftskritik sind zu verbinden
- * Die Rolle von Studierenden und WissenschaftlerInnen im Kapitalismus ist kritisch zu reflektieren

Die Plattform betreibt einen Blog als Portal zu verschiedenen Initiativen. Der Blog sammelt Texte, Links und Termine. Die Plattform organisiert regelmäßige Treffen zwecks Koordination gemeinsamer Aktivitäten und zum inhaltlichen Austausch. Gegebenenfalls werden größere Veranstaltungen gemeinsam organisiert. Sämtliche Gruppen, Initiativen und Arbeitskreise, die Teil der Plattform sind, behalten ihre vollständige Autonomie. Die Plattform dient lediglich dazu, kritische Initiativen besser sichtbar zu machen und eine Koordination und Diskussion zwischen ihnen zu erleichtern. Wenn auch ihr Teil von MASSENUNI werden wollt, tretet mit uns in Kontakt! Erreichbar sind wir jedenfalls unter massenuni@gmx.at.

Derzeit sind folgende Initiativen/Arbeitsgruppen/Workshops/Zeitungsredaktionen bei MASSENUNI aktiv:

AG Anti-autoritäre Praxis und emanzipatorische Interventionen. Die Arbeitsgruppen Anti-autoritäre Praxis und Emanzipatorische Interventionen erarbeiten (konstruktive) Kritik zu Protest und Gesellschaft. Dies zielt auf eine umfassende Emanzipation von autoritären und diskriminierenden Strukturen und Verhaltensweisen, wobei wir aktiv zur Schaffung sozialer Freiräume sowie einer entsprechenden Organisation beitragen. Kontakt: emanzipatorische_interventionen@fsinf.at

AG Emanzipative Uni. http://unsereuni.at/wiki/index.php/Emanzipative_Uni

AG Kapitalismuskritik und Alternativen: Die Agru Kapitalismuskritik + Alternativen diskutiert und sammelt Wissen zu Macht-, HERRschafts- und Ausbeutungsverhältnissen unserer gegenwärtigen Gesellschaft. Ausgehend von kritischen Analysen sollen emanzipatorische Alternativen zwischen Theorie und Praxis aufgezeigt und praktiziert werden. Treffen der Arbeitsgruppe: Jeden Montag und Freitag ab 14 Uhr unten bei den Sofas im C1 (Campus) Kontakt: kapitalismus.krise@gmail.com

redaktion grundrisse.zeitschrift für linke theorie & debatte - www.grundrisse.net

Social Innovation Network - <http://www.social-innovation.org/>

SOLCOM: Online Community für Forschung und Entwicklung im Bereich Solidarische Ökonomie und Commons, Gruppe Solidarische Ökonomie der Universität <http://solcom.ning.com/group/uni>

Redaktion Streifzüge – magazierte Transformationslust www.streifzuege.org

uniIROT. Workshop „Zerschlagt die Universität!“ & Hintergrundtexte zu Uni, Protest & gesellschaftlicher Arbeitsteilung.

Nähere Informationen, Textarchiv und Workshoptermine unter: <http://unirot.blogspot.de/>

Informationen zu allen Arbeitsgruppen an der Universität Wien finden sich im Wiki unter <http://unsereuni.at/wiki/index.php/Category:AG>

ISBN: 3-9501925-2-2

EAN: 978-3-9501925-2-0

Impressum: MHFDlv: Plattform Massenuni, Dr. Karl Lüger Ring 1, 1010 Wien
Herstellerin: Digidruck, 1100 Wien



INHALT

Vorwort.....	4
Aufruftext zum Workshop.....	5

KAPITEL 1: WORKSHOP-INPUTS „Von der Unikritik zur solidarischen Ökonomie der Bildung“

Markus Schallhas: Welche Uni? Zugang zum und Unabhängigkeit vom herrschenden System.....	6
Markus Schallhas: Was ist „Verschulung“?.....	8
Petra Ziegler: Ökonomisierung der Bildung & Krise.....	10
Martin Birkner: Do you remember Wissensfabrik?, oder: Warum auch 2009 die Universität zerschlagen werden muss.....	12
Brigitte Kratzwald: Für eine solidarische Universität in einer solidarischen Gesellschaft.....	15
Franz Nahrada: Dogmatischer Pluralismus – zum Zustand der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften.....	18
Petra Neuhold & Paul Scheibelhofer: Antirassistische Perspektiven auf den Bologna Prozess und die Uniproteste.....	20

KAPITEL 2: TEXTE DER UNIVERSITÄREN PROTESTBEWEGUNG 2009

Statement gesamtgesellschaftliche Einbettung und Forderungen.....	23
AG Emanzipative Uni: AG Emanzipative Uni.....	26
Stellungnahme der 5. Lehrenden- und Forschendenversammlung an österreichischen Bildungseinrichtungen zum Internationalen Bildungsaktionstag am 17.11.2009 + Forderungskatalog.....	29
Aufruf zur Kritischen und Solidarischen Universität.....	33
Robert Foltin: Bewegungen der Studierenden in Österreich.....	34
Andrea Benino: Die perfekte Welle reißt den G8 der Universitäten fort.....	38
Elsa Dorlin: Die Sorbonne gegen die Zentauren.....	41

KAPITEL 3: THEORETISCHE HINTERGRÜNDE: VON DER KRITIK DER BILDUNG ZUR SOLIDARISCHEN ÖKONOMIE

Erich Ribolits: Bildung – Kampfbegriff oder Pathosformel?.....	46
George Caffentzis & Silvia Federici: Anmerkungen zur edu-factory und zum kognitiven Kapitalismus.....	52
André Gorz: Welches wissen? Welche Gesellschaft?.....	57
Utta Isop: Emanzipatorische betroffenenkontrollierte Forschung aus feministischer und geschlechterkritischer Perspektive.....	70
Eva Egermann / Frigga Haug (Interview): Kollektives Widerstandslernen organisieren!.....	72
Paul Singer: Universitäten und die „Solidarische Ökonomie“ – Was von Brasilien zu lernen ist	
Philip Taucher: Freie Bildung in Widersprüchen denken.....	80
Ziele und Organisation der Kritischen Universität (Berlin 1967).....	85

ÜBER DIE AUTORINNEN	87
----------------------------------	----

Liebe studierende ArbeiterInnen, liebe Protestierende, Besetzende und Solidarische!

Die vorliegende Textsammlung nahm ihren Ausgang von einem Workshop im besetzten Audimax im Rahmen der Universitätsproteste im November 2009 – mit dem Titel „Von der Kritik der Universität zur Solidarischen Ökonomie der Bildung“. Aus diesem Workshop ging auch die Plattform MASSENUNI hervor, die Herausgeberin dieser Broschüre ist. Die eine Intention des Workshops war, radikal gesellschaftskritische Positionen im Rahmen der universitären Protestbewegung sichtbar zu machen und die Rolle der Universität in der kapitalistischen Gesellschaft zu beleuchten. Die andere bestand darin, Möglichkeiten einer anderen Form von Wissensproduktion, -kommunikation und -distribution im Rahmen einer „Solidarischen Ökonomie der Bildung“ aufzuzeigen.

Wie weit uns das gelungen ist, mögen die LeserInnen selbst beurteilen. Wir jedenfalls hoffen, damit zumindest Debatten in diese Richtung anzustoßen. Die Plattform MASSENUNI vereint unterschiedliche Gruppen, Einzelpersonen und Initiativen. Gemeinsam ist uns das Bestreben, anstatt wirkungsloser Appelle an den Staat und der Klage über „zu wenig Geld für die Unis“ die Frage nach grundsätzlichen Alternativen zum herrschenden Wissenschaftsbetrieb aufzuwerfen. Im Kapitalismus, da sind wir uns einig, ist eine „Solidarische Ökonomie der Bildung“ nicht verallgemeinerungsfähig. Ihre Entwicklung muss daher notwendig mit der Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise einhergehen.

Die Solidarische Ökonomie ist ein Feld von alternativen Praxen und Diskursen, das ausgehend von Lateinamerika in den letzten Jahren auch in Europa an Attraktivität gewinnt. Solidarische Ökonomie beruht auf Selbstverwaltung der Produktionsmittel, einer Bedarfsorientierung anstelle der Profitproduktion und egalitärer Kooperation. Ein wichtiger Teil der solidarökonomischen Bewegung sind neue Formen der Wissensproduktion. Dabei ist nicht nur an Freie Software zu denken, sondern auch an einen Umbau der Universität, wie er in Brasilien, einem „Kernland“ Solidarischer Ökonomie, bereits vor Jahren begonnen hat.

Das an der Universität vorhandene Wissen muss gezielt für eine andere, nicht-kapitalistische Gesellschaft

eingesetzt werden. Dabei ist vieles als unbrauchbar, ja schädlich auszuschneiden. Viele Fragen einer Solidarischen Ökonomie kann universitäres Wissen heute gar nicht beantworten, muss also zusammen mit solidarökonomischen Bewegungen erst entwickelt werden.

Auch die Form der Wissensproduktion und -vermittlung für eine Solidarische Ökonomie muss sich verändern. Paul Singer, Leiter des brasilianischen Staatssekretariats für Solidarische Ökonomie hebt daher hervor, dass eine Solidarische Ökonomie der Bildung nicht nur Inter-Disziplinarität und egalitäre Kooperation zur Lebensbedingung hat, sondern dass sie auch die Trennung zwischen ForscherInnen und Beforschten aufhebt. Die Solidarische Ökonomie macht schließlich die Frage bearbeitbar, wie sich jene, die nicht-kapitalistisches und nicht-kapitalisierbares Wissen produzieren, denn reproduzieren können ohne genau dem System völlig ausgeliefert zu sein, das nicht nur alternative Praxen, sondern auch alternatives Denken fortwährend minimiert. Auch darauf finden sich unter anderem im Beitrag von Paul Singer wertvolle Anregungen.

Mit der Herausgabe dieser Broschüre verfolgen wir folgende Zwecke:

- a) Publikation der im Rahmen des Workshops geleisteten Inputs. Sie sollen die Thesen der DiskutantInnen verfügbare und diskutierbar machen und – so hoffen wir – zu weiteren Auseinandersetzungen mit der Thematik anregen. Nur allzu oft verschwindet alternativ generiertes Wissen im Nichts, wird die Produktion von Texten dem herrschenden Wissensdispositiv überlassen. Dagegen steht diese Broschüre.
- b) Dokumentation von Texten, die im Rahmen der universitären Protestbewegung 2009 entstanden sind, und sich die Frage nach grundsätzlichen Alternativen zum vorherrschenden Wissenschaftsbetrieb stellen – in Österreich und international.
- c) Veröffentlichung theoretischer Hintergrundtexte, die sich mit der Rolle der Universität in der kapitalistischen Gesellschaft und deren Transformation auseinandersetzen, aber eben auch mit den Chancen,

Möglichkeiten und Grenzen einer Solidarischen Ökonomie des gesellschaftlichen Wissens – jenseits von Markt und Staat.

Dieser Dreiteilung folgt auch der Aufbau der Texte. Gäben sie den einen oder anderen Anstoß für kollektive Diskussion und solidarische Aktion, so wäre ihre

Funktion erfüllt. Über Feedback würden wir uns freuen, auch wenn ihr mit Leuten von uns diskutieren wollt: meldet euch bei massenuni@gmx.at

Wien, am 30. November 2009

Martin Birkner, Andreas Exner

PS: MASSEUNI dankt all jenen, die an der Entstehung dieser Textsammlung beteiligt waren, insbesondere Birgit, Karl und Minimol!

Ankündigung:

Vom Uniprotest zur Solidarischen Ökonomie der Bildung Workshop, besetztes Audimax der Universität Wien, 15.11., 14.00-16.00

Inhalt: Wie kann eine Protestdynamik nach dem Ende von Hörsaal-Besetzungen aussehen? Was wäre eine längerfristige Perspektive der Bewegung? Wie erweitern wir die Bewegung inhaltlich und schärfen zugleich ihren Fokus? Wie entgehen wir der Reduktion auf „Forderungen an die Politik“? Wie könnte eine „andere Uni“ aussehen? Wäre eine „andere Uni“ noch eine „Universität“? Für eine Antwort auf diese Fragen wollen wir die Universität bzw. das Bildungssystem im gesellschaftlichen Kontext, als Teil kapitalistischer Produktionsverhältnisse und vor dem Hintergrund einer globalen Krise begreifen.

Ziel: des Workshops ist Vernetzung von Aktivitäten, die ein Projekt „Solidarische Universität“ inhaltlich und organisatorisch vorantreiben wollen, das kapitalistische Produktionsverhältnisse angreift und partiell transzendiert. Dazu geben wir als Input kurze Thesen, sammeln Ideen und öffnen eine Debatte um konkrete Schritte.

Input/Organisierung: Verschiedene AktivistInnen aus folgenden Gruppen/Initiativen: grundrisse, Perspektiven, Streifzüge, Boku- und Akademie-AktivistInnen, Sinet, Attac und andere.

Thesen-Inputs: ca. je 5 Minuten:

- 1) „Welche Uni? - Zugang zum und Unabhängigkeit vom herrschenden System“ (Markus Schallhas)
- 2) „Privatisierung und kapitalistische Ökonomisierung der Universität“ (Petra Ziegler)
- 3) „Die Universität und ihre Rolle in der kapitalistischen Arbeitsteilung“ (Martin Birkner)
- 4) „Dogmatischer Pluralismus – wie entstehen die Gegenstände der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften?“ (Franz Nahrada)
- 5) „Für eine Solidarische Ökonomie der Universität“ (Brigitte Kratzwald)
- 6) Input von AktivistInnen der Akademie der Bildenden Künste (Sophie Schasiepen)
- 7) Input von AktivistInnen zu „Kritische Migrationsforschung und antirassistische Strategien“ (Petra Neuhold und Paul Scheibelhofer)

KAPITEL 1: WORKSHOP-INPUTS

Welche Uni? Zugang zum und Unabhängigkeit vom herrschenden System

Markus Schallhas

Universität ist ein sozialer Ort des Wissens. Soziale Orte der Erzeugung von Wissen sind notwendig.

Universität ist eine Institution, die die Produktion und Anerkennung von Wissen reglementiert. Universität ist ein Gemeenge verschiedener Produktionsweisen.

Universität ist ein vom Rest der Gesellschaft differenzierter Bereich. Die herrschende Universität ist gekennzeichnet durch die Vorherrschaft der neoliberalen Produktionsweise, aber auch durch das Vorherrschen patriarchalische, feudalistischer und staatssozialistischer Strukturen. Repräsentative Demokratie, Basisdemokratie, sowie kommunitäre und individual-anarchistische Produktion wird zurückgedrängt. Verschulung besteht in der Verstärkung der ersteren. Die Verschulung wirkt selbst für die ersteren zunehmend dysfunktional. Es gibt eine Grenze der Entbettung, eine Grenze der Differenzierung, so wie es für den Kapitalismus auch Grenzen des Wachstums gibt. Wissensproduktion erfolgt individualisiert und in vorgegebenen sozialen Räumen. Die Beteiligten können nicht über die sozialen Räume entscheiden, innerhalb derer sie Wissen produzieren möchten. Ausnahme sind Nischen. Die Anerkennung betrifft das in der Universität selbst produzierte Wissen. Eine Anerkennung von außerhalb der Universität produziertem Wissen ist nicht möglich. Ausnahme sind Nischen.

Eine freie Universität beruht auf einer **Solidarischen Ökonomie**. Solidarische Ökonomie bedeutet:

1. Recht auf Zugang zu und Unabhängigkeit vom herrschenden System
2. Ausbau solidarischer Produktionsweisen der Bildung

Ad 1) Recht auf Zugang zu und Unabhängigkeit vom herrschenden System

Die Verkehrung des Verhältnisses von Gesellschaft und Universität. Die Entwicklung einer angemessenen Struktur für Teilzeitstudien und Teilzeitlehre. Das teilweise Zusammenfallen der Subjektpositionen von Studierenden, Forschenden und Lehrenden. Die vollständige Transparenz der Lehrinhalte durch öffentliche Skripten. Das Recht auf Ablegen von Prüfungen für alle Menschen der Gesellschaft. Die Anerkennung von außerhalb der Universität geschaffenen Wissens sowie von Wissen, welches an den Universitäten selbstbestimmt geschaffen wurde.

Ad 2) Ausbau solidarischer Produktionsweisen der Bildung. Das Verfügen über Ressourcen zur selbstbe-

stimmten Gestaltung von sozialen Räumen des Wissens. Das Ausdehnen basisdemokratischer, kommunikativer, individualanarchistischer und repräsentativ demokratischer Produktionsweisen. Die Zusammenlegung von Volkshochschulen und Universitäten. Die Existenz von Wissenscommons.

Die aktuelle Entwicklung

Der Neoliberalismus wird für sich selbst dysfunktional. Solidarische Ökonomie wird für den Neoliberalismus funktional. Die postfordistische Ökonomie führt zu einer Gesellschaftsstruktur, die im Widerspruch zur Struktur der heutigen Universität steht. Eine Politik der Verteidigung von Festungen gerät in Widerspruch sowohl zur neoliberalen Produktionsweise als auch zur selbstbestimmten Tätigkeit freier ProduzentInnen. Die öffentlichen Institutionen erweisen sich unfähig, eine neoliberale Universität 2.0 zu entwickeln.

Unmittelbare **Ansatzpunkte** sind: Die Erzeugung von undifferenzierten Räumen der Wissensproduktion, in denen die Trennungen zwischen Lehrenden, Studierenden, Forschenden und Menschen außerhalb der Universität aufgehoben werden. (Entschulung, Entdifferenzierung) Auf der Mikroebene die Verbindung von konkreten Entscheidungen über den Besuch von Lehrveranstaltungen, die Führung von Diskussionen, die Teilnahme an Partys usw. mit politischem Diskussionen, die diese Entscheidungen reflektieren. Der **Erfolg der aktuellen Proteste** erklärt sich dar-

aus, dass die Bewegung die genannten Punkte zum Teil schon realisiert; dass die Bewegung Kämpfe um den Zugang zum herrschenden System mit Kämpfen für Unabhängigkeit vom herrschenden System kurzschließt. Die Bewegung beruht auf einer Gleichzeitigkeit von Protest und Studium.

Dies passiert durch Entdifferenzierung in den besetzten Hörsälen. Im sozialen Raum der Proteste wird die Unterscheidung zwischen Studierenden und Lehrenden, zwischen der Universität und der Gesellschaft teilweise aufgehoben. Die Hörsäle sind quantitativ und symbolisch ein bedeutender Teil der Raum- und Zeitstruktur der Universitäten sowie der gesamten Gesellschaft. Es kommt nicht zu einer Verdoppelung der Gesellschaft durch Schaffung zusätzlicher Räume, sondern zur vollständigen Aneignung eines Teils des bestehenden Alltags. Die Bewegung setzt auf selbstbestimmte Produktionsweisen von politischem Wissen. Sie schafft politische Commons, zu welchem freier Zugang besteht.

Die neoliberalen Medien bedienen sich dieses Commons. Die Studierenden sind für diese eine wichtige Zielgruppe. Die aktuelle Strategie der Gegner überlappt sich mit der Strategie der Bewegung. Einige parteipolitische Akteure setzen auf eine krisenhafte Zuspitzung zur Stimmungsmache für weitere neoliberale Reformen. In der neoliberalen Organisationsentwicklung ist in „Change-Prozessen“ eine Phase des Protests und der Entdifferenzierung üblich.

*Thesen für den Workshop „Vom Uniprotest zur Solidarischen Ökonomie der Bildung“ an der Universität Wien
Audimax, 15. 11. 2009.*

Was ist „Verschulung“

Markus Schallhas

Die Grenzen sozialer Differenzierung

Die erste Forderung der Studierendenproteste lautet derzeit „Bildung statt Ausbildung!“. In Reaktion darauf ist eine kritische Debatte entstanden, die sich einerseits mit den Studierenden solidarisch erklärt und andererseits gegen die Forderung nach einem Mehr an Bildung den Aufruf hält: „Zerschlagt die Universitäten!“ Andreas Exner von SINET (Social Innovation Network) und Martin Birkner von den Grundrissen schließen damit an frühere soziale Bewegungen an. Ich denke, es ist wichtig, diese Debatte weiterzuführen und die Frage nach sozialer Arbeitsteilung und Differenzierung inner- und außerhalb der Universitäten zu stellen.

Mehr Uni

„Bildung statt Ausbildung“ meint konkret die Rücknahme von Maßnahmen des neoliberalen Umbaus im Zuge des Bologna Prozesses, die von den Studierenden als „Verschulung“ der Universitäten bezeichnet werden. Die Analyse, dass Reformen, wie etwa Einführung von Bachelor- und Masterstudien oder verpflichtende Einführungsphasen, das wahrhaft Universitäre zum Verschwinden bringen, beruht aber auf einem Irrtum: Verschulung bedeutet im Gegenteil ein Mehr an Universität. Universitäten sind soziale Institutionen, die auf bürokratische Art die Produktion und die Anerkennung von Wissen organisieren. Von den Studierenden gefordert wird hingegen ein selbstbestimmtes Studium. Die konkreten Forderungen spielen insofern nicht auf den Einsatz für ein Mehr an Universität an, sondern auf einen Einsatz gegen mehr Universität.

Zerschlagung oder Ausbau der Universitäten?

Die soziale Realität an den Universitäten ist jedoch widersprüchlich und geht über institutionell reglementierte Wissensproduktion weit hinaus. In der Tat findet auch selbstbestimmte Wissensproduktion statt. Es handelt sich um komplexe Gebilde aus verschiedenen Produktionsformen nicht nur von Wissen, sondern auch von Erfahrung, Essen, Gebäuden, Freundschaften u. v. a. m. Einige dieser zentralen Produktionsformen können als neoliberal, feudalistisch,

staatssozialistisch, kommunitär und individualanarchistisch bezeichnet werden. Die ersten drei der genannten Formen beruhen auf Regulierung und schaffen einen Großteil der gesamten Struktur. Letztere sind eher in informellen Räumen anzutreffen. Für wissenschaftliche Innovationen sind Erstere eher dysfunktional, während Letztere tendenziell funktional sind. Die Krise der Universitäten besteht unter anderem darin, dass unter dem Druck wirtschaftlicher Effizienz dies übersehen wird und auf eine Ausweitung neoliberaler, staatsfeudalistischer und staatssozialistischer Produktionsweisen gesetzt wird. Dadurch werden jedoch weitere Probleme produziert, welche wiederum nach mehr Reglementierung rufen.

Zerschlagung und Ausbau der Universitäten

Wie kann der widersprüchlichen Realität, die v. a. in der Gemengelage verschiedener Produktionsweisen besteht, politisch Rechnung getragen werden? Von den Universitäten ist vor allem eine Anerkennung der informellen und freien Wissensproduktion zu fordern, die bereits existiert, sowie das Zur-Verfügung-Stellen zusätzlicher Ressourcen. Zu fordern ist weiters eine Rücknahme neoliberaler, feudalistischer und staatssozialistischer Regulierung. Wie diese Analyse allerdings in einen öffentlichen Diskurs umgesetzt werden kann, weiß ich nicht. Die Gleichzeitigkeit von widersprüchlichen Dingen und die Doppeldeutigkeiten der verschiedenen Begriffe bedeuten erhebliche Schwierigkeiten.

Die Entbettung des wissenschaftlichen Systems

Verschult werden aber nicht nur die Universitäten, sondern die gesamte Gesellschaft. Die Entstehung der Universitäten, das heißt die Abtrennung einer Sphäre des Wissens vom Rest der Gesellschaft, geht den immer neuen Universitätsreformen voran. Die letztlich entscheidende Frage ist, an welchem Ort Wissen entsteht. Die dominierenden Systeme beruhen auf der Illusion, dass Wissen in Vorlesungen und aus Texten angeeignet werden kann. Dies ist eine Illusion und zwar deswegen, weil Wissen nicht konsumiert werden kann. Wissen kommt nicht aus einem Text oder dem Mund eines Vortragenden, sondern entsteht in den Köpfen der Menschen. Die zentrale Herausforderung

eines Studiums besteht darin, einerseits seine eigenen Interessen zu entwickeln und andererseits den Anschluss an die bürokratischen Systeme zu erlangen. Dieses Problem wird an den Universitäten allerdings weitgehend verdrängt. Im Gegenteil, viele der Reformen beruhen auf der Auffassung, dass etwa in verpflichtenden Einführungsveranstaltungen herausgefunden werden könne, ob das Studium wirklich interessiert.

Die Grenzen der Differenzierung

Nicht geschaffen und angeeignet kann Wissen außerhalb der Universitäten werden. Wenn es das dennoch kann, dann wird es nicht anerkannt. Dies ist zumindest die häufige Konsequenz der gängigen Praxis. Dem ist entgegenzuhalten, dass die Differenzierung des wissenschaftlichen Systems kein selbstverständliches Phänomen ist. Sie erfolgt im Rahmen einer bestimmten politischen Ökonomie und ist geprägt von unterschiedlichen Formen der Unterdrückung. So zerstörerisch die Universitäten auf außeruniversitäre Formen der Wissensproduktion wirken, etwa im Hinblick auf den Niedergang des intellektuellen Lebens oder das Verschwinden oraler Traditionen, indigener Kosmosvision oder bäuerlichem Handwerks, so zerstörerisch wirkt auch ihre fortlaufende „Verschulung“ auf sie selbst. Es gibt nicht nur Grenzen kapitalistischen Wachstums, sondern auch „Grenzen der Differenzierung“.

Die inneruniversitären Konsequenzen

Viele der beklagten Missstände an den Universitäten markieren diese Grenzen. Wenn keine Zeit mehr bleibt für selbstbestimmte Gespräche und Lektüren, für Spontaneität und Änderungen im Curriculum, dann wird selbst noch das beste Regelwerk dysfunktional. Eine Flut an immer gleichen Publikationen, an desinteressierten Menschen und psychischen Problemen ist die Folge. Ganz abgesehen davon, ob das wissenschaftliche System Relevantes in seiner „Funktion“ für die Gesellschaft beizutragen hat. Das hieße etwa zur Lösung der Wirtschafts-, Energie- und Klimakrise.

Zu einer Solidarischen Ökonomie öffentlicher Dienste

Vieles des oben Gesagten gilt auf die eine oder andere Weise auch für andere öffentliche Dienste und für die Funktionen, die sie erfüllen sollen. Die Gemengelage verschiedener Produktionsweisen und die Frage der Differenzierung/Entdifferenzierung stellen vor erhebliche theoretische und praktische Probleme. Zentrale Elemente früherer sozialen Bewegungen, wie die Kritik am medizinischen System, an Gefängnissen und Schulen sind unverständlich geworden. Hinter deren „Anti“-Haltung verbergen sich jedoch wichtige Einsichten.

Wien, 30. Oktober 2009

Ökonomisierung der Bildung & Krise

Petra Ziegler

Die Kritik an einer fortschreitenden Ökonomisierung der Bildung, wenngleich oftmals fälschlich im Gegensatz zu einem vorgeblich hehren, reinen Bildungsidyll vergangener Tage gesehen, bildet einen der zentralen Gegenstände der aktuellen Proteste. Eine Darstellung der Entwicklung der letzten Jahrzehnte darf an dieser Stelle knapp ausfallen.

Seit den 1980-er, verstärkt noch seit den 1990-er Jahren zwang eine Reihe marktorientierter Offensiven den Bildungsbereich, wie auch andere öffentliche Sektoren, einerseits in betriebswirtschaftliche Strukturen, andererseits (und in Folge) wurden die Sektoren zunehmend für private Anbieter geöffnet.

Dieser Prozess wurde auf verschiedenen Ebenen mittels unterschiedlicher Akteure weltweit vorangetrieben. Für die Länder des Südens, ebenso für die osteuropäischen Staaten nach 1989, waren dabei die Vergabekriterien und Auflagen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank von entscheidender Bedeutung. So war die Erteilung von Krediten an die Umsetzung der sog. *structural adjustment programs* (Strukturanpassungsprogramme) gebunden, mit deren Hilfe die verschuldeten Länder genug Devisen erwirtschaften sollten, um eine Rückzahlung der Kredite zu gewährleisten. Die marktförmige Umgestaltung, bis hin zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, war und ist wesentlicher Kern dieser Programme.

Das GATS-Abkommen der Welthandelsorganisation über den weltweiten Handel mit Dienstleistungen beförderte den Prozess auf europäischer Ebene, ebenso die EU-Binnenmarktpolitik. Zwar verfügt die EU im Bildungsbereich über keine direkten Kompetenzen, doch hat sie über eine Reihe „koordinierender Maßnahmen“ zumindest mittelbaren Einfluss auf die diesbezügliche Politik der Mitgliedsländer.

Wissen ist zu einer, wenn nicht der Hauptproduktivkraft unserer Zeit geworden – das spiegelt sich schon im allgegenwärtigen Schlagwort der Wissensgesellschaft. Ebenso die Rede vom Wissen als wichtigster Ressource, vom Wissen als „Europas wichtigstem Kapital“. Das EU-Weißbuch zur allgemeinen und beruflichen Bildung *Lehren und Lernen – Auf dem Weg zur kognitiven Gesellschaft* aus dem Jahr 1995 spricht gar von

den „Humanressourcen“ als „größtem Trumpf der Union“. Erinnert sei ebenso an die zu Beginn des Jahrtausends beschlossene „Lissabon-Strategie“, mit der die Europäische Union durch umfassende Reformen bis 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ werden soll.

Die Union soll demnach – so wohl die Phantasie – die Rolle eines globalen Kopfarbeiters übernehmen, während andere Regionen, mittel- wie langfristig, ihrer Aufgabe als „verlängerter Werkbank“ nachkommen dürfen.

Damit die so gesetzten Erwartungen erfüllt werden, muss „Wissen“ freilich erst verwertungstauglich abgepackt und auf messbare Leistungsgrößen zugeschnitten werden. Entsprechend fordert das genannte Weißbuch eine „Anpassung an die Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes“ und eine entsprechende „optimale Anpassung der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung“. In jüngster Zeit wurden mehrere Dutzend verschiedener Indikatoren zur Messung der Qualitätsentwicklung im Bildungsbereich (vom Umgang mit SchulabbrecherInnen bis zum „lebenslangen Lernen“) festgelegt, die optimale Vergleichbarkeit und in Folge Verwertbarkeit sicherstellen sollen.

Bildung insgesamt (keinesfalls nur „Ausbildung“) und universitäre Bildung im Besonderen standen freilich immer schon im Dienste kapitalistischer Verwertungsinteressen. So ist auch deren aktuell in die Kritik geratene „Ökonomisierung“ primär vor dem Hintergrund der kapitalistischen Form der Krisenverarbeitung zu lesen. Die Krise des globalisierten Kapitalismus gibt dabei nicht erst seit dem jüngsten Crash den (auch finanziellen) Rahmen vor.

Bereits mit dem Ende der langen Aufschwungsphase der Nachkriegszeit, getragen von expandierender Massenproduktion und Massenkonsum der fordistischen Ära, war der Verwertungsprozess des Kapitals ins Stokken geraten. Spätestens seit dem Rückgang des Wachstums in den westlichen Industriestaaten in den 1970-er Jahren des vergangenen Jahrhunderts ist das überschüssige Kapital auf der Suche nach lukrativen

Investitions- und Anlagemöglichkeiten. Neben der steten Eroberung neuer Absatzmärkte und dem immer massiveren Ausweichen auf die Finanzmärkte fiel das suchende Auge dabei auf eine Reihe gewinnversprechender Bereiche des öffentlichen Sektors – etwa Altersvorsorge, aber auch Bahn, Post, Wasserversorgung ... und eben Teile des Bildungsbereichs.

Von Interesse sind dabei jeweils die Filetstücke, die kurzfristige wirtschaftliche Verwertbarkeit und/oder entsprechend zahlungskräftige Nachfrage versprechen; immerhin wird der weltweite Bildungsmarkt auf gut

2.000 Mrd. US-\$ jährlich geschätzt. Der „Rest“ – und das betrifft den größeren Teil der heutigen Massenuniversitäten und der Studierenden – sieht und sah sich bereits in der Vergangenheit mit dem Sparzwang der öffentlichen Kassen konfrontiert. Daran hat sich nach den jüngsten Rettungspaketen für die maroden Finanzinstitute und der damit einhergehenden explodierenden staatlichen Neuverschuldung nichts zum Besseren gewandelt. Die Hoffnung auf eine Ausweitung des finanziellen Spielraums im weiteren Krisenverlauf darf als illusorisch bezeichnet werden.

Dieser Text entstand im Rahmen des Workshops „Vom Uniprotest zur Solidarischen Ökonomie der Bildung“ an der Universität Wien, Audimax, 15. 11. 2009.

Do you remember Wissensfabrik?, oder: Warum auch 2009 die Universität zerschlagen werden muss

12 Thesen und ein unausgewiesenes Zitat zur Universität in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung des postfordistischen Kapitalismus und deren Überwindung

Martin Birkner

Im Folgenden soll thesenartig der Stellenwert der gesellschaftlichen Arbeitsteilung für die Aufrechterhaltung aber auch für die Überwindung kapitalistischer Verhältnisse nachgezeichnet werden. Im Zentrum dabei steht dabei einerseits „analytisch“ die gegenwärtige postfordistische Transformation des Kapitalismus und andererseits „politisch“ die Perspektive gesellschaftlicher Befreiung eingedenk dessen, dass es kein Außerhalb kapitalistischer Verhältnisse mehr gibt, zumal in den metropolitane Regionen der Welt. Ein derartiger Blickwinkel hilft hoffentlich ein Stück weit dabei, die Unmöglichkeit fortschrittlicher bildungspolitischer Bewegungen und Forderungen ohne Berücksichtigung des gesellschaftlichen Kontextes sichtbar zu machen sowie die Suche nach kollektiven Formen eines emanzipativ orientierten Widerstandes gegen die Zumutungen der „Wissensgesellschaft“ voranzutreiben.

1. Wir leben im Zeitalter der realen Subsumption der gesamten Gesellschaft unter das Kapitalverhältnis. Nicht mehr nur die Arbeit, sondern das ganze Leben wird – zumindest tendenziell – den Reproduktionserfordernissen des Kapitals unter- bzw. eingeordnet. Es gibt kein Außerhalb des Kapitalismus mehr – es sei denn, wir stellen künftig eines her.

2. Dies gilt auch für die Widerstände und emanzipativen Bewegungen gegen den Kapitalismus. Angesichts der Tatsache, dass selbst jene Bewegungen, an die sich historisch am ehesten anknüpfen ließe, letztlich zumindest zur Weiterentwicklung, wenn nicht zur Verfeinerung und Dynamisierung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse beigetragen haben, kann es keinen archimedischen Punkt emanzipativer Kritik mehr geben. Der (National)Staat war dies ohnehin nie, aber auch die Parteiform oder das Sich-Berufen auf revolutionäre Subjekte „an sich“ ist Schnee von gestern. Stattdessen gilt es, den kapitalistischen Betrieb der Universität am Funktionieren zu hindern und gleichzeitig und gleichwertig eigene Formen der Wissensproduktion, -distribution und -aneignung zu ent-

wickeln, eben eine transnationale solidarische Ökonomie des kommunen Wissens.

3. Die materialistische Lehre von der Veränderung der Umstände und der Erziehung vergisst, dass die Umstände von den Menschen verändert und die Erzieherin bzw. der Erzieher selbst erzogen werden muss. Sie muss daher die Gesellschaft in zwei Teile – von denen der eine über ihr erhaben ist – sondieren. Das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung kann nur als *revolutionäre Praxis* gefasst und rationell verstanden werden.

Da auch der postfordistische Kapitalismus zentral auf der Teilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit beruht, gilt es die Veränderungen dieser Arbeitsteilung zu erkennen. Diese Veränderungen aber sind selbst wieder von (vorangegangenen) Widerstandsbewegungen und sozialen Kämpfen abhängig (siehe These 2). Die Veränderung der klassischen kapitalistischen Arbeitsteilung zwischen „Kopf-“ und „Handarbeit“ wurde nicht zuletzt durch die 1968er-Bewegung und die zweite Frauenbewegung theoretisch und praktisch in Frage gestellt.

4. Das Bildungssystem und insbesondere die Universitäten waren und sind zentrale Institutionen dieser Arbeitsteilung. Ein Universitätsabschluss garantierte in hochfordistischen Zeiten mehr oder weniger die Teilnahme an der „kopfarbeitenden“ Elite. Der Übergang zur Massenuniversität, begleitet von den massiven sozialen Kämpfen der 1960er und 70er Jahre, führte zu einer Veränderung der zuvor relativ klaren und stabilen Trennungslinie zwischen Intelligenz und Proletariat. Damit einhergehend wurde der akademische Titel als allgemeines Äquivalent universitärer Bildung entwertet. Um dieser Entwertung entgegenzutreten, griff und greift der kapitalistische Staat zu administrativen Maßnahmen wie Zugangsbeschrän-

kungen, Studiengebühren, knock-out-Prüfungen etc. Aber nicht nur das:

5. Die Veränderungen im postfordistischen Universitätsbetrieb führten zu einer verfeinerten Abstufung der Bildungsabschlüsse. Die scheinbare Paradoxie: Wir haben es mit Prozessen von Verschulung und neuer Elitenbildung *gleichzeitig* zu tun! Die Einführung von Fachhochschulen, Privatuniversitäten oder unzähligen Post-Graduate-Studiengängen soll eine eng an die ökonomischen Bedürfnisse angeschmiegte feinunterteilte Ausbildungslandschaft produzieren, ebenso die andauernden Reformen, Reformen der Reformen etc. Dies lässt jedoch auch auf eine gewisse Hilflosigkeit der Herrschenden hinsichtlich der An- und Einpassung des postmodernen „Menschenmaterials“ an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes erkennen. Etwas besser ist dagegen die ideologische Reform gelungen: Kaum jemand studiert wirklich noch länger als die Mindeststudiendauer, die jetzt auch Regelstudien-dauer heißt und der Anrufung der Studierenden als künftige ArbeitskraftunternehmerInnen wir weitgehend Folge geleistet.

6. Wer Elite sein wird, ist durch die Universität gegangen, der Umkehrschluss aber gilt nicht: Ein Universitätsabschluss ist heute eher Garant einer prekären Ich-AG-Zukunft als ein Sprungbrett in die Elite. Auf diese Veränderungen muss die kritische Selbstreflexion der studierenden Subjekte reagieren. Wir werden prekariisiert und proletariisiert. Studentischer Widerstand sollte sich daher auch als Klassenkampf, verstanden als verallgemeinerungswürdiger Kampf gegen das Klassifiziert-Werden, begreifen.

7. Ohne die konstitutive Miteinbeziehung genderkritischer und antirassistischer Analysen kann der komplexen Realität der universitären Landschaft – zumal in kritischer Absicht – nicht adäquat Rechnung getragen werden. Die sexistischen und rassistischen Arbeitsteilungen und Ausschlussmechanismen begrenzen einerseits (institutionell) den Zugang zu den Wissensinstitutionen, andererseits depotenzieren die herrschaftskonformen Varianten des ehemals subalternen Wissens (Stichworte: *Diversity Management* oder *Gender Mainstreaming*) die Sprengkraft von Theorie und Praxis eben dieses Wissens.

8. Kritische Wissenschaft darf sich nicht ausschließlich auf Wissensinhalte beschränken sondern muss mit Wissenschaftskritik, d.h. der Infragestellung der Identität als StudentIn bzw. WissenschaftlerIn ebenso einhergehen wie mit der Suche nach neuen,

antihierarchischen und partizipativen Formen der Wissensaneignung bzw. -vermittlung. Theoretische und praktische Ideologiekritik ist nicht obsolet, ebenso wenig eine Kritik der wissenschaftlichen Arbeitsteilung in Disziplinen als herrschaftlich verfasste universitäre Funktionsäquivalente der Abteilungen in Fabriken und Ämtern oder der militärischen Waffengattungen.

9. Eine Kritik des postfordistischen Kapitalismus darf die Kritik der Universität ebenso wenig ausklammern wie eine universitäre Protestbewegung das Eingebundensein der Bildungsinstitutionen in den kapitalistischen Reproduktionszyklus. Das humboldtsche Bildungsideal war nie in Einklang mit dem kommunistischen Streben nach Herrschaftslosigkeit zu bringen, sondern basierte auf den humanistischen Vorstellungen bürgerlicher Gesellschaft – also herrschaftlicher verfasster und von Eliten geleiteter sozialer Verhältnisse.

11. Im zunehmend wissensbasierten Kapitalismus wird das Wissen heute selbst zur vergesellschafteten Produktivkraft. Dies bedeutet sowohl die Unterwerfung der Wissensproduktion unter den Akkumulationsimperativ des globalen Kapitalismus, ist jedoch gleichzeitig auch eine Chance, da die assoziierten WissensproduzentInnen des Postfordismus nicht mehr auf eine außerhalb ihrer Assoziation existierende planende oder anleitende Instanz angewiesen sind. Tendenziell kehrt das gesellschaftliche Wissen zu den ProduzentInnen zurück – die starren Trennungen des Fordismus – allen voran jene zwischen Hand- und Kopfarbeit – wurden und werden aufgeweicht. Dazu hat gesellschaftliches Wissen eine Eigenschaft, die es von materiellen Waren unterscheidet: Es verschwindet nicht beim Konsum, im Gegenteil vermehrt es sich dadurch und wird angereichert. Diese bietet der Perspektive der Wiederaneignung gesellschaftlicher Produktion in solidarischer Absicht einen optimalen „kommunen“ Nährboden: Wir brauchen zur Wissensproduktion weder Staat noch Kapital, vielleicht aber ganz rasch ein bedingungsloses Grundeinkommen.

12. Laut aktuellen Studien lebt rund die Hälfte der Studierenden in diesem Land an oder unter der Armutsgrenze, während Privatuniversitäten, Exzellenz-Cluster, Forschung im Dienste der neuen Kriege, industriennahe Lehrstühle und Drittmittelfinanzierung den Kapitalismus immer unvermittelter die ehemaligen Elfenbeintürme in deterritorialisierte Werkshallen der nunmehr gesellschaftlich gewordenen Fabrik verwandeln. Die Universität im Kapitalismus wird direkt

zur kapitalistischen Universität: sie produziert als kapitalistisch strukturierte Bildungsinstitution mittels ECTS-Punkten und Noten als allgemeinen Äquivalent warenförmiges Wissen und damit die für den Kapitalismus wertvollste Ware: die Ware Arbeitskraft, einerseits vollständig unter das Kapitalverhältnis subsumiert und gleichzeitig, wie vorhin bereits angesprochen, potenziell autonom von seiner kapitalistischen Form. Da müssen wir durch.

13. Mögen die Räte der Massenintellektualität sich mit den multiplen Widerstandsbewegungen gegen die kapitalistischen Zumutungen vernetzen. Es gibt jedenfalls keine Chance mehr für ein Zurück zu

halbstaatlichen Interessensvertretungen, fordistischen Mitsprachemodellen, es gibt keine vom gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang loszulösende „Bildungspolitik“, die nicht Standes- und somit Standortpolitik wäre. Die Perspektive kann also nur lauten: „Bildung für alle und zwar umsonst!“ als antikapitalistische Parole zur Geltung zu bringen¹, Räume besetzen, die Kosten in die Höhe treiben, die Zeit zurückerobern, solidarische Bildungsformen entwickeln, die Proteste ausdehnen und mit anderen verknüpfen, also letztlich, angelehnt an einen von Andre Gorz bereits 1970 unterbreiteten Vorschlag: die kapitalistische Universität am Funktionieren hindern. Es lebe die solidarische Ökonomie des globalen kommunen Wissens!

¹ so könnte vielleicht auch das Wörtchen „umsonst“ zu einer möglicherweise ungeahnten Bedeutung kommen; „Leistung“ ohne Gegenleistung

Für eine solidarische Universität in einer solidarischen Gesellschaft

Brigitte Kratzwald

Bedeutung der Universität in der kapitalistischen Gesellschaft

Hegemoniale Diskurse entfalten ihre Machtwirkung in entsprechenden Gesetzen, Institutionen und Praktiken, die auch die Subjekte hervorbringen, die zu ihrer Umsetzung und Reproduktion notwendig sind. Universitäten kommt in diesem Machtdispositiv eine besondere Rolle zu. Einerseits wird ihnen eine hohe Definitionsmacht zugeschrieben. Auf Grund der wissenschaftlich anerkannten Methoden der Wissensproduktion haben sie die Macht zu bestimmen, welches Wissen als gesellschaftlich anerkannte Wahrheit gilt und dementsprechend auch welche Wissensinhalte, welche Diskurse, systematisch ausgegrenzt und damit unsichtbar gemacht werden. Außerdem bilden sie die zukünftigen Eliten aus, diejenigen also, die in Politik und Wirtschaft – und auch wieder in der Lehre – dieses Wissen anwenden und reproduzieren sollen. Dadurch werden die ständige Reproduktion von hegemonialem Wissen und der Ausschluss von konkurrierendem Wissen auf Dauer sichergestellt. Universitäten spielen also eine zentrale Rolle bei der Reproduktion von Machtverhältnissen in einer Gesellschaft – und also auch für die Reproduktion des kapitalistischen Systems.

Der Neoliberalismus, der sich in den letzten zwanzig Jahren als hegemonialer Diskurs durchgesetzt hat, hat dementsprechend alle gesellschaftlichen Bereiche durchdrungen. Wir haben ein enormes Ausmaß von kapitalistischer Einhegung erlebt, das vor nicht allzu langer Zeit für unvorstellbar gegolten hat. Von der Familie über das Bildungs- und Gesundheitssystem über den Arbeitsmarkt und das Pensionssystem wurde die Gesellschaft in einer Weise umgebaut, die alles unter die Logik von Kapitalmaximierung, Markt und Wettbewerb stellt und dadurch auch Individuen hervorbringt, die sich dieser Logik unterordnen; Individuen, die auch als „unternehmerisches Selbst“ bezeichnet werden. Besonders Universitäten tun sich bei der Produktion dieser Subjekte hervor, dabei wurden aber auch sie selbst in diesem Dispositiv verändert; sie mussten sich ebenfalls den Kriterien von Markt und Wettbewerb unterwerfen und kapitalistische Produkti-

onsformen und Marktbeziehungen wurden auch innerhalb der Universitäten installiert.

Das äußert sich in folgenden Merkmalen:

Gesellschaft als Forschungsobjekt und Wissenschaftler_innen als Forschungsobjekte werden voneinander getrennt. In Universitäten wird nicht nur der Inhalt des Wissens, also das, was in einer Gesellschaft jeweils als wahres Wissen gilt, definiert, sondern auch mit welchen Methoden es gewonnen wird. Wissenschaft hat also auch die Definitionsmacht über die Möglichkeiten von Erkenntnis. Unter den derzeitigen Bedingungen wird der Eindruck erweckt, es gäbe ein objektives Wissen über die Gesellschaft, wodurch die Interessensgeleitetheit von Forschung und die Verwertungszusammenhänge verschleiert werden. Die Besonderheit universitären Wissens gegenüber Praxiswissen besteht also weniger in den Inhalten, sondern in dem Wissen um Produktionsmethoden, die auch als Argument für dessen Überlegenheit benutzt werden. Durch die vorgebliche Objektivität der Wissensproduktion wird verschleiert, dass mit Hilfe der Wissenschaft Macht über die Gesellschaft ausgeübt wird und Kriterien des Ausschlusses entstehen, die der Regierung, der Bevölkerung und dem Machterhalt dienen. Das so produzierte Wissen ist also als objektives Wissen getarntes Herrschaftswissen

Es werden auch die Orte der Wissensproduktion und der Anwendung voneinander getrennt. Wissen wird zur Ware, die vom Anwender, also von Unternehmen oder Politiker_innen gekauft werden muss. Das Anwendungswissen kann so nicht in die Forschung rückgekoppelt werden, Praxiswissen wird durch die Privilegierung bestimmter Erkenntnismethoden systematisch ausgeschlossen. Da das von der Wissenschaft produzierte Wissen als „natürliche“ Wahrheit vermittelt wird, werden negative Auswirkungen entweder als ebenso natürlich Konsequenzen, die sich eben nicht vermeiden lassen, oder als Mängel in der Umsetzung interpretiert. Die Möglichkeit falschen Wissens wird ausgeblendet, nach dem Motto „*There is no Alternative*“, entstehende Probleme sollen durch Reparaturmaßnah-

men, die von denselben Wissenschaftlern, innerhalb der selben Logik entwickelt, behoben werden, anstatt die Ursache in falschen Theorien zu suchen. Ein Wissen, das keiner Kritik ausgesetzt und nicht an Praxiswissen gekoppelt ist, führt langfristig zu gesellschaftlichen und ökologischen Ungleichgewichten.

Innerhalb der Universitäten werden nicht nur hierarchische Beziehungen zwischen jenen, die Wissen haben und jenen, die es erwerben müssen, fortgeschrieben (diese gab es auch schon früher); zusätzlich wird auch hier eine Marktsituation geschaffen. Die Studierenden werden zu KundInnen, die Wissen käuflich erwerben sollen. Damit wird Wissenserwerb als aktive Aneignung unterbunden; eine solche würde aber erst die sinnvolle Anwendung einerseits und die fundierte Kritik und Weiterentwicklung, oder falls notwendig Verwerfung andererseits möglich machen. Warenform des Wissens verhindert also sowohl gesellschaftlichen Wandel und Innovation als auch individuelle Weiterentwicklung.

Die Neoliberalisierung der Universitäten wurde in einem Ausmaß vorangetrieben, dass sie inzwischen auch für die Reproduktion des Systems selbst dysfunktional macht, weil durch Unterfinanzierung und Standardisierung von Studien auch die unternehmerischen Subjekte, die das System braucht, keine optimalen Entwicklungsbedingungen mehr vorfinden. Das macht auch die Dynamik der derzeitigen Proteste aus. Nicht nur diejenigen, die sich der ökonomischen Verwertbarkeit widersetzen wollen, auch diejenigen, die sich der Möglichkeit beraubt sehen, sich für den Wettbewerb fit zu machen, gehen in den Widerstand.

Dieser Widerstand äußert sich vor allem in Gegenverhalten. Die vom System geforderte Anpassung an Verwertungsorientierung und Marktbeziehungen wird verweigert, neue Formen kollektiver und selbstorganisierte Wissensaneignung werden entwickelt. Darin liegt, entsprechende Bewusstseinsbildung vorausgesetzt, nicht nur das Potenzial für einen emanzipatorischen Umbau der Universitäten, sondern auch für einen damit zusammenhängenden gesellschaftlichen Veränderungsprozess in Richtung einer solidarischen Ökonomie, also explizit nicht-kapitalistischer Lebens- und Wirtschaftsformen.

Im Folgenden nun einige Überlegungen was ein solcher Umbau der Universität bedeuten müsste.

Rolle einer solidarischen Universität in einer solidarischen Ökonomie

Veränderungen müssten auf zwei Ebenen stattfinden:

In den inneren Strukturen: Im Sinne einer Enthierarchisierung dürfte der Besitz von mehr Wissen nicht automatisch eine höhere Machtposition bedeuten. Lernende müssen die gleichen Chancen zur Mitgestaltung haben wie Lehrende.

Durch das Zusammenfallen von Forschung, Lehren und Lernen werden Kundenverhältnis und Marktbeziehung aufgehoben, Wissensproduktion kann als Aneignungsprozess der Studierenden und Lehrenden gemeinsam passieren.

Der Reflexion auf den Prozess der Wissensgewinnung, den forschungsleitenden Interessen ist besonderes Augenmerk zu schenken. In diesem Zusammenhang ist die Frage nach der Freiheit von Forschung und Lehre neu zu stellen.

Weil das Ergebnis von Forschung von der Methode abhängt, die Gegenstände der Forschung also im Forschungsprozess erst hervorgebracht werden, kann es auch kein objektives Wissen über die Forschungsgegenstände, vor allem über die Gesellschaft geben, sondern nur ein zu einer bestimmten Zeit aus einem bestimmten Interesse heraus gültiges Wissen.

Aus diesem Bewusstsein heraus ist der Kritik ein bedeutender Stellenwert in der Forschung und Lehre beizumessen, die Entstehungs- und Verwertungszusammenhänge sind sichtbar zu machen.

Eine solidarische Universität ist interdisziplinär, weil jede Veränderung in einem Sektor der Gesellschaft auch Auswirkungen auf andere Sektoren hat, Wissen über gesellschaftliche Prozesse daher nur interdisziplinär gewonnen und angewendet werden kann, und transdisziplinär, das heißt, sie bezieht auch außeruniversitäres Wissen in den Forschungsprozess und in die Lehre ein.

Nach Außen: Durch eine Aufhebung der Trennung von Forschungssubjekt und Forschungsobjekt durch entsprechende Forschungsmethoden (z. B. Aktionsforschung) kann Wissenschaft die Aufgabe der Veränderung von Gesellschaft zum Vorteil benachteiligter Gruppen gemeinsam mit diesen wahrnehmen.

Das ermöglicht auch eine Integration von Praxiswissen und wissenschaftlichem Wissen, die Hierarchie zwischen diesen beiden sollte aufgehoben werden. Der Unterschied liegt, wie bereits erwähnt, nicht so sehr im Inhalt, sondern im Wissen um die Prozesse der Wissensproduktion und -Verwertung.

Deshalb müssen diese Produktionsprozesse, ihre Machtwirkungen, ihre Interessensgeleitetheit und Verwertungszusammenhänge offengelegt werden.

Ein freier Zugang zu Universitäten würde der Gleichwertigkeit und dem Aufeinander-Verwiesensein von Praxiswissen und wissenschaftlichem Wissen Rechnung tragen.

Wichtig wäre ein Sichtbarmachen der historischen Kontingenzen jedes Wissens auch nach außen, was bedeutet, dass Gesellschaft immer auch anders sein kann. Dadurch würde Wahrheit als umkämpftes Feld sichtbar und Potenziale sozialer Veränderung erkennbar.

Aufgabe einer solidarischen Universität

Die Aufgaben einer solidarischen Universität wären, dorthin zu gehen, wo es (1) gesellschaftliche Probleme gibt (z. B. Arbeitslosigkeit, Umweltverschmutzung), oder (2) dass Menschen versuchen, soziale Veränderungsprozesse einzuleiten (z. B. Alternativenforen, Projekte „Neuer Arbeit“), um dort mit den Betroffenen gemeinsam ihre Fragestellungen zu emanzipatorischen, selbstorganisierten Lösungsmodellen zu entwickeln und (3) dort, wo schon selbstorganisierte

Projekte bestehen, diese mit wissenschaftlichen Methoden zu fördern, d. h. zur Reflexion anzuregen, Wissen aus anderen Projekten und Disziplinen einzubringen. Bei allen diesen Prozessen ist das aus der Praxis kommende Wissen mit dem wissenschaftlichen Wissen gleichwertig zu behandeln, so dass die neu entstehenden Strukturen beide Wissensformen beinhalten. Gerade im Aufbauprozess einer Solidarischen Ökonomie, ist das Wissen aus schon bestehenden selbstorganisierten Projekten eine wichtige Ressource, daher ist auch Vernetzung notwendig, um den Wissenstransfer zu gewährleisten.

Und zuletzt: Ist eine solidarische Universität noch eine Universität?

Nein, in dem Sinn, dass sie keine Institution zur Produktion, Sicherung und Reproduktion hegemonialen Wissens und Macht mehr ist.

Ja, in dem Sinn, dass sie universelles Wissen, also Wissen über Entstehungs- und Verwertungsprozesse und den Zusammenhang zwischen verschiedenen Wissensgebieten herstellen und zugänglich machen muss. Auch eine solidarische Gesellschaft muss immer wieder reproduziert werden, ist grundsätzlich ein bedrohter Raum, braucht also genau jene Reflexionsräume, die eine Universität bieten kann und die möglichst allen Menschen offen stehen sollten. Sie wäre dort allerdings nicht mehr mit alleiniger Definitionsmacht ausgestattet, sondern würde eher eine vermittelnde Position einnehmen.

Dieser Text entstand im Rahmen des Workshops „Vom Uniprotest zur Solidarischen Ökonomie der Bildung“ an der Universität Wien, Audimax, 15. 11. 2009.

Dogmatischer Pluralismus – zum Zustand der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften

Franz Nahrada

Wer von der Universität als Ort der Wissensproduktion vielleicht noch in Analogie zur Fabrik spricht, übersieht möglicherweise zweierlei:

Erstens den Umstand, dass die endgültig und radikal vollzogene Trennung von Forschung und Lehre, wie sie der Bologna- Prozess vorsieht, die Universität primär als Funktionsträger der Produktion – oder sollte man besser sagen Selektion? – von qualifizierter Massenerbeitskraft bestimmt und die residualen Momente der Theorie**produktion** bildungsökonomisch neu sortiert.

Zweitens aber, dass Wissen im eigentlichen Sinn nur im Bereich der Naturwissenschaften produziert und distribuiert wird. Die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften verfolgen zwar das Ideal eines anwendbaren und womöglich noch in algetrisierbare, methodische Handlungsanweisungen übersetzbaren Wissens, sind aber genau deswegen und gerade darin funktional, dass sie **kein Wissen** produzieren.

Diese beiden Punkte sind essentiell für die Strategiefindung einer sich politisierenden studentischen Bewegung und für die Begründung einer solidarischen Ökonomie der Universität. Im folgenden dazu einige thesenhafte Anmerkungen/Ableitungen.

1. Was fällt auf an der Uni? Das mehr oder weniger lieblos präsentierte „Wissen“ ist gleichgültiges Material für Prüfungen, es wird nicht nach seiner Richtigkeit gefragt. Darüber wird anderswo entschieden. Der studentische Massengeschmack hat das längst akzeptiert und präferiert alles, was nicht nach Theorie riecht, sondern anwendbare Methoden offeriert – zum Verfassen einer wissenschaftlichen Arbeit genauso wie zum Erledigen der Berufspflichten. Darin ist praktisch wahr gemacht, dass Wissen zunehmend dieselben Funktionen erfüllt wie in der Schule: Versorgung mit einem Set von Verhaltensmaßregeln auf der einen Seite, Material der Aufteilung auf die Hierarchie der Berufe auf der andern Seite.

2. Und davon gibt es mehr als genug: Es gehört geradezu zum Gütesiegel der GGW, dass über ein und denselben Gegenstand mehrere einander widerspre-

chende Theorien existieren. Dies ist den Protagonisten kein zu beseitigendes Ärgernis, sondern Ansporn zur ständigen Erkundung dessen, was an Betrachtungsweisen noch möglich ist. Jeder Minimalisierungs- und Axiomatisierungsanspruch ist geschwunden. Stattdessen blüht ausgerechnet in der Wissenschaft ein Kult und Betrieb der Originalität, neuer „Ansätze“, der Unaufhörlichkeit des gedanklichen Konstruierens und Dekonstruierens, des bemühten Vergleichens der Ergebnisse, der Neuerfindung von Aspekten und Perspektiven des Vergleichs usw. – ohne dass jemals eine kleine Erkenntnis die ständig anwachsende Bibliothek verkehrter Deutungen überflüssig machen könnte.

3. Obwohl die Universität staatliche Veranstaltung ist, gibt es für deren Lehrende und Studenten keine prinzipiellen staatlichen Anweisungen zum Denken – auch wenn immer mehr die Auftragsarbeit und Auftragsforschung blüht. Doch wäre es verkehrt, erst an diesem Punkt die Formbestimmung, die Unterwerfung unter die gesellschaftlichen Zwecke zu entdecken. Denn die Freiheit der Wissenschaft selbst, in deren Auftrag der Staat die Universität unabhängig von einzelnen Drittmitteln am Leben erhält, ist die wesentliche Formbestimmung. Gerade in der Abtrennung von den gesellschaftlichen Zwecken liegt die Garantie, dass sich Wissenschaft als geistiges Zulieferunternehmen nützlich macht – und auch im Drittmittelbereich muss diese Form gewahrt bleiben.

4. Das hat einerseits eine parodistische Seite, mit der auch nur bedingt Schluss gemacht wird, weil sie eben notwendig dazugehört. In ihren selbst gesetzten Aufgaben kennt die GGW noch nicht einmal die dem „normalen Menschenverstand“ geläufigen Kriterien des Wichtigen und Unwichtigen. So bot die Welt der Universitäten bislang das lächerliche, doch hoch in Ehren gehaltene Schauspiel zahlloser erwachsener Menschen, die Jahre ihres Lebens mit der erbittert verteidigten „Analyse“ einer Handvoll Gedichte verbringen; oder mit der Streitfrage, ob die Pyramide oder die Zwiebel das passendere Modell für eine „mobile Gesellschaft“ sei; oder mit mathematischen Formeln für ein ökonomisches Fließgleichgewicht, deren sämtliche „Faktoren“ sich einer Definition verdanken, die deren Tauglichkeit für die Erstellung einer mathe-

matischen Theorie im Auge hat und sonst nichts; oder mit der Sammlung von Quellen zur mittelalterlichen Theologie des Schutzengels; oder ... – dieser Betrieb mit all seinen sympathischen und unsympathischen Charakteren, auch als „Elfenbeinturm“ bekannt, soll nun nicht eingestellt, sondern „quantitativ“ geregelt werden und einer verantwortungsvollen Elite vorbehalten bleiben.

5. Das hat eben aber auch die ernste Seite, dass gerade darin die Wissenschaft in dieser ihrer unmittelbaren Erscheinungsweise auf eine Gesellschaft verweist, die sich aus Wissen nicht bestimmt, so sehr Wissenschaft auch auf ihre „gesellschaftliche Relevanz“ pochen mag. Den Wissenschaften ist mit ihrer Festlegung auf das theoretische Reflektieren die Qualität entzogen, tatsächlich gesellschaftliches Handeln zu bestimmen. Gesellschaftliches Handeln wird vielmehr bestimmt durch Interessen, die in die Form der Partikularisierung und Gegensätzlichkeit gebrachten Bedürfnisse der Menschen, die sich selbst den von ihnen geschaffenen Sachzwängen unterwerfen müssen, ohne sie erklären zu können. Die Geistes- und Gesellschaftswissenschaftler streichen diese Paradoxie durch, akzeptiert das von Menschen hervorgebrachte als „gegebenes“, und nähern sich ihrem Gegenstand mit der Haltung von Naturwissenschaftlern, die Gesetze herausfinden und berechnen können. Schon der Ahnvater der Soziologie, Auguste Comte, träumte von einer „Physik des Sozialen“.

6. Darin können sich die Wissenschaftler einer stolzen und langen Tradition rühmen: Denn schon die christliche Tradition der Antike spaltete die Welt in Theologisches und Physikalisches. Was nicht der kirchlichen Autorität unterstehen will, konnte nicht eine Norm oder menschliches Gesetz sein, sondern allerhöchstens Natur. Die späte Sekularisierung oder Aufklärung hat mit diesem Prinzip keineswegs gebrochen, sondern das, was mit der Selbstbestimmung menschlichen Lebens – dafür wollen wir hier „Normativität“ sagen – zu tun hat, entweder der Willkür überantwortet oder eben wiederum der Natur, wie man schon an der aberwitzigen Konstruktion des Naturrechts sieht. Das eine Mal hat die Wissenschaft schlicht nichts zu sagen, sondern höchstens methodisch kontrolliert zu dienen, dafür darf sie beim andern Mal umso mehr ihren Finger erheben und eine außermenschliche Autorität postulieren, als deren Interpret sie sich aufführt. Was früher der liebe Gott war, ist jetzt die Normalität oder die „Wesensgemäßheit“. Auch denen, die sich die „herrschaftsfreie Kommunikation“ aufs Papier geschrieben haben, geht es weniger um deren Realisierung als um ein

Deutungsprinzip für Gesellschaft, das sie „kontrafaktisch“ hochhalten, anstatt die Gründe von Herrschaft und Gewalt zu erklären. Ebenso sind diejenigen, die sich auf „Werte“ berufen, wenig daran interessiert, die Differenz von faktischen Motiven und höheren Rechtfertigungen zu erklären, sondern stolz darauf, eine angebliche wirkmächtige Notwendigkeit entdeckt zu haben, die sie zu ihrem Gegenstand machen können. Hier wird der Widerspruch besonders eklatant: denn Werte sollen gelten, Menschen sollen sich ihnen unterwerfen.

7. Innerhalb der Wissenschaft(-sethik) gilt so einerseits die Enthaltensamkeit in Sachen Einmischung geradezu als Tugendbeweis und besitzt den Charakter einer innerwissenschaftlichen Vorschrift:

Wertfrei muss Wissenschaft sein, wenn sie anerkannt sein will, lautet dieser Imperativ. Und gemeint ist mit dem Wertfreiheitspostulat nichts anderes als das Verbot, aus der Funktionalisierung per staatlichem Geistesghetto auszubrechen und aus wissenschaftlicher Erkenntnis heraus gesellschaftliche Zusammenhänge bestimmen oder verändern zu wollen.

Das korreliert mit dem **Pluralismusgebot**. Denn jedes dieser Gedankengebäude bezieht seine Geltung nicht aus seiner Stimmigkeit, sondern aus seiner Freiheit, sprich: aus seiner potentiellen Brauchbarkeit für praktische oder ideologische Zwecke in der bürgerlichen Gesellschaft.

8. Auf der anderen Seite lebt gerade in dieser freien Sphäre des Geistes, die sich selbst gegen jeden Normativitätsanspruch geradezu hysterisch verteidigt, die Sucht nach der Entdeckung neuer, tieferer und unabweisbarer Notwendigkeiten, denen der Mensch bei Strafe des Abnormen, Dysfunktionalen, Asozialen etc. nachzukommen hat. Die Konstruktion der Gegenstände der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften lebt vom erfinderischen Aufweis von Gesetzmäßigkeiten, die einem Naturgesetz gleich dem Blick des berufenen Interpreten zugänglich sind und unbedingt mehr Berücksichtigung, Würdigung und Dotierung von Seiten des Staates verdienen. Da geht es beim staatlichen Durchsetzen von Prioritäten immer gleich ums Problem der Ordnung und der Regeln schlechthin, der Psychologe entdeckt wieder den Menschen im Kampf um sein inneres Gleichgewicht, der Soziologe sorgt sich auch bei Tourismus und Fußballspiel um Balance und Orientierung der Menschen in ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang, der Historiker mahnt vor Nichtbeachtung der Geschichte, der Päd-

agoge sorgt sich um die Menschgemäßheit der Sortierung, Orchideenwissenschaften mahnen den Wert des Nichtökonomisierten ein, und Philosophen schließlich weisen ständig die Untauglichkeit der Wissenschaft für die Beantwortung moralischer Fragen nach, um sich selbst, und zwar ganz gegenstandslos, in Szene zu setzen. Das alles ist ein Supermarkt, an dem sich jeder frei bedienen kann. Doch nur in den Händen der Macht, die es gibt, gewinnt solches Schein-Wissen überhaupt Wucht und Bedeutung, weil es ihren politischen Zwecken einen Schein von Notwendigkeit verleiht.

9. Es ist eine schlechte Idee, solcher fehlerhafter Wissenschaft, die sich dem Interesse als Scout durch erfundene und brauchbare Notwendigkeiten anbietet, die Forderung nach einer offen parteilichen Wissen-

schaft (vielleicht noch in Namen der Arbeiterklasse, der Frau und der heiligen Solidarität) entgegenzuhalten. Wissenschaft, wo sie auftritt, verweist auf eine Schranke, die dem Interesse entgegentritt, in Form eines sperrigen, unerkannten Moments an Objektivität. Das rationelle Verhalten des Interesses zur Objektivität wäre es, auf diese Sperrigkeit, Unkontrollierbarkeit einzugehen und deren Grund zu erkunden, anstatt gewaltsam, gegen die Natur des Gegenstandes das Interesse geltend zu machen. Das Interesse müsste sich neu bestimmen aus dem interesselosen Erkennen, das wäre das einzig zielführende Verhältnis von Theorie und Praxis. Theorie, die in diesem Sinn nützlich ist, nicht weil sie parteilich ist, sondern weil sie richtig und wahrhaftig ist, wäre zu fordern.

Antirassistische Perspektiven auf den Bologna Prozess und die Uniproteste

Petra Neuhold & Paul Scheibelhofer¹

Die im Rahmen des Bologna Prozesses angestrebte Vereinheitlichung des europäischen Hochschulwesens verspricht Mobilität, Flexibilität und Internationalität. Sie verspricht bessere Anerkennung von Studienabschlüssen durch die Vereinheitlichung von Lehre und Forschung, sowie bessere Studienbedingungen. Tatsächlich treibt die Umsetzung des Bologna Prozesses mit seinem Fokus auf einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Wirtschaftsraums jedoch Elitenbildung sowie die Hierarchisierung und Ökonomisierung von Wissen voran: Das bedeutet eine Internationalisierung für Einige bei gleichzeitiger Prekarisierung und Ausschluss von Vielen. Die Widersprüche dieser „selektiven Internationalisierung“ schlagen sich in Universitäten sowohl auf struktureller Ebene, wie auch auf der Ebene der Wissensproduktion nieder.

Wessen Mobilität? Widersprüche selektiver Internationalisierung

Während Mobilität im Rahmen des Bologna Prozesses als zentraler Wert propagiert wird, wird die weitgehende Abschottung der Grenzen Europas verteidigt. Dabei bildet das Klassifizieren von Migrant_innen auf Basis rassistischer fremdenrechtlicher Bestimmungen eine zentrale Grundlage, auf der das Aussieben der „besten Köpfe“ zur Schaffung eines europäischen Elitehochschulraumes vorangetrieben wird.

Dieser Prozess ist selbst jedoch nicht frei von Friktionen, sondern durch das Spannungsfeld konkurrierender nationalstaatlicher und europäischer Interessen bestimmt. Dies ließ sich etwa an den Auseinandersetzungen um die Abschaffung der Studiengebühren für ausländische Unionsbürger_innen in Österreich erkennen. Während diese für die Mindeststudiendauer aufgehoben wurden, bleibt die Belastung der Studiengebühren für den Großteil der sog. Drittstaatenangehörigen sowie der zu erbringende Ersparnisnachweis über mind. 8.000 Euro pro Jahr weiterhin bestehen. Asylwerber_innen, Flüchtlingen und Illegalisierten bleibt der Zugang zu österreichischen Universitäten hingegen gänzlich verwehrt, auch wenn sie die formalen Qualifikationskriterien erfüllen.

Neben den administrativen Zugangsbeschränkungen,

der Einführung des dreistufigen Bachelor-Master-PhD-Systems und Knock-Out-Prüfungen, sind es vor allem aufenthalts- und arbeitsrechtliche Bestimmungen der 2009 neuerlich novellierten gesetzlichen Regelungen, die sog. Drittstaatsangehörige in prekäre Lebensverhältnisse drängen. Einmal erlangte Zugangsberechtigungen oder ein österreichischer Universitätsabschluss sind kein Garant für einen gesicherten Aufenthalt in Österreich. Studierende aus Drittstaaten, die über ein Student_innen-Visum verfügen, werden nach dem erfolgreichen Studienabschluss ausgewiesen, wenn sie das erforderliche Einkommen von monatlich etwa 2400 Euro als „Schlüsselkraft“ nicht vorweisen können. Die rassistische und soziale Selektion vor und während des Studiums findet so auch danach ihre Fortsetzung. Einkommen und Wohlstand bestimmen dabei über die Möglichkeit von Citizenship-Rechten. Gleichzeitig zeigt die als selbstverständlich erklärte Befugnis des Nationalstaats über Aufenthalt und Zuwanderung zu entscheiden, die Verflochtenheit kapitalistischer Interessen mit Eurozentrismus und Rassismus.

Wessen Wissen(-schaft)? Die Universität als umkämpfter Ort

Die Widersprüche selektiver Internationalisierung artikulieren sich auch in den Formen und Inhalten des Wissens, welche an den Universitäten produziert und gelehrt werden. Für weitgehend alle Wissenschaften gilt, dass Auseinandersetzungen mit der eigenen Verwobenheit in die europäische Geschichte des Kolonialismus, des Antisemitismus und des Rassismus – und den damit verwobenen kapitalistischen Interessen – weitgehend ausgeblieben ist. Besonders manifest werden die Effekte dieser Dethematisierungen in der dominanten Migrations- und Integrationsforschung.

Während Migration allgemein zu den „Zukunftsthemen“ der Wissenschaft gezählt wird, übernimmt Migrationsforschung, unter dem Druck „verwertbares Wissen“ zu produzieren und drittmittelfinanzierte Forschungsprojekte an den derzeit geltenden Problemdefinitionen auszurichten, vermehrt staatlich-regulative Rationalitäten. Konstrukte und politische

Konzepte wie *Nation*, *Grenze*, *illegale Migration* oder *Integration* gelten dabei als objektive Analysekategorien der angewandten Migrationsforschung. Versuche, dieses herrschaftliche Denken grundlegend zu hinterfragen, werden in diesem Rahmen als „subjektiv“ und „parteiisch“ abgetan (vgl. Georgi/Wagner 2009²). Der Umstand, dass aktuelle Migrationspolitiken – nicht zuletzt aufgrund der Einsicht, dass Migration nicht kontrollierbar ist – von kruden Abschottungs-Steuerungsphantasien abgekommen und an flexiblen *Migrationsmanagementmodellen* interessiert sind; dass dominante Fragestellungen der Migrationsforschung darum mitunter recht dynamisch klingen und im Zuge dessen auch Interesse an Expertise und Zusammenarbeit mit „kritischen“ Migrationsforscher_innen und NGOs steigt, macht die Frage, was tatsächlich kritisch-emanzipative Forschung im Zusammenhang mit Migration und Rassismus darstellt, nicht einfacher.

Doch es wäre unserer Überzeugung nach zu kurz gegriffen, wenn die Universität als monolithischer Block begriffen würde, an der lediglich Herrschaftswissen (re-)produziert werden kann. So waren es Migrant_innen, People of Color und postkoloniale Theoretiker_innen, die auf die Verzahnung von kapitalistischen, rassistischen und sexistischen Herrschaftsverhältnisse aufmerksam gemacht haben und es vereinzelt geschafft haben, Formen der antirassistischen Wissensproduktion an den Universitäten zu eta-

blieren. Sie zeigen damit, dass an den Universitäten Räume erkämpft werden können, in denen dominantes Wissen von Lehrenden und Studierenden herausgefordert, kritisiert und verändert werden kann.

Auf dem Weg zu einer *anderen* – solidarischen – *Universität* benötigt es einer Perspektive, die Kapitalismuskritik nicht als losgelöst von Rassismuskritik begreift. Eine Perspektive, die Rassismus benennt, bekämpft und die Erfahrungen von Migrant_innen und People of Colour als Ort widerständiger Theorie und Praxis wahrnimmt. Die Erfahrungen der Etablierung widerständigen Wissens an den Universitäten haben gezeigt, dass für eine *andere Universität* auch *andere Zusammenhänge* der Wissensproduktion notwendig sind – besonders die ideologische Trennung von „objektiver“ Wissenschaft und engagierter politischer Praxis muss dafür überwunden werden. Wer „darf“ wie, welches Wissen für welche Zwecke und Interessen produzieren und als „Wissenschaft“ betiteln? Fragen, die in den derzeitigen Uniprotesten neu verhandelt werden.

Der Anspruch einer *anderen Uni*, auch eine *Uni für Alle* zu sein, macht unterdessen die Notwendigkeit gesamtgesellschaftlicher Kritik deutlich. Forderungen nach dem Recht auf gleiche Rechte für Migrant_innen und dem Recht auf Bewegungsfreiheit, müssen Teil einer sich trans- und international solidarisch verstehenden alternativen Bildungsökonomie sein.

¹ Zur AutorInnenschaft: Die bisherigen Uniproteste haben uns in verschiedenen Zusammenhängen die Möglichkeit geboten, mit verschiedenen Personen und ihren Positionen zu Fragen von Migration und Rassismus in Austausch und Diskussion zu treten. Auch wenn wir als die AutorInnen dieses konkreten Textes zeichnen und es sich dabei bestimmt nicht um ein *Für-Andere-Sprechen* handelt, ist der Inhalt dieses Textes von den Gesprächen mit anderen geprägt und nimmt einige darin aufgeworfene Positionen auf. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang ein Text, den wir mit Kolleg_innen des Forschungsnetzwerks „Krit-Net – Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung“ für die Protest-Ausgabe der Zeitschrift „Malmö“ verfasst haben – mit diesem Text gibt es darum einige Überschneidungen.

² Georgi, Fabian und Wagner, Fabian (2009) Macht Wissen Kontrolle. Bedingungen kritischer Migrationsforschung. In: kulturrisse – Zeitschrift für radikaldemokratische Kulturpolitik, Heft 1/09, S: 24-28.

KAPITEL 2:

TEXTE DER UNIVERSITÄREN PROTESTBEWEGUNG 2009

*„preguntando caminamos“ – „fragend schreiten wir voran“
(zapatistisches Motto)*

Statement gesamtgesellschaftliche Einbettung und Forderungen

gemeinsam verfasst mit basisdemokratischer Zustimmung von Lehrenden und Student_innen der Universität Wien und der Akademie der bildenden Künste Wien am 27.Oktober 2009 (im Rahmen der Bildungsproteste in Wien 2009).

Streik bedeutet Arbeitsniederlegung. Tatsächlich bedeutet der Streik einen enormen Arbeitsaufwand. Seit über einer Woche wird organisiert, koordiniert, kommuniziert, geschrieben, gefilmt, fotografiert, gekocht, Medienarbeit betrieben und vieles mehr.

Die Besetzungen der Universitäten dauern nun schon eine Woche an. Sie kommen nicht von ungefähr. Sie sind Teil und Ergebnis jahrelanger Arbeit von Studierenden, Lehrenden, Arbeitenden und vor allem von außerinstitutionellen und selbst organisierten Personen und Gruppen. Die Schülerinnen und Schüler erklären sich mit den Besetzer_innen solidarisch. Diese machen nicht nur auf die Missstände an Universitäten, im gesamten Bildungsbereich, in der Gesellschaftsstruktur allgemein aufmerksam, sie analysieren diese, organisieren Widerstand, arbeiten Al-

ternativen aus und leben diese. Dafür erkämpfen sie sich innerhalb dieser Gesellschaft permanent den Raum und die Zeit. Ohne die Arbeit dieser unzähligen Personen wären die Proteste hier und heute nicht möglich.

Was hier passiert, ist mit der weltweiten Entwicklung sozialer Bewegungen verknüpft. Es wird nicht nur die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Studierenden, Lehrenden und weiterem Universitätspersonal gefordert, sondern die Verbesserung aller Arbeitsbedingungen überall.

Ausdrücklich gemeint sind auch die Arbeitsbedingungen derjenigen, die vertraglich nicht direkt der Universität zugehörig sind, sei es als Reinigungspersonal oder wissenschaftliches Personal. Die Protestierenden

treten dafür ein, diese Arbeitsbedingungen sichtbar zu machen und damit all die unbezahlte und schlecht bezahlte Arbeit, die tagtäglich im Bildungsbereich, im Erziehungs- und Pflegebereich, im Haushalt und in vielen anderen Bereichen geleistet wird. Die Gesellschaft profitiert von dem Wissen, das in unbezahlten, mit wenig symbolischem Kapital ausgestatteten Bereichen zur Anwendung kommt. Damit einher geht die Vorstellung eines bestimmten Typs von Arbeitskräften – hochgradig belastbar, zielfixiert und in der Lage, klar definierte Aufgaben schnell auszuführen, ohne Zweifel, ohne die Arbeitsbedingungen in Frage zu stellen. Produziert werden soll Humankapital, produziert werden sollen Standortfaktoren für die Wirtschaft. Unterstrichen wird all das durch die unzähligen schlecht bezahlten oder unbezahlten Praktika, die zur Stunde geleistet werden.

Mit der Forderung nach einer Verbesserung dieser Arbeitssituationen sind nicht 5 Cent mehr pro Stunde, nicht 3 Euro mehr Kindergeld und auch nicht einfach nur mehr Geld für die Universitäten gemeint. Mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen sind grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen gemeint – es ist offensichtlich, dass die derzeitige gesellschaftliche Ordnung hauptsächlich Ausschlüsse produziert. Ausschlüsse von Minderheiten, seien es Migrant_innen, Personen mit speziellen Bedürfnissen, ältere Menschen, sozial Benachteiligte. Ausschlüsse, deren Auswirkungen vor allem auf Kosten von Frauen gehen. Diese Ausschlüsse werden befördert und umgesetzt über die scheindemokratischen, ökonomisierten, patriarchalen Entscheidungs- und Ausleseprozesse, die in dieser Gesellschaft herrschen. Dazu gehören auch die an den Universitäten angesiedelten Burschenschaften und anderen Männerbünde. Grundsätzlich jedoch die in Österreich hegemoniale patriarchale, sexistische, antisemitische, antiromaistische, rassistische, nationalistische, wertkonservative, repressive und scheindemokratische Politik.

Nachdem der Großteil der österreichischen Medienlandschaft zunächst in gewohnter Manier die Proteste verniedlicht bzw. skandalisiert hatte, macht sich jetzt Staunen darüber breit, wie stark, nachhaltig und gehaltvoll diese sind. Wir weisen die Vereinnahmung der Proteste durch den Rektor der Akademie der bildenden Künste entschieden zurück und erklären, dass diese sich nicht als Speerspitze marktkompatibler gesellschaftskritischer Kunst verstehen. Wir erkämpfen uns durch die Proteste einen Raum, der auch durch das historische und politische Wissen, das in der Universität angeeignet wurde, vorstellbar wird. Vor allem

jedoch wird dieser Raum des Protests von jenen Erfahrungen getragen, die wir zwischen engen Studienplänen und schwierigen Arbeitsbedingungen machen und formulieren.

Das Bologna-Papier sieht die Regulierung von Kompatibilität, von Studienabschnitten und -abschlüssen vor. Von einer verpflichtenden Bachelorisierung ist nicht die Rede. Die Bachelorisierung der Diplomstudien dient vielmehr der Neoliberalisierung von Bildung und führt langfristig zu neuen Formen sozialer Ungleichheit.

Forderungen:

- Wir fordern Antidiskriminatorische Betriebsvereinbarungen und Anti-Diskriminierung als Grundkonsens in allen Bildungseinrichtungen.
- Das so genannte Behindertengleichstellungsgesetz muss in allen Institutionen des Bildungswesens umgesetzt werden. Wir fordern barrierefreies Studieren, Lehren und Lernen, d.h. beispielsweise die Verfügbarkeit von Dolmetscher_innen zur Übersetzung in Gebärdensprache sowie infrastrukturelle Maßnahmen für Menschen mit besonderen Bedürfnissen.
- Wir fordern eine 50-prozentige Frauenquote sowie Quoten zur Förderung von Migrant_innen, LGBTQ-Personen (lesbian, gay, bisexual, transgender/transsexual, queer) und weiteren Angehörigen systematisch diskriminierter Gruppen in allen Arbeitsbereichen des Bildungswesens auf allen Ebenen.
- Wir fordern gleiches Recht auf Mobilität und Bildung unabhängig von Staatsbürger_innenschaft.
- Schluss mit Unterfinanzierung, Wettbewerbslogik und Elitenbildung im Bildungsbereich, d.h. keine Privatisierung und kein Ausverkauf öffentlicher Einrichtung und Güter.
- Wir fordern den freien Hochschulzugang und die Abschaffung ökonomischer Kriterien für den Zugang zu Bildung, welche den strukturellen Rassismus und die soziale und ökonomische Ungleichheit aufrechterhalten.
- Wir fordern die Abschaffung aller Studiengebühren und die Aufhebung aller weiteren finanziellen Zugangsbarrieren im Bildungsbereich und zwar unabhängig von Staatsbürger_innenschaft, Alter und Dauer des Studiums.

- Die Qualität von Bildung und Lehre soll nicht durch Zugangsbeschränkungen, sondern durch ausreichende Finanzierung im Bildungssektor gewährleistet werden.

- Wir protestieren gegen Prekarität in Dienstverhältnissen im Bildungsbereich sowie in der gesamten Arbeitswelt.

- Wir fordern eine demokratische Organisation der Universitäten. Die gegenwärtig autonomisierten Hochschulen sind nämlich alles andere als autonom im Sinne von selbstbestimmt, sie werden zunehmend entlang von Marktlogiken im Sinne von Effizienz, Wettbewerb und manageriellen Leitungsstrukturen umgebaut.

- Wir fordern eine gleichberechtigte Einbeziehung aller 4 Kurien: Studierende, Mittelbau, Professor_innen und allgemeines Universitätspersonal. Wir sprechen uns gegen die Dominanz von Rektorat, Unirat und Ministerium aus. Wir verlangen die Auflösung des Top-Down-Prinzips!

- Wir fordern die Abschaffung des Universitätsrates. Wir fordern die Beschneidung der Befugnisse des Rektorats bei gleichzeitiger Aufwertung demokratisch legitimer Gremien.

- Wir fordern die Abschaffung von quantifizierenden Kontrollmechanismen wie Leistungsvereinbarungen und Wissensbilanzen.

- Wir beanspruchen Budgettransparenz! Das bedeutet Offenlegung aller Finanzaktivitäten und die demokratische Mitbestimmung bei der Budgetverteilung.

- Wir fordern die Ausfinanzierung aller Bildungseinrichtungen.

- Wir fordern die Rücknahme der ÖH-Wahlrechtsreform von 2004 und die Wiedereinführung des direkten Wahlmodus.

- Selbst-organisierte studentische Räume müssen geschützt und unterstützt werden. Die derzeitigen Besetzungen zeigen die Notwendigkeit des Austauschs und der Vernetzung in autonomen Räumen.

- Der Bologna-Prozess führt zu einer Verschulung des Studiums. Wir verlangen eine freie und selbstbestimmte Gestaltung des Studiums und daher eine

grundlegende Umgestaltung des Bachelor/Master-Systems in folgenden Punkten:

- Abschaffung des Selektionsinstruments der STEPs inklusive ihrer Knock-Out-Prüfungen.
- Schluss mit den Voraussetzungsketten.
- Freie Wahlfächer statt Erweiterungscurricula.
- Abschaffung der intransparenten Anmeldesysteme.
- Abschaffung der Deadlines für Sozialförderungen.
- Die Beendigung des angefangenen Diplomstudiums muss gewährleistet sein: Dazu bedarf es eines entsprechenden Lehrangebots und fixer Äquivalenzlisten sowie der Aufhebung der bestehenden Übergangsfristen.
- Aufrechterhaltung aller bestehenden Diplomstudiengänge.
- Gewährleistung der Anrechenbarkeit von Lehrveranstaltungen und Abschlüssen im In- und Ausland.
- Freie Master- und PhD-Zugänge.

- Wir fordern die Erhaltung, die Förderung und den Ausbau kritischer und emanzipatorischer Forschung und Lehre.

- Wir bestehen auf der Zusammenlegung des Ministeriums für Unterricht und Kunst und des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung.

- Wir reklamieren das Streikrecht für SchülerInnen.

- Wir sind gegen die Einführung der Zentralmatura.

- Wir bestehen auf ein neues antiautoritäres Beurteilungssystem in Schulen – Sitzenbleiben abschaffen!

- Wir verlangen die Restitution aller im Zuge der Shoa geraubten Güter, die sich in „Besitz“ der Universitäten sowie anderer staatlicher Einrichtungen befinden.

- Wir bestehen auf der geschichtspolitischen Auseinandersetzung mit der Teilhabe der Wissenschaft und ihrer Institutionen an Kolonialismus, Faschismus und Nationalsozialismus.

Wir fordern freie Bildung für alle!

Wir fordern nicht nur einen Stopp der Ökonomisierung der Bildung.

Wir fordern einen Stopp der Ausbeutung in allen Lebensbereichen!

AG Emanzipative Uni

AG Emanzipative Uni

In der Folge sollen einige Fluchtlinien einer möglichen emanzipativen Uni vorgestellt werden. Es handelt sich dabei um vorläufige Vorschläge, die ohne Anspruch auf Vollständigkeit etwas, das noch zu entwickeln ist, darzutun versuchen, und nicht um eine Form, die Welt zu erklären. Dies wäre schon deshalb unmöglich, weil es nicht eine einheitliche Welt gibt.

Vorläufig stehen 3 Punkte zur Diskussion:

A) Uni in Bewegung; B) Transformationen der Forschungsdesigns und C) nähere Ausführungen zur AG Emanzipative Uni.

Uni in Bewegung

Eine emanzipative Uni gibt es bereits in Form von täglichen studentischen Aktivitäten, Besetzungen sowie der studentischen Bewegung insgesamt – nicht nur in Wien und nicht nur in Europa. Die studentischen Bewegungen sind Teil der sozialen Bewegungen gegen neoliberale und neokonservative Anmaßungen, die alle Lebensbereiche dem vorherrschenden ökonomischen Imperativ restlos unterordnen wollen und solcherart immer größere Teile der Bevölkerung, ihre Kraft, Kreativität und ihr Wissen enteignen, prekarisieren usw. Wir befinden uns innerhalb dieses Bewegungszyklus.

Die emanzipative Uni soll also, wie auch die aktuelle studentische Bewegung, den Widerstand mittragen helfen gegen die Logiken der geistigen und materiellen Verwüstungen, die den sogenannten Bologna-Prozess begleiten; sie soll gegen die Absicherung dieser Logiken mittels ideologischer, sprachlicher und allgemein wissenschaftlicher Mittel Stellung beziehen. Im Rahmen der emanzipativen Uni sollen Alternativen zur Zurichtung der Wissenschaft auf eine Manipulationsmaschinerie im Dienste der Mehrwertsteigerung (z. B. über tausenderlei Manipulationen von Meinungsumfragen etc.) erarbeitet werden. Es werden bereits jetzt andere Formen und Inhalte von Wissen über einzelne Felder erarbeitet (z. B. andere Ökonomiemodelle wie etwa die Solidarökonomie); Modelle, die bereits jetzt auf einen Überschuss über das Bestehende hinaus hinweisen und auf jene Formen zielen, die Wissenschaft eigentlich ausmachen sollten: auf Neugier und das Erforschen von bislang Unbekanntem und (oder)

Verdrängtem. Diese Archäologie des Wissens könnte jene Schätze bergen, die der Zwang zur Konkurrenz und zum Wettbewerb verschüttet hat bzw. bis zur Unkenntlichkeit entstellt hat.

Dabei haben wir kein fertiges, abschließendes Konzept – und können es auch gar nicht haben. Wie und wohin können wir gehen? Im zapatistischen Sinn schreiten wir fragend voran. Aber was sind gangbare Konzepte?

Die emanzipative Uni versteht sich als Teil der aktuellen studentischen Bewegung und kann daher nicht die Form der Organisation (diese steht für stringente Strukturen), sondern nur jene des Labels annehmen. Im Gegensatz zur Organisation ist das Label ein loser Vernetzungszusammenhang, in dem Kollektivität über Knotenpunkte hergestellt wird, der jedoch keine Gruppenzwänge kennen sollte.

Der emanzipativen Uni geht es darum, alle bisherigen universitären Strukturen, Abläufe und Modelle zu hinterfragen und bei Bedarf in Frage zu stellen. Deren (soziale, geschlechtliche etc.) Ein- und Ausschlussproduktion soll aufgezeigt werden. Es soll hinterfragt werden, welche Subjekte zu welchem Zweck produziert werden. Etwas konkreter geht es um Folgendes: Infragestellung des Top-Down-Prinzips und Ersetzung durch das Bottom-Up-Prinzip, Enthierarchisierung aller universitären Abläufe und Strukturen, statusübergreifendes Arbeiten und Hinterfragung der Funktion der Statusbildung, Zur-Verfügungstellung ausreichender finanzieller Mittel für den Ablauf universitärer Aktivitäten, Beseitigung der Kluft zwischen Forschung und Lehre, Bildung statt Ausbildung, Ablehnung (Zurücknahme) von Zugangs- und Weiterführungsbeschränkungen aller Art, Auf-Dauer-Stellung emanzipativer Ansätze, Mitentscheidung aller an den Unis Beteiligten (auch des Reinigungspersonals) auf allen Ebenen, aktive Solidarisierung mit anderen streikenden Unis, Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Verteidigung der notwendigen (materiell und ideell) notwendigen Räume für emanzipative Politik und Projekte.

Die emanzipative Uni macht es sich zur Aufgabe, bereits bestehende (und vergangene) emanzipative Projekte sowie Bewegungsprojekte zu beforschen. Was gibt es für emanzipative Ansätze? Welche gab es in der

Vergangenheit? Als Beispiele können dabei die sozialen Bewegungen des aktuellen Bewegungszyklus dienen. Die emanzipative Uni soll in einer Art Selbstuntersuchung die derzeitigen Ereignisse an den Unis beforschen, um dieser die Ergebnisse der Forschung wieder der Bewegung zur Verfügung zu stellen. Die emanzipative Uni soll also nichts anderes tun, als die Uni schon tut – allerdings auf eine radikal andere Art und Weise. Es soll nicht nur um das tagtäglich produzierte Wissen gehen, nicht nur um das, was Bildung ausmacht, sondern ebenso um jenes weite Feld des Erfahrungswissens, den Bereich des kognitiven Wissens, der Intentionen und Wünsche und des emotionalen Wissens.

Die Transformation der Forschungsmethoden

Als konkretes Forschungsdesign wird die militante Untersuchung vorgeschlagen. Diese unterscheidet sich von den herkömmlichen Untersuchungsdesigns durch die Ablehnung der vorherrschenden Asymmetrien zwischen Forschenden und Beforschten. Dies führt notwendig zu Subjekt-Objekt-Beziehungen und damit zur Funktionalisierung der Beforschten. Ein solcher Prozess produziert seine eigenen Ausschlüsse und sieht nur das der eigenen Sichtweise Entsprechende. Die militante Untersuchung hingegen versucht eine Subjekt-Subjekt-Beziehung im Forschungsprozess herzustellen, um solcherart Funktionalisierungen auszuschließen. Die Forschende steht nicht außerhalb des Prozesses; sie ist vielmehr Teil davon und wechselt öfters ihre Position (die Beforschte wird selbst zur Forschenden). Wie weit solche Prämissen auch auf andere Prozesse (z. B. die Diskursanalyse) anwendbar sind, wäre ein Thema für die AG Emanzipative Uni. Des weiteren stehen aber auch andere Forschungstools zur Verfügung, wie z. B. der Community-Organising-Ansatz, die ebenfalls zu diskutieren wären.

Nähere Ausführungen zur AG Emanzipative Uni

Emanzipativ ist nicht in jenem aufklärerischen Sinne zu verstehen, der Hand- und Kopfarbeit spaltet und die (meist männliche und weiße) Individualität überhöht, um die anderen zu erniedrigen. Emanzipativ meint vielmehr die Aufhebung aller Zustände, in denen Menschen (nicht nur Männer) und darüber hinaus alle Lebewesen gezwungen sind, in erniedrigenden, ausbeuterischen und entwürdigenden Verhältnissen zu leben, und durch die Umwelt als Lebensgrundlage zerstört wird.

Emanzipation wird feministisch sein oder sie wird nicht sein. Feministische Emanzipation ist keine ergänzende Haltung, die als Nebenwiderspruch wie eine Zutat einer totalen Suppe beigelegt werden könnte. Feminismus ist ein emanzipatorisches Anliegen, das sich mittlerweile nicht mehr nur darauf beschränkt, die „Frauenfrage“ zu erörtern, sondern sich zur Aufgabe gemacht hat, herrschaftliche wie hegemoniale Schief lagen zu thematisieren, um gesellschaftspolitisch grundlegende Transformationen zu erreichen. Emanzipation derart verstanden, bedeutet das Zutun zu herrschaftlichen wie hegemonialen Machtverhältnissen durch eigene Handlungen zu reflektieren; Emanzipation im Eigenen zu betreiben und Machtverhältnisse in kritisch-analytischer Sicht verstehen zu lernen. Konkret bedeutet dies, unseren Kontext wie uns selbst stetig danach zu befragen, wie in ihm und durch uns Sexismus/Heterosexismus/Patriarchat, Rassismus/Kulturalismus/Postkolonialismus, Neoliberale Logik/ kapitalistische Ausbeutung weiter bestehen.

Die emanzipative Uni ist als offener Raum konzipiert, in dem sich Kollektivität entwickeln kann, in dem aus den eigenen kollektiven Erfahrungen gelernt werden kann, in dem Widerstand sichtbar und hörbar gemacht werden kann – ohne Druck durch und Angst vor Konkurrenz, Wettbewerb oder Repressalien ausgesetzt zu sein; ein Raum, in dem freie Kommunikation und ungezwungener Austausch möglich werden. So könnten etwa Texte als Kollektiv und nicht als besondere Leistung einzelner Individuen herausgegeben werden. Konkurrenz und Wettbewerb stellen immer auch Aneignungs- und Enteignungsformen dar. Genau aus diesem Grunde, weil Kollektivität nur innerhalb der Würde der Einzelnen funktioniert, ist die Stellung der am Prozess Beteiligten zentral. Was passiert mit den Subjekten der Bewegung? Sie sind die ExpertInnen der je eigenen Situationen. Ihre, d. h. unsere Bedürfnisse, Wünsche, Intentionen sind der Ausgangspunkt aller Veränderungen und werden den weiteren Verlauf bestimmen. In der Uni findet das in der Produktion spezifischen Wissens seinen Ausdruck. Es ist zwar das Individuum, das sich Wissen aneignet, doch diese Aneignung ist nur innerhalb eines sozialen Prozesses möglich. Damit ist Wissen also ein kollektives Gut. Die private Aneignung dieses kollektiven Gutes stellt genauso eine Enteignung dar wie die Privatisierungen von öffentlichen Gütern (Telefongesellschaften, öffentlichen Plätzen, Bahnlinien etc.). Die emanzipative Uni soll sich mit den zentralen Strängen emanzipativer Theorien beschäftigen und ihre Möglichkeiten in den aktuellen Auseinandersetzungen ausloten. Diese Theorien können u. a. sein:

Queertheorien, radikale Geographie, postoperaistische Ansätze, neuere feministische Theorien, Edu-Factory-Ansatz etc.

Universität und Wissensproduktion kann nicht losgelöst von der aktuellen Gesellschaft gesehen werden. Noch im Fordismus entspricht die schwerpunktmäßige Ausrichtung der Universitäten auf Naturwissenschaften der Arbeitsteilung zwischen der Fabrik (als Ort der Handarbeit und der Mehrwertproduktion) und der Universität (als Ort der Kopfarbeit). Mit der Loslösung der Fabrik aus den Metropolen (zumindest als großem sichtbarem Raum) und ihrer Implementierung in ärmere (bzw. ärmer gemachte) Weltgegenden, ihrer Aufsplitterung in kleinere, mobilere Einheiten (die Bretterbude mit der High-Tech-Maschine, die Verlagerung auf das rollende Lager usw.), sowie der mikroelektronischen (passiven) Revolution (in ihrer sozialen Bedeutung auch als präventive soziale Konterrevolution bezeichnet) wird das physikalische Weltbild nachhaltig erschüttert und Wissensproduktion bleibt nicht mehr ausschließlich auf Universitäten beschränkt. Damit entwerten sich aber auch die Bildungstitel. Weil aber Wissenschaft keinen (einzigen) exklusiven Ort mehr hat, kann Exklusivität auch nicht durch Exzellenzzentren wiederhergestellt werden. Wissensproduktion funktioniert heute in Netzwerken (wie auch Bewegungen), also in Kollektiven. Sie weist damit schon über das Bestehende hinaus. Dies ändert aber nichts an der Rolle der Universitäten in der Herausbildung der gesellschaftlichen Eliten, die ihre Stellung über Systemzwänge legitimieren. Der Widerspruch zwischen kollektiver Produktion und individueller Aneignung (die immer auf Macht

beruht) führt (neben anderen Faktoren) zu den aktuellen Formen prekariisierter Arbeits- und Lebensverhältnisse, die ihrerseits zu einer Vielzahl von differenten Veruneinlichungen führen. Allein im akademischen Milieu gibt es eine Vielzahl differenter Formen: Regelstudierende, berufstätige Studierende, externe LektorInnen (mit unterschiedlichsten Verträgen), Drittmittelangestellte, Profs, Reinigungspersonal usw. Aufgrund dieser Ausdifferenzierungen können einheitliche Formationen nicht mehr funktionieren; es sei denn, sie nehmen einen exklusiven Standpunkt ein (oder behaupten einen allgemeinen einzunehmen). Wie aber können angesichts einer solchen Vielzahl von unterschiedlichen Ansätzen, Lebenssituationen etc. noch Gemeinsamkeiten und Verbindungsknoten in sozialen Netzwerken hergestellt werden? Eine Möglichkeit wäre über einen Rahmen (ein Set) übergreifender Forderungen: Deshalb schlägt die AG Emanzipative Uni die Forderung nach einem garantierten Grundeinkommen für alle, die hier sind vor. Dadurch könnte eine Entkopplung von Einkommen und (prekärer) Arbeit ermöglicht werden. So wäre ein Arbeiten im weiteren Wortsinn, ohne finanzielle Unsicherheiten möglich. Die pauschale Beschuldigung, dass im Falle der Einführung des garantierten Grundeinkommens die Faulheit unterstützt würde resultiert aus einem verengenden Arbeitsbegriff (nur körperliche erwerbsmäßige Arbeit wird als Arbeit akzeptiert) und einer statischen Sicht des Finanzsystems.

Das vorgestellte Konzept ist vorläufig und in allen Punkten veränderbar. Es soll als Arbeitsgrundlage dienen und als Anstoß für weitere Bearbeitungen.

Stellungnahme der 5. Lehrenden- und Forschendenversammlung an österreichischen Bildungseinrichtungen zum Internationalen Bildungsaktionstag am 17.11.2009

1. Der Protest vieler Lehrender und Forschender im Kontext der aktuellen Besetzungen an österreichischen Universitäten bedeutet nicht Verhinderung, Blockade oder Versäumnis. Der Protest unterstützt vielmehr die Vertiefung und Ausweitung einer Diskussion um die Bedingungen universitären Lernens, Lehrens und Arbeitens sowie der gesellschaftlichen Wissensproduktion. Angesichts von aktuellen Ökonomisierungs-, Hierarchisierungs- sowie Prekarisierungsprozessen ist diese Diskussion nicht auf den universitären Bereich beschränkt, sondern im Kontext gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse zu sehen. Diese nun in Österreich stattfindende Debatte und ihre Resonanz weit über nationale Grenzen hinaus war davor weitgehend unsichtbar und wurde erst durch die Protestbewegung auf die politische Agenda gesetzt. Deshalb beteiligen wir uns als Lehrende und Forschende an österreichischen Bildungseinrichtungen hier und heute (17. November 2009) am internationalen Bildungsaktionstag.

2. Im Rahmen des Aktionstages finden an vielen Instituten Vollversammlungen statt. Ein Gegenstand dieser Vollversammlungen soll die Etablierung von kollektiven Räumen und öffentlichen Strukturen wie Arbeitsgruppen oder regelmäßigen Vollversammlungen sein, um die jeweilige institutionsspezifische Situation im Kontext der allgemeinen Forderungen der Protestbewegung einschätzen und das weitere Vorgehen beschließen zu können.

3. Studierenden, Lehrenden und Forschenden, die sich an der Protestbewegung beteiligen, sollen unter keinen Umständen Nachteile erwachsen. Deshalb sollte eine Diskussion über zu treffende Maßnahmen geführt werden:

Entlastung von Studierenden: Keine Anwesenheitslisten – nachträgliches An- und Abmelden von Studierenden zu Lehrveranstaltungen, wo dies möglich ist – flexible Abgabefristen für Übungsaufgaben – Adaptierung der Prüfungsmodalitäten an die neuen Bedingungen – Entfall von Lehrveranstaltungen während protestbezogener Aktionen.

Entlastung von Lehrenden/Forschenden: Beschlüsse der Institutsvollversammlungen zur Einstel-

lung des Lehrbetriebs während protest- und streikbezogener Aktionen, wenn möglich mit Unterstützung seitens der jeweiligen Studienprogrammleitungen – keine Individualisierung: für den Fall von Sanktionen seitens der Rektorate und Institutsleitungen wegen „Nichtwahrnehmung der Dienstpflicht“ sollen die Institutsversammlungen solidarisierende Maßnahmen treffen – Freistellung aktiver Lehrender und Forschender von administrativen Tätigkeiten – Freistellung aller Universitätsangehörigen für protestbezogene Aktivitäten

4. Im Anschluss an die Institutsvollversammlungen rufen wir diese sowie alle solidarischen Individuen und Gruppen dazu auf, sich um 15:00 an der Kundgebung zum Bildungsaktionstag vor der Industriellenvereinigung (Schwarzenbergplatz) einzufinden. Bestandteil der aktuellen Proteste ist eine selbstbewusste Zurückweisung jeder Einschränkung, die die stattfindende bildungspolitische Debatte beschneidet und Studierende, Lehrende und Forschende an ihre Plätze in der entdemokratisierten Ordnung der Universitäten zurückpfeift. Wir verweisen auf die in den besetzten Räumen geschaffenen Orte der Forschung und des Wissens, des demokratischen und antihierarchischen Handelns und einer Bildungspolitik, die sich unabhängig von Ministerien und Rektoraten entwickelt.

5. Konkrete Forderungen unterschiedlicher Gruppen von Beschäftigten wurden bereits vor Monaten öffentlich gemacht. Wir verweisen diesbezüglich explizit auf die Stellungnahme der IG externe LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen zur bevorstehenden Umsetzung des Kollektivvertrags vom Mai 2009, in der klare Forderungen formuliert wurden (<http://www.ig-elf.at/index.php?id=75>), sowie auf den Offenen Brief der Plattform Drittmittelpersonal vom April 2009, in denen u.a. „mittelfristige Karrieremöglichkeiten von Angestellten im Drittmittelbereich“ gefordert wurden.

Die Lehrenden- und Forschendenversammlung der Wiener Universitäten hat sich im Zuge der laufenden Proteste auf folgenden **Forderungskatalog** geeinigt:

§ 1. Wir fordern breite Debatten zu einem emanzipatorischen Bildungsbegriff!

Der derzeitige Bildungsbegriff ist am Projekt einer wettbewerbsfähigen Wissensökonomie orientiert. Bildungsinstitutionen wird fast ausschließlich im Kontext marktwirtschaftlicher Verwertungslogiken Bedeutung zugemessen. Ein emanzipatorischer Bildungsbegriff dagegen umfasst selbstbestimmtes und selbstorganisiertes Lernen sowie das Recht auf freie Forschung und erkennt auch nicht-akademische Wissensformen und Wissenskulturen an. Ziel von Bildungspolitik sollte daher sein, die Rahmenbedingungen für die Thematisierung und Reflexion möglichst vielfältiger Inhalte aus verschiedenen Perspektiven zu schaffen. Wir lassen uns nicht zu Humankapital einer Wissensökonomie reduzieren. Wir sind Teil einer ebenso breiten wie vielfältigen Basis emanzipatorischer, sozialer Bewegungen.

§ 2. Wir fordern freien Zugang zu Wissen und die Demokratisierung der Forschungsförderung!

Die Prioritätenbildung in der Forschungsförderung von Seiten der Politik ist weder transparent noch Ergebnis eines demokratischen, gesamtgesellschaftlichen Aushandlungsprozesses. Sie wird von Eliten vorgegeben und folgt oft partikularen wirtschaftlichen Interessen. Dadurch leiden viele nicht unmittelbar ökonomisierbare Forschungszweige und Fachgebiete unter Unterfinanzierung. Dies hat dramatische Auswirkungen auf das Lehr- und Forschungspersonal und die Infrastrukturen wie Bibliotheken und technische Gerätschaften. Wissen, das an öffentlichen Einrichtungen geschaffen wird, soll auch frei und kostenlos für alle zugänglich sein. Insbesondere fordern wir eine öffentliche Auseinandersetzung mit der Teilhabe der Wissenschaft und ihrer Institutionen an Kolonialismus, Nationalsozialismus und „embedded scientists“ in gegenwärtigen Kriegen.

§ 3. Wir fordern Bildung für alle und jederzeit statt lebenslänglicher Ausbildung!

Der Imperativ lebenslangen Lernens ist heute vor allem eine Aufforderung, sich für einen flexiblen Arbeitsmarkt „fit“ zu halten. Nicht nur zertifizierte Schul- und Universitätsabschlüsse, sondern auch außerschulische Kompetenzen und kognitive Fähigkeiten wie Intelligenz, soziale Kompetenz und Kreativität werden in den Dienst von „employability“ gestellt. Wir fordern, dass diese Fähigkeiten auch außerhalb einer Verwertungslogik als Grundlage persönlicher Entfaltung und sozialer

Bewegungen anerkannt werden. Eine so verstandene Bildung muss für alle Generationen und generationenübergreifend frei zugänglich sein.

§ 4. Wir fordern exzellente Massenuniversitäten!

Der im Zuge des sog. „Bologna-Prozesses“ offen zu Tage tretenden Tendenz zur Elitebildung im ganzen Bildungssystem muss Einhalt geboten werden. An die Stelle von fragwürdigen Eliteprogrammen, die eine höchst spezialisierte, politisch regulierte Wissensproduktion mit gesellschaftlichen Privilegien verbinden, müssen Bemühungen und Maßnahmen treten, eine ausgezeichnete Lehre und Forschung auf allen Ebenen, in allen Fachbereichen und für alle Studierenden zu gewährleisten. Eine Massenuniversität kann mit der entsprechenden finanziellen und personellen Ausstattung Exzellenz für alle bieten.

§ 5. Wir fordern verstärkte Maßnahmen gegen Diskriminierung!

Verschiedene gesellschaftliche Mechanismen erschweren und verhindern aktuell breiten Teilen der Bevölkerung den Zugang zum Bildungssystem. Dazu zählen nicht nur Studiengebühren und Knockout-Prüfungen an den Universitäten, sondern ebenso Diskriminierung aufgrund von sozialer Herkunft, Geschlecht, Hautfarbe, Alter, Migrationshintergrund, StaatsbürgerInnenschaft etc. an allen Bildungseinrichtungen, insbesondere im Pflichtschulbereich. Um mittelfristig allen Gesellschaftsmitgliedern den Zugang zu Bildung zu ermöglichen, sind wir für den Ausbau institutioneller Strukturen und Investitionen zur Förderung benachteiligter Gruppen, neben antidiskriminatorischer Betriebsvereinbarungen und der Anerkennung ausländischer Zeugnisse. Darüber hinaus fordern wir die explizite Orientierung von Forschung und Lehre an der Herstellung von Wissen, das die Strukturen der Produktion von Ungleichheiten benennt, analysiert und bekämpft, sowie die stärkere Förderung antidiskriminatorischer Kontrollmechanismen (z.B. Transparenz bei Besetzungsverfahren, Quotenregelungen).

§ 6. Wir fordern die Wiederherstellung und Ausweitung der universitären Selbstverwaltung und Mitbestimmung!

Die letzten Jahre brachten eine massive und systematische Beschneidung der Freiheit der universitären Selbstverwaltungsorgane und der Mitbestimmung aller Mitglieder der Universitäten zugunsten marktwirtschaftlicher Modelle. Die Installierung autokratischer Macht- und Herrschaftsstrukturen führte zu

massivem Abbau demokratischer, kollegialer Arbeits- und Diskussionsformen. Um die aktuelle Top-Down-Politik zu stoppen, ist eine gleichberechtigte Einbeziehung aller vier Kurien in universitäre Entscheidungsprozesse unabdinglich. In diesem Sinne fordern wir die Einbindung der Lektorinnen und Lektoren in alle institutspolitischen Entscheidungsprozesse. Ohne Lektorinnen und Lektoren ist an vielen Instituten der Lehrbetrieb nicht aufrecht zu erhalten. Diese Forderung geht einher mit der generellen politischen Forderung nach Demokratisierung in allen universitären Bereichen, Einführung der Drittelparität und Abschaffung des Universitätsrats. Die Befugnisse des Rektorats sowie die Praxis der Leistungsvereinbarungen und der Wissensbilanzen müssen neu überdacht werden.

§ 7. Wir fordern neue Formen finanzieller Absicherung für alle!

Die existentielle Situation des akademischen Mittelbaus und des wissenschaftlichen Nachwuchses ist beispielhaft für gegenwärtige prekäre Arbeitsbedingungen. Die kurzfristige und ungesicherte Vergabe von Semesterverträgen für LektorInnen bedroht die Existenz der Lehrenden wie die Lehre selbst. Die immer zwingendere Selbstfinanzierung des eigenen Arbeitsplatzes durch Drittmittel führt zu immensen zusätzlichen Belastungen. Wissenschaftliches sowie nicht-wissenschaftliches Personal leistet in diesen Kontexten unter hohem Zeitdruck ein untragbares Ausmaß an unbezahlter Arbeit. Wir fordern langfristige Verträge mit Aussicht auf Verlängerung, fixe Arbeitsplätze und Versammlungsräume für alle Lehrenden und Forschenden. Wir fordern fixe Arbeitsplätze und angemessene Entlohnung für Lektorinnen, Lektoren und Forschende in Drittmittelprojekten. Die Qualität der Lehre ist durch prekäre Arbeitsverhältnisse nicht zu gewährleisten. Im Sinne des Erhalts der Einheit von Forschung und Lehre sowie der Vielfalt an Lehrinhalten und Forschungsansätzen fordern wir, dass Senior Lecturers ausschließlich als Ergänzung des augenblicklichen Lehrangebots eingeführt werden – keinesfalls dürfen sie die derzeit tätigen Lektorinnen und Lektoren ersetzen.

Die Flexibilisierung wissenschaftlicher Arbeitsmärkte ist symptomatisch für allgemeine Tendenzen am Arbeitsmarkt, die immer mehr Menschen immer weniger kontinuierliche, finanzielle Absicherung bieten. Wir fordern daher eine ernsthafte Diskussion über das bedingungslose Grundeinkommen und einen allge-

meinen Mindestlohn als Möglichkeiten kontinuierlicher, finanzieller Absicherung statt prekarisierter Arbeitsmärkte.

§ 8. Wir fordern Strukturen für emanzipatorische Lehre und Forschung!

Die Finanzierungsstruktur von Forschung und Lehre und damit auch die Arbeitsbedingungen wissenschaftlichen Personals geben den Rahmen für die Art und Weise vor, wie Forschung und Lehre angelegt werden und damit indirekt auch, welches Wissen produziert und vermittelt werden kann. In den derzeitigen Strukturen erhalten tendenziell die etablierten Forschungs- und Lehrbereiche mehr Unterstützung als neu entstehende und solche mit kritischem Inhalt. Kurze Anstellungsperioden und hoher Leistungsdruck schließen komplexere Fragestellungen aus und führen zur Vernachlässigung innovativer, aber riskanter Forschungsinhalte. Wir fordern daher überall dort längere Förderperioden, wo es nötig und sinnvoll ist, sowie die stärkere Förderung von Forschung jenseits des wissenschaftlichen Mainstreams.

§ 9. Wir fordern eine grundsätzliche Bestandsaufnahme sowie Diskussion über Folgen und mögliche Korrekturen des Bologna-Prozesses!

Der sog. „Bologna-Prozess“ ist der Inbegriff für viele Missstände, die zur Zeit an den österreichischen Universitäten diskutiert werden. Sogar die deutsche Kultusministerkonferenz schließt sich der Kritik von Studierenden an einer „Verschulung“ des Studiums, einer restriktiven Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen, der Verschlechterung der nationalen und internationalen Mobilität, einer geringen Akzeptanz des Bachelors als berufsqualifizierenden Abschluss sowie den aufwändigen Akkreditierungsverfahren an. Hinzu kommt, dass „Bologna“ den Status einer EU-Direktive hat, weshalb sie nur von nationalen AkteurInnen interpretiert und umgesetzt werden kann. In diese Diskussion müssen alle Universitätsangehörigen und die Öffentlichkeit einbezogen werden. Wir fordern eine gründliche Reflexion darüber, welche positiven Neuerungen „Bologna“ bringt und was sich durch die Umstrukturierungen verschlechtert.

§ 10. Wir fordern die Überarbeitung der neuen Studienpläne!

Die im Zuge des sog. „Bologna-Prozesses“ geplante und teilweise erfolgte Umgestaltung der Studienpläne hat viele strukturelle und inhaltliche Probleme nach sich gezogen. Insbesondere die Modularisierung führt

zur „Ver-Ausbildung“ von Bildung, zur Ermüdung der wissenschaftlichen Neugier der Studierenden und einer Einengung der Freiheit der Lehre. Kritisches und mündiges Denken vollzieht sich nicht entlang schablonierter Studienpläne, sondern kann nur in der Freiheit eines selbst bestimmten Studiums gedeihen. Daher müssen in die Studienpläne mehr Freiräume für ein selbstorganisiertes Lernen und Lehren eingearbeitet werden.

§ 11. Wir fordern die Einrichtung öffentlicher Räume für eine kollektive Debatte!

Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass die öffentliche Diskussion, die die Studierendenproteste ausgelöst haben, fortgesetzt wird. Den vorgelegten Forderungen kann nicht durch einmalige Maßnahmen, weder durch

rein finanzielle Mittel noch durch ein ad-hoc-Maßnahmenpaket, Genüge getan werden, sondern nur durch strukturelle Veränderungen und langfristig angelegte, gesamtgesellschaftliche Reflexion. Das bedeutet nicht, dass es nicht sofortigen Handelns bedürfte! In diesem Sinne unterstützen die Lehrenden und Forschenden der Wiener Universitäten ausdrücklich eine Aneignung solcher Räume und die Ausweitung der Besetzungs- und Protestbewegung! Zur Unterstützung der Bewegung fordern wir die Verantwortlichen auf, MitarbeiterInnen sowie Studierende der Universitäten für entsprechende Aktionen freizustellen!

Lehrende und Forschende an österreichischen Bildungseinrichtungen

Montag, den 16. November 2009

Kritische und Solidarische Universität

*Uni für Alle! Kommt und bringt Euch ein!
Für eine Kritische und Solidarische Universität!*

Die Proteste zeigen den Unmut der Studierenden über ihre Arbeitsbedingungen. Vielen Studis droht Verarmung, viele leben bereits an und unter der Armutsgrenze. Demokratie wird abgeschafft und der Druck zu sinnloser Leistung im Dienste der zerstörerischen Konkurrenz erhöht. Genauso geht es vielen anderen Arbeitenden in Österreich und weltweit. Diese Gesellschaft hat so wie sie ist, keine Zukunft. Die Universität wie sie ist, darf nicht bestehen bleiben.

An der Universität gibt es zu wenig Raum, sie tötet Kreativität und macht Selbstentfaltung unmöglich. Sie soll auf der einen Seite zu einem exklusiven Club der oberen Zehntausend werden, im Dienst von Kapital und Konkurrenz, auf der anderen Seite zu einer Anstalt, die billige, unkritische Arbeitskräfte hervorbringt. Eine breite Welle der Solidarisierung hat gezeigt: dafür gibt es keine Mehrheit.

Die Krise der kapitalistischen Gesellschaft drängt zu Lösungen: wirtschaftlich, ökologisch und sozial. Die gegenwärtige Universität kann dazu nichts beitragen. Wir brauchen stattdessen eine Solidarische Universität für Alle. Sie muss sich für das Wohl der Arbeiter_innen, Angestellten und Erwerbslosen einsetzen ebenso für jene, die zu Hause arbeiten. Es geht nicht um sinnloses Wirtschaftswachstum, Konkurrenz und Elitenbildung, sondern um ein selbstbestimmtes Leben für alle hier und jetzt.

Mit unserer Aktion setzen wir die beherzte Solidaritätserklärung der Stadt Wien in die Tat um und laden alle dazu ein, jetzt damit zu beginnen, eine Kritische und Solidarische Universität aufzubauen. Was Studierende und Nicht-Studierende in den Hörsaal-Plenas in ganz Österreich in den letzten Wochen entwickelt haben, wollen wir hier fortführen: eine basisdemokratische Organisation mit selbstverwalteten Strukturen. Diese beschränkt sich nicht auf Studierende, sondern ist für alle Arbeiter_innen und Angestellten, Erwerbslosen, Hausmänner und -frauen offen.

Wir wollen eine andere Universität, die unterschiedliche Gesellschaftsgruppen vereint, die sich kritisch mit der bestehenden universitären Struktur und Organisa-

tion auseinandersetzt und sowohl auf praktischer als auch auf theoretischer Ebene agiert. Für die Verwirklichung dieser Ziele sind gesellschaftliche Freiräume notwendig, die nicht der Kontrolle durch Wirtschaft und Staat unterliegen. Wir glauben nicht an die Versprechungen des Kapitalismus, wir glauben nicht an die Fähigkeit des Staates, für unser Wohl zu sorgen. Wir wollen eigenständig unser Leben in unsere Hände nehmen.

Die Räume, die wir in Nutzung genommen haben, sind für alle offen, die ihr Wissen frei und selbstbestimmt entwickeln wollen, für Gruppen, Gewerkschaften, Einzelpersonen, Lehrende, Studierende, Schüler_innen und so fort. Sie sind kein Ersatz für die besetzten universitären Räume, sondern deren Ergänzung und Erweiterung.

Mit diesen permanenten Räumlichkeiten wollen wir selbstverwaltete Aktivitäten schaffen. Ein Raum für gewerkschaftliche Organisation und Planung, kritische Lehrveranstaltungen, Lesekreise und Workshops. Er soll für Projekte und Gruppen von und mit Migrant_innen, für die Beratung und Begleitung solidarischer Initiativen, für die Entwicklung gesellschaftspolitischer Alternativen sowie für freie Kunst und Kulturproduktion offen zugänglich sein. Viele weitere Aktivitäten sind möglich und herzlich willkommen.

Grundsätze wie Feminismus, Anti-Rassismus und Selbstorganisation stellen einen unverzichtbaren Bestandteil dieser Räume dar. Es soll ein nicht-kommerzieller Treffpunkt, Lern- und Diskussionsort sein, der für alle offen ist.

Wir freuen uns, dass die Stadt Wien sich mit den Anliegen der Studierenden solidarisch erklärt hat und hoffen auf die Unterstützung in unserem gemeinsamen Bemühen, eine rasche Lösung für die von den Studierenden kritisierten Missstände zu finden. Zudem setzen wir mit unserer Aktion einen ersten Schritt, um allen Studis ausreichend Raum zu gewährleisten. Denn im Durchschnitt kommen auf eine Studierende bzw. einen Studierenden in Österreich nur 6,5 Quadratmeter Nutzfläche.

Uni für Alle! Für ein besseres Leben hier und jetzt!

Bewegungen der Studierenden in Österreich

Robert Foltin

Wegen der ungenügenden Kapazität der Universitätsräumlichkeiten ereignen sich schon zu Beginn der 1960er Proteste (bis hin zu Krawallen). Sind diese noch von den rechten Organisationen getragen, so ändert sich das Bild in der zweiten Hälfte der 1960er. Neben der allgemein gesellschaftspolitischen und internationalistischen Politik dominiert eine von linken Minderheiten getragene Kritik an den konservativen Uni-Strukturen. Noch in den 1970ern und den 1980ern bleibt die Hochschüler_innenschaft in der Hand von ÖVP-nahen Rechten. Linke Gruppen sind aktiv, kleinere Proteste finden auf Institutebene statt, es gibt keine großen Bewegungen der Studierenden wie dann 1987, 1996, 2000 und 2009.

Vorgeschichte zu 1987

Schon seit Jänner 1987 wird immer wieder ein Sparpaket angekündigt. Unmut äußern die Lehrer_innen, Sozialkonferenzen im September 1987 beschließen eine Großdemonstration für den 24.10.1987. Wegen der Kürzung der Kinderbeihilfe, an die andere Leistungen der Studierenden geknüpft sind, kündigen linke Gruppen Aktionstage im Oktober an, die Aktionsgemeinschaft (AG, ÖVP-nahe) eine Demonstration im November.

Herbst 1987

Am 19.10. beschließt die GRUWI-GEWI-Hörer_innenversammlung in Wien einen Streik, das Audimax wird von Studierenden der Publizistik besetzt. Am nächsten Tag schließen sich viele Universitäten dem Streik an. Aus zuerst hunderten Aktivist_innen werden tausende, die durch die Hörsäle ziehen und spontane Demonstrationen in Wien und in vielen anderen Schul- und Universitätsstädten durchführen. Am Freitag, den 23.10., streiken und demonstrieren viele Schüler_innen. Die Sozialabbaudemo am Samstag, den 24.10., wird mit 40.000 Teilnehmer_innen ein großer Erfolg. In der zweiten Woche unterstützt die Dienststellenversammlung der Hochschullehrenden die Studierenden.

Die AG arbeitet daran, den Streik abubrechen, auch linke Gruppen wie VSSTÖ und KSV suchen den Kompromiss, scheitern aber vorerst am Plenum im Audimax, das bis Mitte November besetzt bleibt. Immer wieder werden kleiner werdende Demonstra-

tionen durchgeführt, nach den Weihnachtsferien ist die Bewegung vorbei.

Vorgeschichte zu 1996

Kleinere Aktionen finden im Herbst 1989 und 1992 statt, getragen von einzelnen Instituten und linken Gruppen, der Erfolg bleibt begrenzt. Im Jänner 1992 wird das Audimax besetzt, eine linke „Plattform gegen Studienverschärfungen“ gegründet, eine brave AG-dominierte ÖH-Demo kann im März 1992 Zehntausend mobilisieren.

Nach der Ankündigung eines neuerlichen Sparpakets im September 1995 flammt eine Schüler_innenbewegung auf, an vielen Mittelschulen wird gestreikt, an einer Demonstration am 22.9. beteiligen sich Tausende. Widerstand an den Universitäten wird vorbereitet, als am 11.10.1995 die große Koalition aus SPÖ und ÖVP zerbricht. Aktionsankündigungen werden zurückgestellt, trotzdem wird gegen den ausdrücklichen Willen der AG am 17.10.1995 eine gut besuchte (10.000) und kämpferische Großdemonstration der Studierenden durchgeführt.

Frühjahr 1996

Die Neuwahlen bringen neuerlich eine große Koalition mit einer stärkeren SPÖ, die die Wahlen mit ihrer Gegner_innenschaft zu Sparmaßnahmen gewonnen hat. Die Ankündigung des Sparpakets löst die bisher breiteste Bewegung aus.

Schon während der Ferien im Februar beginnen linke Gruppen und die erstmals linksliberale ÖH mit kleinen Aktionen. Zu Beginn des Semesters im März breitet sich der Streik von der Wirtschaftsuniversität ausgehend relativ schnell aus. Charakteristisch ist, dass der Streik auch an Universitäten und Instituten durchgeführt wird, die nicht als linke Bastionen gelten. Insgesamt ist die Bewegung dezentraler als 1987, das Audimax ist zwar besetzt, spielt aber nicht mehr die zentrale Rolle, sondern ist eher eine Bühne für Streitereien unter den linken Gruppen. Der Höhepunkt ist eine große Demonstration am 14. März mit 40.000 Teilnehmer_innen. Der nächste Tag (15. März) soll noch breiter gegen das Sparpaket mobilisieren, an der

Demo beteiligen sich aber weniger Menschen als am Vortrag.

Um das Abbröckeln der Bewegung zu verhindern, werden jeden Freitag Demos durchgeführt, an denen sich anfangs noch zehntausend Studierende beteiligen (ein Vorbild für die Donnerstagsdemos im Jahr 2000). Eine weitere Aktionsform, die dann von der Bewegung gegen die ÖVP-FPÖ-Regierung aufgenommen wird, ist die Durchführung spontaner und nicht angemeldeter Demozüge kreuz und quer durch Wien.

2000 und danach

An der Bewegung gegen die ÖVP-FPÖ-Regierung ab Februar 2000 beteiligen sich viele Studierende.

Am 19. September 2000 wird die Einführung der Studiengebühren bekannt und löst eine Spontandemo über den Ring aus. Immer wieder werden Aktionen, kleinere Demonstrationen von einigen Hunderten bis hin zu einigen Tausenden durchgeführt, auf den seit Februar regelmäßigen Donnerstagsdemos werden die Studiengebühren thematisiert. Am 11. Oktober beteiligen sich Zehntausende an einer Demonstration gegen die Bildungspolitik der Regierung. Anschließend wird wieder einmal das Audimax besetzt. Auch in allen anderen Universitätsstädten in Österreich finden Demonstrationen statt. In den folgenden Monaten werden weiter kleinere Aktionen durchgeführt, ein regelmäßiger Uni-Aktions-Dienstag kann sich nicht durchsetzen. Aktionen gibt es bis ins Frühjahr 2001, etwa zur Unterstützung streikender Uni-Lehrender im März.

2004 wird gegen das neue Universitätsgesetz protestiert, das die Mitsprache der Studierenden einschränkt, im Jänner wird das Rektorat besetzt und Rektor Winkler getötet. Kleinere Aktionen werden bis ins Frühjahr hinein fortgesetzt. Eine (nicht nur) studentische Gruppierung besetzt im Juni 2004 die leer stehenden Räume der Buchhandlung Facultas auf dem Gelände des Uni-Campus im Alten AKH, um ein Soziales Zentrum für Studierende zu schaffen. Sie werden sehr schnell vertrieben.

Besetzungen

In den letzten Jahren entwickelt sich in Österreich eine Kultur der Besetzungen. Dabei verbinden sich Aktivitäten gegen die Bedrohung Sozialer Zentren wie des Ernst-Kirchweiger-Hauses, das seit 1990 besteht, und des Studierendentreffpunkts TÜWI bei der Universität für Bodenkultur mit aktivistischen Gruppen,

die neue Projekte verwirklichen wollen. Die Initiative Pankahytn besetzt über zwei Jahre in unregelmäßigen Abständen Häuser und bekommt im Herbst 2007 von der Gemeinde Wien ein Haus im 15. Bezirk zur Verfügung gestellt. Aus der Facultas-Besetzung entsteht die Gruppe „Freiraum“, die immer wieder Häuser zur Errichtung Sozialer Zentren besetzt, darunter dreimal ein Wirtschaftsgebäude beim Narrenturm im Alten AKH. Auch andere Initiativen eignen sich immer wieder Häuser an, die meisten in Wien und in Graz. Diese werden zwar immer geräumt (eine „queer-feministische Hausbesetzung“ im April 2008 sogar unterstützt durch einen Hubschraubereinsatz), was aber einiges Aufsehen erregt und breite Diskussionen auslöst. Zuletzt wird Anfang Oktober 2009 ein Gebäude in der Triesterstraße für eine Woche als Soziales Zentrum genutzt. Die Studierendenbewegung 2009 unterscheidet sich von früheren Uni-Aktivitäten auch dadurch, dass sie eine Besetzungsbewegung ist.

Studierende

Der Bildungs- und Ausbildungsbereich innerhalb und außerhalb der Unis wird schon seit einiger Zeit von Unruhe ergriffen. 2007, nach der Bildung einer großen Koalition von SPÖ und ÖVP unter Kanzler Alfred Gusenbauer, empören sich Teile der SPÖ, weil die von der schwarz-blauen Regierung eingeführten Studiengebühren nicht abgeschafft werden. Mit der Regierungsbildung 2008 unter Kanzler Werner Faymann wird ein Kompromiss gefunden, der die Studiengebühren für einen Teil der Studierenden aufhebt. Die Studienbedingungen verschärfen sich aber weiter durch Verschulung, Änderungen der Studienpläne und überfüllte Hörsäle.

Die Österreichische Hochschüler_innenschaft ist in den letzten Jahren zwar links dominiert (grün und sozialdemokratisch), scheint sich aber in den von den vorherigen konservativen Vertretungen hinterlassenen korrupten Strukturen festgefahren zu haben. Durch das Universitätsgesetz 2002 werden außerdem ihre geringen (schein)demokratischen Möglichkeiten noch einmal eingeschränkt. Ausgehend von der Besetzungsbewegung und neben den bestehenden ÖH-Strukturen, gründen sich Aktivist_innen-Gruppen, die Workshops und Arbeitskreise durchführen wollen, die nicht unbedingt in den Uni-Betrieb passen, etwa „keineUni“. In den letzten Jahren vermehrt sich diese Art von Initiativen, die auch Aktionen, etwa gegen das neue Universitätsgesetz vorbereiten: das „Widerstandscafé“, „edu-meltdown“, IRDEI (Initiative for the Re-Democratisation of Educational Institutions), das

„Netzwerk Emanzipatorische Bildung“. Aktivist_innen organisieren im Juni 2009 eine Spontandemonstration gegen die UG-Novelle vor dem Haus der EU und im Juli 2009 wird eine Kundgebung einiger hundert Studierender von der Polizei eingekesselt, weil diese drohen, die Bannmeile um das Parlament zu durchbrechen.

Unruhe im Bildungsbereich

Als die Unterrichtsministerin Claudia Schmied im März 2009 die Lehrverpflichtungen für die Lehrer_innen erhöhen will, zeigen sich 95 Prozent der Lehrer_innen streikbereit, die Gewerkschaft droht mit Kampfmaßnahmen. Der ganze April 2009 wird durch die Diskussionen über die Forderungen der Lehrer_innen bestimmt. Nachdem Schmied nachgibt, aber die schulfreien Tage für Schüler_innen einschränken will, streiken und demonstrieren am 24. April mehrere zehntausend Schüler_innen in Wien und in den anderen Bundesländern.

Aktiv wird auch das „Kollektiv Kindergartenauftand“. Diese sich außerhalb der Parteien und Gewerkschaften gegründete Gruppe von Kindergartenpädagog_innen und Betreuer_innen organisiert im Frühjahr 2009 Aktionen mit einigen hundert Beteiligten. Am 17.10.2009 demonstrieren dann 3000 Menschen für bessere Bedingungen in den Kindergärten (und noch einmal am 21.11.). „Kindergartenauftand“ ist auch eine der ersten Gruppierungen, die sich aktiv mit den Besetzungen der Studierenden solidarisiert.

International

Auch wenn es jetzt umgekehrt erscheint. Die aktuellen Kämpfe der Studierenden sind auch in Zusammenhang mit internationalen Protesten zu sehen, die schon seit längerem andauern. Bildungsproteste überziehen im Herbst 2008 Frankreich und Spanien, und in Italien zwingt zur gleichen Zeit „onda“ (die Welle), eine Bewegung von Studierenden und Schüler_innen, die Bildungsministerin zur Rücknahme von „Reformen“, die eine stärkere Kapitalisierung der Bildung bedeutet hätten. In Griechenland gehen Bildungsproteste im Dezember 2008 direkt in die Unruhen nach der Erschießung eines Jugendlichen durch die Polizei über. Im Frühjahr 2009 werden von der Uni Zagreb ausgehend zwanzig kroatische Universitäten besetzt. Und in Deutschland finden im Sommersemester 2009 in vielen Städten Aktionen von Studierenden mit hunderttausenden Beteiligten statt. Die Besetzungsbewegung in Wien knüpft von Anfang an Kontakte nach Deutschland

und in die USA, auch Aktivist_innen aus Kroatien werden eingeladen.

Von der Akademie ins Audimax

Am Dienstag, den 20.10.2009, wird nach einer Pressekonferenz zu Mittag die Aula der Akademie der Bildenden Künste besetzt. Die Akademie soll als eine der letzten Universitäten in Österreich das Bachelor-System einführen, gegen das sich Studierende und Lehrende wehren. Am Abend wird eine Party gefeiert und ein Programm für die nächsten Tage vorgestellt.

Für Donnerstag, den 22.10.2009, kündigen die Besetzer_innen der Akademie mit anderen unabhängigen Gruppen eine Demonstration im Sigmund-Freud-Park in der Nähe der Uni an. Die Polizei vertreibt die Demonstrant_innen, die daraufhin in das Alte Universitätsgebäude ziehen. Mit Unterstützung der dort gerade anwesenden Biologie-Studierenden wird das Audimax, der größte Hörsaal der Universität Wien, besetzt. Nachdem sich die Nachricht von der Besetzung verbreitet und Tausende ins Audimax strömen, schafft es der private Sicherheitsdienst nicht, die Studierenden aufzuhalten. Es wird die Polizei gerufen, die das Audimax (unzulänglich) abriegelt. Um eine Eskalation zu vermeiden, zieht die Polizei am späten Nachmittag ab. Am gleichen Tag beginnt die Selbstorganisation, in der Nacht legen DJs auf und am nächsten Tag springt der Funke auf Graz über, dort werden Hörsäle in der Vorklinik besetzt.

Am Freitag, den 23.10., gibt es einige kleinere Demonstrationen, die Zeitungen berichten über die Besetzungen, Wissenschaftsministerminister Johannes Hahn macht sich über die „Sponti-Aktion“ lustig. Die Medien haben Probleme mit der basisdemokratischen Selbstorganisation, die keine Pressesprecher_innen zulässt, und außerdem den Forderungskatalog einer andauernden Diskussion unterzieht. Erst im Lauf der nächsten Woche verstehen auch die Journalist_innen, dass die Ansprechpersonen rotieren und nur jeweils für sich selbst sprechen oder über die Beschlüsse in den besetzten Räumlichkeiten. Es wird beschlossen, das Audimax (und die Aula der Akademie) über das lange Wochenende (Montag, der 26.10., ist österreichischer Staatsfeiertag) besetzt zu halten. Hunderte beteiligen sich, Musikveranstaltungen finden statt und Prominente treten auf. Nicht nur das Audimax wird besetzt, sondern auch umliegende Räume und Hörsäle, um eine funktionierende Infrastruktur aufzubauen. Diese auf längeres Besetzen ausgerichteten Strukturen mit Volksküche, Schlaf-, Ruhe- und Veranstaltungsräumen unterscheiden diese Besetzung von

früheren Besetzungen des Audimax. Die Schaffung solcher Strukturen findet Nachahmung in weiteren Besetzungen von Hörsälen an Universitäten in Wien und in den anderen Universitätsstädten. Besetzung als Raum für das ganze Leben, auch eingebettet in den weiter laufenden Unibetrieb, ist charakteristisch für 2009, auch wenn sich nur ein kleiner Teil der Aktivist_innen mit der aus den USA kommenden Parole anfreunden kann: „Fordert nichts, besetzt alles.“ Schon von Beginn an wird Sexismus und Antisexismus thematisiert. Bei den Partys kommt es zu sexuellen Übergriffen und außerdem wird kritisiert, dass ein großer Teil der auftretenden Prominenz männlich ist. Auch das Redeverhalten von Männern wird angegriffen. In der Öffentlichkeit treten fast nur Frauen auf. Im Prinzip setzt sich in den Plena ein antisexistischer Konsens durch, was aber bedeutet, dass jeden Tag neu mit sexistischen Arschlöchern diskutiert werden muss, die ihre männlichen Privilegien bedroht sehen. Um einen Schutz vor sexuellen Übergriffen in der Nacht zu gewährleisten, wird ein Hörsaal als frauen_lesben_inter_trans Raum („flit flat“) besetzt.

Fordert nichts, besetzt alles

Nach dem langen Wochenende breitet sich am 27.10.2009 die Besetzungsbewegung weiter aus, in Linz wird der Hörsaal 1 besetzt, in Graz ein weiterer Hörsaal, der HS II der alten Technik der Technischen Universität. Auch in Wien werden weitere Räumlichkeiten angeeignet, das Freihaus der TU und das BO-KUMAX, das Haus der Studierenden bei der Universität für Bodenkultur. Der zweitgrößte Hörsaal der Uni Wien, der C1 am Campus im Alten AKH, wird besetzt, aber nach einem Auftritt der Vizerektorin wieder geräumt.

Am 28.10.2009 demonstrieren Zehntausende in der Wiener Innenstadt, einige Hundert in Salzburg, am nächsten Tag einige Tausend in Graz. Nach der Demo wird der C1 wiederbesetzt, in Salzburg ein Hörsaal an der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät und ebenso die Aula der Fakultät für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Innsbruck (am 29.10.). Am 7.11.2009 wird der HS 1 in Linz zwar freiwillig geräumt, allerdings am 10.11.2009 ein anderer Hörsaal (HS 3) besetzt. An den meisten anderen Unis (so etwa in Klagenfurt oder am Juridicum in Wien) entstehen Aktionsgruppen.

Literatur (genauer über 1968, 1987 und 1996, aber auch über die Bewegung gegen die FPÖ-Regierungsbeteiligung 2000): Foltin, Robert (2004): Und wir bewegen uns doch. Soziale Bewegungen in Österreich. Wien, edition grundrisse. Der Artikel erscheint zeitgleich in grundrisse.zeitschrift für linke theorie & debatte nr. 32, Schwerpunkt: Krise, Widerstand & Konstituierende Macht - Studierendenbewegungen & Globale Revolten

Der als EU-Kommissar nominierte Wissenschaftsminister Hahn trifft sich am 29.10. zu einem ergebnislosen Gespräch mit Vertreter_innen der ÖH, die aber erkannt haben, dass sie kein Verhandlungsmandat haben. Die Besetzungsbewegung organisiert sich an den offiziellen Organisationen (der ÖH) vorbei. Am nächsten Tag will Hahn 34 Mio. Euro für die Universitäten aus einer Notfallreserve bereitstellen. Sowohl ÖH wie Besetzer_innen sprechen von einem Tropfen auf dem heißen Stein. Die ersten kleinen Erfolge (die Öffentlichkeit wird von der Bildungsdiskussion dominiert und Bildungsminister Johannes Hahn gibt ein bisschen Geld her) sind möglich, gerade weil es keine Verhandlungen um „realistische“ Kompromisse gibt.

Internationale Resonanz

Demonstrationen in der ersten Novemberwoche mobilisieren mehrere Tausend am 1.11.2009 in Innsbruck, am 5.11.2009 über 10.000 in Wien (ungefähr halb so viele wie die Woche davor) und zwischen 1000 und 2000 in Graz und Linz. Während die Bewegung auf hohem Niveau stagniert (der Uni-Alltag holt viele ein) und sich (noch) nicht auf andere Bereiche der Gesellschaft ausbreitet, passiert etwas Unerwartetes: Die Besetzungen in Wien und Österreich strahlen international aus. Anfang November beginnen Besetzungen von Unis in Deutschland, aber auch in Basel, Belgrad, Lublin etc. Zum Bildungsaktionstag am 17.11. demonstrieren 300.000 in Deutschland, Frankreich, Italien und anderen europäischen Ländern, und bis 20.11. sind bereits an über 70 Universitäten (und Schulen) Räumlichkeiten besetzt. Inzwischen werden auch in Kalifornien Universitäten besetzt und meist brutal von der Polizei geräumt. Und auch in Kroatien beginnt eine neue Besetzungsbewegung.

Ganz egal, wie die Bewegung der Studierenden endet, es wurden Fragen aufgeworfen, die für die zukünftige Entwicklung im und gegen den Kapitalismus von Bedeutung sind: Die Aneignung von Freiräumen wird praktiziert, mit Selbstorganisation und Selbstverwaltung wird experimentiert, die patriarchale Geschlechterordnung wird angegriffen und nicht zuletzt hat die Bewegung einen internationalen Charakter. Und gesellschaftliche Wirksamkeit wurde auch 1968 erst mit Verzögerung erreicht!

Die perfekte Welle ... reißt den G8 der Universitäten fort.

Andrea Benino

übersetzt von Stephanie Weiss

Während des vergangenen Herbstes hatte sich an den italienischen Schulen (von den Volksschulen bis zu den Universitäten) eine große Protestbewegung gegen die von der Bildungsministerin der Regierung Berlusconi, Mariastella Gelmini, eingeführten „Reformen“ formiert. Insbesondere die Universitäten erlebten in den Monaten zwischen Oktober und Dezember eine Reihe von Besetzungen, Demonstrationen und Straßenblockaden, die in den drei Tagen der Konferenzen und landesweiten Demonstrationen vom 14. bis 16. November 2008 in Rom gipfelten. Hier hat die *onda anomala* („anormale Welle“; Anm.: Name der Bewegung) in einer Reihe von Diskussionen und Workshops zu den Themen Forschung, Bildung, Arbeit, Lehre und Welfare ihre eigene alternative Konzeption der Universitäten umrissen, aber auch, eher allgemeiner, jene der Produktion und Vermittlung von Wissen. Gegen das Bild einer immer mehr als Prüfungsfabrik und „Berufsvorbereitung“ konzipierten Universität hat die *onda* anhand der Praxen der Selbstbildung und Selbstorganisation die Notwendigkeit verdeutlicht, das Wissen als Instrument kritischer Entwicklung zu denken, das nicht versklavt und oft jenen Dynamiken entgegengesetzt ist, die die Bildung eng an die Anforderungen des nationalen und internationalen Kapitals gefesselt und unter diese untergeordnet sehen wollen. Die *onda* hat also vor allem jene Formen der Selbstinwertsetzung angegriffen, zu deren Anwendung sich die in einen Kampf um den Erhalt öffentlicher Förderungen eingebundenen italienischen Universitäten entschieden haben und die keine anderen Parameter als jene der produktiven Leistungsfähigkeit gelten lassen, und damit jede Möglichkeit kritischen Denkens und persönlicher Weiterentwicklung vom universitären Horizont ausgelöscht haben. Außerdem ebnet die schweren Kürzungen der öffentlichen Finanzierungen, die den Kern der Gelmini-Reform darstellen, den Weg zur Transformation der Universitäten in private Stiftungen mit der (sowohl in seinen Inhalten als auch in seinen Formen) daraus resultierenden totalen Unterwerfung der Lehre unter die Interessen des privaten Kapitals.

In Anbetracht dieser Situation lag die Größe der Bewegungen im Herbst ohne Zweifel darin (in vielen

Fällen erfolgreich), die Kämpfe korporatistischer Prägung zu überwinden, die die Bewegungen der letzten Jahre (insbesondere diejenige gegen die 2005 von der damaligen Bildungsministerin Letizia Moratti vorgelegten Reformen) charakterisiert hatten. Sie versuchten, die Forderungen jener prekären Galaxie, die den Lebensnerv der universitären Institutionen darstellt, zu vereinen. StudentInnen, ForscherInnen, technisches und administratives Personal und in einigen Fällen auch UniversitätsdozentInnen haben es geschafft, eine ebenso in den Formen der Organisation wie auch in den Inhalten radikale Bewegung ins Leben zu rufen. Die Kritik der Schulreform ist in den weiteren Kontext der Kritik des aktuellen kapitalistischen Systems und der Wirtschaftskrise gestellt worden, die direkt jene trifft, deren bereits prekäre Lebens- und Einkommenssituation durch eine zunehmende Verschuldung der StudentInnen (nach angelsächsischem Modell) und eine ebenso voranschreitende Entwertung ihres Wissens noch unsicherer gemacht wird.

Die reine Lehre der Betriebswirtschaft

In diesem Sinne haben die Treffen des so genannten G8 der Universitäten, der von 17. bis 19. Mai 2009 in Turin abgehalten wurde, eine entschiedene und radikale Antwort der Bewegung bewirkt, welche viele auf Seiten der Institutionen inzwischen für tot erklärt hatten. Im Rahmen des G8 der Universitäten trafen sich Rektoren der Exzellenzuniversitäten der acht industrialisiertesten Länder, zu denen die Rektoren von Universitäten aus anderen Teilen der Welt hinzukamen. Schon der Name, den sich die Veranstaltung gegeben hatte, zeigte seine offensichtliche Verbindung mit den Praxen, die zur globalen Krise geführt haben, so wie auch die enge Beziehung, die die Rektoren der Universitäten mit der kapitalistischen Verwertbarkeit unterhalten wollen, offensichtlich ist. Die Art und Weise, wie diese Treffen organisiert wurden, zeigt einmal mehr, wie sehr das zu Grunde liegende Modell der Universitäten mit betriebswirtschaftlichen Formen verbunden ist, deren einziges Kriterium die Bewertung der Vereinbarkeit der universitären Lehre mit der Organisation der kapitalistischen Produktion auf globaler Ebene ist. Themen, wie sie die Rektoren in Turin

diskutierten (Verbindungen zwischen Universität und Arbeitswelt, Umweltverträglichkeit), werden ab dem Moment jeglicher realer Bedeutung beraubt, wo sie – indem sie diejenigen von der Debatte ausschließen, die die Universität leben und leben lassen – kein anderes Ergebnis erreichen als jenes Modell der globalen governance zu reproduzieren, das durch eine immer radikalere Ausbeutung und Prekarisierung derjenigen Existenzen erreicht wird, die jenen sozialen Reichtum produzieren, der ihnen dann vorenthalten wird. Eine solche Form, die Universität zu denken, beraubt jeden Diskurs über Umweltverträglichkeit oder über den Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung jeglicher Bedeutung, wenn die Universität die gleichen Organisationsmodelle übernimmt, die eben Prekarisierung, Ausschluss und Verschmutzung produzieren: die mit einem Wort jene generalisierte Krise produzieren, in der wir uns heute wiederfinden.

Besetzung und Demonstration

Die *onda* hat also den G8 der Universitäten als Gelegenheit ergriffen, um den eigenen Protest wieder zu beleben und noch einmal die eigene, andere Position auszudrücken, die von einer Wiederaneignung von Zeiten, Inhalten und den Modalitäten von Produktion, Vermittlung und Beurteilung von Wissen spricht. Das Anti-G8-Treffen von Turin der *onda anomala* hatte die Charakteristiken eines großen, internationalen Zusammentreffens, es dauerte drei Tage und endete am Dienstag, dem 19. Mai, mit einer beeindruckenden Demonstration. Die für diese drei Tage organisierten Zusammentreffen und Diskussionen gegen den G8 der Universitäten hätten im Palazzo Nuovo, dem Sitz der humanistischen Fakultät der Universität von Turin, stattfinden sollen; dessen ungeachtet verkündete der Rektor der Universität von Turin, Ezio Pellizzetti, am Abend des 16. Mai die Schließung des Palazzo Nuovo vom 17. bis 19. Mai, um die StudentInnen davon abzuhalten, ihrem Standpunkt über den G8 und dessen Inhalte Ausdruck zu verleihen. Offiziell begründet wurde die Entscheidung mit der (von den Massenmedien in den Tagen davor umfassend geschürten) Angst vor Zusammenstößen und Gewalt, die den Sitz der Universität als Ziel gehabt hätten. Nichtsdestotrotz: Das Programm dieser drei Tage war seit langem festgelegt und öffentlich: Diskussionen, Buchpräsentationen, Ausstellungen und Filmvorführungen sollten die Demonstration am Dienstag, dem 19. Mai, vorbereiten; die Demonstration selbst war von dem Entschluss, der Ablehnung des G8 der Universitäten Ausdruck zu verleihen, getragen, hatte jedoch keinesfalls eine Verwüstung des Stadtzentrums

im allgemeinen, wie von den Massenmedien behauptet, zum Ziel.

Auf die Provokation des Rektors antworteten die StudentInnen mit der Besetzung des (an den Palazzo Nuovo angrenzenden) Palazzetto Aldo Moro, womit man das große Experiment der Selbstverwaltung und der Gemeinschaft, das schon die Bewegung im Herbst charakterisiert hatte, wiederaufleben ließ. Die ersten beiden Tage waren von einer Debatte über die Transformationen der Rolle des Wissens im globalisierten Kapitalismus geprägt, an der einige ProtagonistInnen des Projektes edu-factory teilnahmen; von einem Zusammentreffen mit den VertreterInnen der Bewegungen No TAV, No dal Molin und No discarica (Bewegungen, die auf nationaler Ebene aktiv sind, um gegen Umweltverschmutzung und die Zerstörung von Ressourcen und des Gemeinwesens zu kämpfen) und, schlussendlich, von Diskussionen mit den griechischen, spanischen und französischen StudentInnen über die dortigen Kämpfe im Herbst 2008. Außerdem wurden während der zwei Tage einige Straßenblockaden durchgeführt, auf die die Polizei mit einschüchternden Angriffen antwortete.

Organisierter Widerstand

Die landesweite Demonstration am Dienstag, dem 19. Mai, brachte letztendlich das hervor, was von vielen als „perfekte Welle“ definiert worden ist: 10.000 Menschen nahmen teil, und während sie die Stadt durchquerten, gingen die TeilnehmerInnen dazu über, die für die aktuelle globale Krise verantwortlichen Institutionen (Banken, Arbeitsvermittlungsagenturen) mit symbolischen Aktionen anzugreifen. Der Zug endete vor einer gewaltigen Absperrung, an der Ordnungskräfte aufgestellt waren, zum Schutz eines Areals, das sich (ganz im Stil des G8!) als Rote Zone präsentierte. Hier lösten die StudentInnen, wie in den Tagen zuvor angekündigt, die Demonstration nicht auf, sondern rückten weiter vor, um zu zeigen, dass sie die Einschüchterungsversuche sowie Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und des Ausdrucks in keiner Weise akzeptierten, bis sie direkt auf die Ordnungskräfte trafen. An diesem Punkt waren die Folgen voraussehbar, aber eine bessere Antwort als die der *onda* hätte es nicht geben können: die StudentInnen erwiderten die Angriffe der Polizei, indem sie sich organisierten, Steine warfen, Widerstand leisteten ohne sich zu zerstreuen, und indem sie den langsamen und geordneten Rückzug der Demonstration schützten. Diese kehrte nach etwa einer Viertelstunde des Straßenkampfs in Richtung des Palazzo Nuovo zurück, wo

eine öffentliche Versammlung am Ende der drei Tage dieser wegen ihrer Radikalität, Qualität der Inhalte und Beteiligung außergewöhnlichen Mobilisierung stattfand.

Die Bilanz, die man aus diesen Tagen im Mai ziehen kann, ist demnach eine gänzlich positive: Nicht nur befindet sich die Bewegung vom Herbst in bestem Zustand, sie hat auch die Beziehungen mit anderen Komponenten der Bewegung auf landesweiter und internationaler Ebene und die eigenen Modalitäten der Wiederaneignung metropolitaner Räume vertiefen können, indem sie eine Organisation und eine Stoßkraft aufgeboren hat, die während der Herbsttage niemals eine ähnliche Intensität erreicht hatten. Außerdem hat die große Beteiligung an den Aktionen bewiesen, dass radikale Kampfformen in Anbetracht der Krise des globalen Kapitals nicht nur möglich sind, sondern dass sie immer mehr Akzeptanz unter all jenen finden, die – dazu gezwungen, die Folgen der Krise selbst zu tragen – die auferlegte Opferrolle verweigern und entscheiden, im Hier und Jetzt alterna-

tive Praxen an der Universität und in der Metropole umzusetzen. Die Analysen und die Praxen, die die Bewegung produziert hat und weiterhin produziert (Selbstorganisation, Selbstbildung, Wiederaneignung von Räumen, Zeit und Einkommen), sind demnach lebendig und machtvoll und lassen bereits jetzt einen weiteren Herbst des Kampfes erahnen, der noch radikaler sein wird und in noch höherem Ausmaß fähig, das Terrain der Krise anzugreifen.

Andrea Benino studierte Philosophie mit Schwerpunkt auf die Verbindungen zwischen Ontologie und Politik im französischen Poststrukturalismus und im italienischen Post-Operaismus. Er arbeitet derzeit als Lehrer und ist aktiv im Rahmen des centro sociale Askatasuna in Turin, wo er auch lebt.

Der Text erschien ursprünglich in den Kulturrissen 0209 – „Politierte Universitäten: Revolutions(t)räume?“

Quelle: <http://igkultur.at/igkultur/kulturrisse/1251290502/1251297974>

Die Sorbonne gegen die Zentauren

Elsa Dorlin

übersetzt von Birgit Mennel und Stefan Nowotny

Seit der Bewegung gegen den CPE (Contrat première embauche)ⁱ im Frühjahr 2006 wurden jene universitären Standorte, die sich an den Mobilisierungen gegen die den Aufgaben von Universität und öffentlicher Forschung abträglichen Regierungsreformen beteiligt hatten, zum Objekt einer verstärkten Überwachung, und zwar nicht nur seitens staatlicher Ordnungskräfte, sondern auch seitens eigens zu diesem Zweck angeheuerter privater Sicherheitsunternehmen. Die Sorbonne ist diesbezüglich ein exemplarischer Fall, der von der Umsetzung einer noch nicht dagewesenen Politik zeugt, welche im Namen des Schutzes der Unversehrtheit von „Gütern und Personen“ vor Ort auf alle zielt, die an der Universität tätig sind (Studierende, BIATOSSⁱⁱ und Lehrpersonen). Als wahres Labor einer neuen akademischen Unterwerfung wird die Sorbonne einer sicherheitsmäßigen Rasterung unterzogen, welche die Neutralisierung und Entkräftung der Protestbewegung anstrebt, die sich hier seit mehreren Monaten entfaltet. Seit einigen Wochen betritt die universitäre Gemeinschaft die Sorbonne daher unter strengster Aufsicht: und zwar wird sie von einem beunruhigenden Spalier in Empfang genommen, bestehend aus mobilen Wachen und/oder CRS (Compagnies républicaines de sécurité)ⁱⁱⁱ vor der Universität sowie den Sicherheitskräften des Rektorats und den privaten Bediensteten des Unternehmens Centaure Sécurité im Inneren.

Wenn auch der Bürgermeister von Paris seit 1852 der Eigentümer der Sorbonne ist, so ist es doch die Universitätskanzlei – das Rektorat von Paris –, der die Verwaltung des Ortes und der Gebäude obliegt. Diese beauftragt also private Sicherheitsunternehmen zur Unterstützung der (zur Universität gehörigen) Pedelle, der Feuerwehrleute und der eigenen vereidigten Sicherheitsbediensteten. Spätestens seit den Ereignissen vom Mai 1968 haben sich die MinisterInnen für Erziehung, Hochschulwesen und Forschung immer dagegen gesträubt, die Ordnungskräfte ins Innere der ihnen unterstellten Einrichtungen zu schicken. Seit mehreren Jahren tritt eine neue Sicherheitsphilosophie an die Stelle dieser Vorsichtsregel (und, stillschweigend, auch der entsprechenden Rechtsnorm^{iv}); ihr Ziel ist es ebenso sehr, die universitäre Gemein-

schaft zu kontrollieren, insbesondere die Studierenden, die den Ruf haben, besonders schwer regierbar zu sein, wie auch eine neue akademische Unterwerfung zu produzieren, und zwar im Namen der „Risikoprävention“.

Die Allgegenwart von Sicherheitskräften – ob Polizeifunktionäre, vereidigte Bedienstete, die mit der Prävention von Hygiene- und Sicherheitsrisiken betraut sind (und der Obrigkeit des Rektorats von Paris unterliegen) oder auch Sicherheitsbedienstete, die durch private Unternehmen entlohnt werden – ist das Zeichen eines tiefgreifenden Wandels in Bezug auf den Umgang mit bzw. die Beseitigung von sozialen Konflikten im universitären Milieu. Das Dispositiv einer näher gerückten, eindringenden und auf Verdacht basierenden Kontrolle, das auf den Universitäten lastet, ist bekanntlich nur eine Seite einer grundlegenden Umgestaltung der Universität. Die im Namen der *Modernisierung* des Hochschulwesens durchgeführten Reformen – Ergebnis einer im eigentlichen Sinn neoliberalen Konzeption, die schon wiederholt analysiert, kritisiert und angeprangert wurde^v – basieren auf der Verallgemeinerung des Wettbewerbsprinzips (zwischen den Universitäten, innerhalb des Lehrpersonals, unter den Studierenden sowie zwischen den Diplomierten). Nun ist aber die Durchsetzung und Verallgemeinerung dieses Wettbewerbsprinzips unter anderem auf die Einrichtung eines Sicherheitsdispositivs angewiesen, dessen Funktion die Atomisierung der Mitglieder der universitären Gemeinschaft, die Beseitigung jeder kollektiven Mobilisierung sowie die Verinnerlichung einer Politik des „Risikos“ durch alle ist. Von welchen Risiken aber ist hier die Rede?

Erste Ebene: Unsichtbarmachen der Mobilisierung, Auslagerung der Bedrohung – die Vorsitzenden der Universität und ihre Pedelle

Die Einrichtungen des Hochschulwesens unterliegen wie alle öffentlichen Gebäude, insbesondere wenn sie als „historische Gebäude“ klassifiziert werden, einem verschärften Plan der aktiven Vermeidung von Brandrisiken (gestützt durch Gesetze, die das Rauchen an öffentlichen Orten verbieten, und zwar selbst unter

freiem Himmel). Nun lässt sich an dieser Präventionspolitik aber tatsächlich die Durchsetzung eines Dispositivs nachvollziehen, das all das beseitigen soll, was nunmehr als Akt der „Beschädigung“, als „böswilliges“ bzw. „ungebührliches“ Verhalten bezeichnet wird, indem etwa die Pedelle dazu autorisiert werden, die im Zusammenhang mit Mobilisierungen oftmals direkt nach deren Ausbruch und ohne Genehmigung angebrachten Transparente, Flugblätter, Plakate, Informationen etc. zu entfernen (bzw. die Reinigungskräfte mit der Entfernung zu beauftragen).

Die Sorbonne ist diesbezüglich ein problematischer Ort: Ihre mäanderartigen Gänge, ihre gewundenen Stiegen, ihre zahllosen Säle und verborgenen Durchgänge sind ausnehmend schwierig zu *sichern*, das heißt, zu „reinigen“. Außerdem hat sich seit der Protestbewegung gegen den CPE eine bestimmte Gepflogenheit etabliert: die administrative Schließung. Anstatt das Risiko einer Mobilisierung einzugehen, ziehen es die Vorsitzenden und Direktoren der Einrichtungen vor, den Zugang zu den jeweiligen Stätten schlicht und einfach zu untersagen. Die angeblich „blockierten Universitäten“ sind zumeist aus Sicherheitsgründen „gesperrte Universitäten“, was zur Unterbrechung aller akademischen und administrativen Tätigkeiten zwingt und zur Folge hat, dass die Studierenden die Universität verlassen müssen, wofür *im Nachhinein* die Streikenden verantwortlich gemacht werden. Eine vollständige Stillstellung, oder jedenfalls beinahe ... Wir wissen, dass die neuen Verfügungen in Verbindung mit der LRU (Loi relative aux libertés et responsabilités des universités)^{vi}, dem Plan Licence^{vii} sowie der Abänderung der Verordnung über das Statut des Lehr- und Forschungspersonals in mehreren Punkten zusammenlaufen, insbesondere hinsichtlich der Aufwertung der digitalen Ressourcen. Wenn das Online-Stellen von Seminardokumenten (Bibliographie, Seminarplan, Referenztexte etc.), ja selbst ganzer Seminare zu einer besseren pädagogischen Koordination gehört, so ist dies von nun an ein Kriterium zur Bewertung der Lehrenden. Klar ist außerdem, dass dies all jenen, die sich von der Streikbewegung „in Geiselschaft genommen“ fühlen (nicht streikende Lehrende und privilegierte Studierende, die im Genuss einer entsprechenden Ausrüstung sowie eines entsprechenden Zugangs sind), eine Lehre „auf Distanz“ ermöglicht, bis schließlich die Störungen an der Lehrstätte eingedämmt sind. Mit einem Wort, es handelt sich um eine Art „gewählte“ Mindestleistung, und zwar noch bevor diese durch die neue Politik der Vergabe von Prämien und Beförderungen an den Lehrkörper institutionalisiert wird.

Des Weiteren ist es unmittelbar einsichtig, dass die Abteilungen sowie Lehr- und Forschungseinheiten (UFR – Unité de formations et de recherches), die traditionell am stärksten an Mobilisierungen beteiligt – im gegebenen Fall Human-, Sozial- und Politikwissenschaften – sowie hinsichtlich aktivistischer Kommunikationsformen am kreativsten waren, auch die ersten sind, die auf neue Universitätsgelände ausgelagert werden. Deren akademische „Lebensqualität“ wird uns schmackhaft gemacht, doch vergisst man dabei hinzuzufügen, dass diese Orte insbesondere auch dafür entwickelt wurden, jede Form von zukünftiger Mobilisierung zu verhindern. Überdies bleibt der universitären Gemeinschaft, der der Zugang zu ihrem Arbeitsplatz und damit auch der Zugang zu jenem selbstverständlichen Ort gemeinsamer wissenschaftlicher Produktion und gewerkschaftlicher, sozialer sowie politischer Mobilisierung verweigert wird, keine andere Wahl als die, ihre Aktionen auszulagern: „Seminare außerhalb der Mauern“ („cours hors les murs“), symbolische Aktionen (wie etwa der mutige Reigen der Hartnäckigen vor dem Pariser Rathaus) ... Dies ist der Imperativ, dem wir unterliegen, um die Bewegung auszuweiten und die Aufmerksamkeit unseres Ministers, der Öffentlichkeit und Medien zu bekommen. Zugleich handelt es sich aber auch um eine Form der Unterschlagung unseres Rechts auf Streik an jenem Ort, wo der Konflikt definitionsgemäß tobt: unserem Arbeitsplatz.

Zweite Ebene: Die Sicherheit aller gewährleisten, „externe Elemente“ identifizieren und beseitigen, die Gemeinschaft entzweien – Rektorat und vereidigte Sicherheitskräfte

Auf dieser Ebene kommt der Plan Vigipirate^{viii} ins Spiel. Bei der geringsten verdächtigen Flugblattaktion wird der Eingang der Universitäten unter Berufung auf Vigipirate^{ix} kontrolliert. Der „Vorwand des Terrorismus“ erlaubt hier also eine mehr oder weniger weit reichende Störung der akademischen Aktivitäten, und zwar durch die systematische Kontrolle von Örtlichkeiten, Aktivitäten und Personen^x, die in der Konsequenz eine Privatisierung des Zugangs zu Wissen bedeutet. Die Einrichtungen des Hochschulwesens verwandeln sich so in Dienstleistungserbringer auf dem Wissensmarkt: Die Kontrolle von Studierenden ausweisen führt auch dazu, dass nur jenen der Zutritt gewährt wird, die an der jeweiligen Einrichtung ordnungsgemäß inskribiert sind, wodurch der freie Zugang nicht nur zur Lehre, sondern auch zu traditionell „öffentlich“ zugänglichen Seminaren, Studientagen und Konferenzen unterbunden wird. Doch dieses in

Zeiten der Krise errichtete Dispositiv ist eigentlich erst in einer Testphase, um später flächendeckend eingesetzt zu werden: in Form von Studierendenausweisen mit Chips (nach Art von Bankomatkarten und Chipkarten für den öffentlichen Verkehr), die Zutritt zum Gelände, zu den Bibliotheken sowie zu den Dienstleistungen und Aktivitäten der Universität gewähren, während sie gleichzeitig die individualisierte Kontrolle über die Bewegungen der Individuen sowie ihre Identifikation und Lokalisierung sicherstellen.

Indem die gegenwärtigen Unimobilisierungen, den Bestimmungen des Vigipirate-Plans entsprechend, als ein „erwiesenes Risiko“ betrachtet werden, verbreitet das aktuelle Kontrolldispositiv innerhalb der universitären Gemeinschaft im Allgemeinen sowie unter den AktivistInnen im Besonderen ein Klima der Belästigung; doch es bereitet auch unbestreitbar Geisteshaltungen vor. Der Antagonismus wird inmitten der universitären Gemeinschaft selbst gekannt orchestriert, nämlich zwischen einer Minderheit von „Störenfrieden“ (oftmals charakterisiert als nicht der Universität zugehörige „externe Elemente“ – „Scheinstudierende“ –, sobald es etwa um eine Besetzung geht) und der „schweigenden“ Mehrheit von „in Geiselhaft genommenen“ NutzerInnen/KundInnen der Universität, die darüber besorgt sind, dass sie nicht an Seminaren teilnehmen, ihre Prüfungen ablegen oder ihren Abschluss machen können. So lässt sich also die Neudefinition oder vielmehr die Herstellung einer noch nie dagewesenen universitären Gemeinschaft beobachten („wir“, die AkteurInnen/UnternehmerInnen, NutzerInnen und KundInnen der Universität), die mittels der Durchführung einer endogenen Reinigung („wir“ und „sie“) von jedem kritischen Empfinden Abstand nimmt.

Was aber geschieht auf der Ebene des Sicherheitspersonals selbst? Der erste Effekt, nämlich die massive Rekrutierung privater Sicherheitsbediensteter (wir erleben derzeit allein in den Räumlichkeiten der Sorbonne den Einsatz von mindestens fünfzig Privatbediensteten, die an allen Eingängen und in jedem Stockwerk des Gebäudes eingesetzt werden), ist offensichtlich das Ergebnis einer Aufteilung der Sicherheitsaufgaben zwischen verbeamteten Sicherheitskräften und im Privatsektor beschäftigten AkteurInnen^{vi}. Letztere werden vor Ort eingesetzt aufgrund der Entstehung eines öffentlichen Marktes, auf den private Sicherheitsunternehmen reagieren, die auf das Management von Krisensituationen spezialisiert sind. Erste Serie von Fragen: Wie hoch ist das Budget, das vom Rektorat und/oder den Universitäten für die-

sen Ausgabeposten aufgewandt wird? Woher kommt dieses Geld und wer entscheidet darüber, es für diesen Posten zu veranschlagen anstatt für einen anderen? Zweite Serie von Fragen: Mit wem solidarisieren sich die verbeamteten SicherheitsfunktionärInnen? Warum nicht mit dem streikenden BIATOSS-Personal und den ebenfalls streikenden Lehrkräften, wenn doch ihr Status und ihre Funktion schlicht und einfach durch eine Privatisierung bedroht sind?

Dritte Ebene: Die Ordnung aufrechterhalten, Angst verbreiten, die Universitäten privatisieren – der Staat und Centaure Sécurité, „Spezialist für die Analyse atypischer Verhaltensformen“^{xii}:

Centaure Sécurité ist ein 1995 gegründetes privates Sicherheitsunternehmen mit einem geschätzten Bruttoumsatz zwischen fünf und zehn Millionen Euro.^{xiii} Zu seinen Kunden zählen unter anderem die Universitäten Paris X Nanterre, Paris V und Paris I, aber auch der Asterix-Vergnügungspark, das Musée Grévin, Yves Saint Laurent und Lacoste. Ruft man die Website des Unternehmens auf, so erfährt man Folgendes: „Um die Wirksamkeit der *Sicherheitskette* zu optimieren, bietet Centaure eine globale Lösung an, die Humanressourcen wie auch technische Mittel beinhaltet. Das Angebot umfasst, nach Untersuchung der Sachlage, die zweckdienlichsten und an Bedarf und Kontext optimal angepassten technologischen Lösungen in den nachfolgenden Bereichen: Brandmeldung, Fern- und Videoüberwachung, Zugangskontrolle, Zeitmanagement ...“ Centaure Sécurité hat demnach an der Sorbonne die Aufgabe, die Sicherheitsbediensteten, vereidigte FunktionärInnen, zu „verstärken“, und zwar in einem Kontext, in dem sich nach Ansicht der Sicherheitsdelegation des Rektorats die Mobilisierung der universitären Gemeinschaft zu radikalieren droht. Centaure Sécurité muss dafür sorgen, dass nichts den „freien Zugang“ zu den Gebäudeeingängen der Sorbonne behindert. Konkret bedeutet dies, dass das Unternehmen einer „Blockade“ vorbeugt – ein neuer Begriff für eine klassische Praxis aus dem Repertoire gewerkschaftlicher Aktionen: die der *Streikposten*. In anderen Worten, „Streik“ wird nunmehr gleichgesetzt mit einem „atypischen Verhalten“ der Arbeitenden, hier der ganz normalen Lehrenden oder Studierenden.

Auf dieser Ebene intervenieren also die privaten Sicherheitsunternehmen gemeinsam mit den zur Aufstandsbekämpfung eingesetzten Polizeikräften, und zwar aufgrund zweifelhafter, ja sogar völlig illegaler Vorrechte. Zusätzlich zum Eindringen und den syste-

matischen Polizeikontrollen anlässlich aktivistischer Handlungen (Identitätskontrolle, Verhaftung, Verfolgung wegen Aufruhr ...) sind die täglichen Kraftdemonstrationen, welche die Sorbonne, aber auch zahlreiche andere Einrichtungen des Hochschulwesens und der Forschung in belagerte Räume verwandeln, Teil eines generellen Prozesses der Kriminalisierung von Mobilisierungen und politischen Aktionen. Konsultieren wir nun aber den Text über die Rechte und Pflichten, die den privaten Sicherheitsbediensteten gesetzlich eingeräumt werden, so können wir dort lesen^{xiv}: 1) dass sie deutlich erkennbar (und vor allem von den öffentlichen Kräften zur Aufrechterhaltung der Ordnung unterscheidbar) sein müssen; 2) dass sie nur eine visuelle Inspektion des Handgepäckes durchführen dürfen (ohne dass übrigens präzisiert würde, ob das Gepäckstück offen sein muss oder nicht!)^{xv} und keinesfalls zu einer Durchsuchung der Gepäckstücke bzw. zu einer Personendurchsuchung ohne Zustimmung der Betroffenen befugt sind; 3) und vor allem, wie Artikel 4 festhält: „Es ist den Personen, die eine im Artikel 1 erwähnte Tätigkeit durchführen, ebenso wie ihren Agenten untersagt, *sich, in welchem Moment und in welcher Form auch immer, in den Verlauf eines Arbeitskonflikts bzw. in Ereignisse, die sich darauf beziehen, einzumischen*. Gleichermassen ist es ihnen untersagt, eine *Überwachung in Bezug auf politische, philosophische oder religiöse Meinungen oder hinsichtlich der gewerkschaftlichen Zugehörigkeiten von Personen durchzuführen*“ (die Hervorhebungen sind von mir).

„Die Sorbonne gehört uns, wir haben gekämpft, um sie zu besetzen, wir werden darum kämpfen, sie zu behalten ...“^{xvi}

Die Tatsache, dass die privaten Sicherheitsbediensteten das Aufstellen von Streikposten ebenso verhindern wie „Blockaden“, Besetzungen bzw. jede andere von der Generalversammlung des Personals und der Studierenden unserer Universitäten beschlossene aktivistische Handlung; ja dass sie sogar eine menschliche und logistische Verstärkung zur Räumung der Gebäude *manu militari* sowie weiters zur Identifikation und Erfassung von GewerkschafterInnen und AktivistInnen sind – das stellt einen schweren Angriff auf unsere Freiheiten dar. Heißt das, dass wir es lieber sähen, wenn diese „niedrigen Aufgaben“ (wieder) ausschließlich von Staatsbediensteten erledigt würden? Tatsächlich wäre die logische Konsequenz eher die Autonomisierung der Sicherheits- und Kontroll-

funktionen (wie sie etwa durch Videoüberwachung, Magnetkarten und die Installation von Detektoren bzw. Absperrungen an den Eingängen möglich gemacht wird): Die Wachsamkeit, die unsere Unzufriedenheit so sehr hervorgerufen haben, sind auch eine psychologische „Waffe“, die auf die Senkung unserer Toleranzschwelle zielt und dabei nur eine Übergangslösung darstellt.

Was hier auf dem Spiel steht, hat mit der Verzahnung von Kämpfen und der erneuten Bekräftigung von akademischer Freiheit zu tun. Die Präsenz von Bediensteten des Unternehmens Centaure Sécurité auf dem Gelände der Sorbonne ebenso wie in allen angrenzenden universitären Räumen vor Ort, und dies im Namen der *Sicherheit aller*, ist nicht nur skandalös, sondern buchstäblich illegal. Tatsächlich haben das Personal und die Studierenden der erwähnten Universitäten am 9. Februar 2009 in der Generalversammlung mehrheitlich den unbeschränkten Generalstreik beschlossen und sind damit inmitten dessen, was einen „Arbeitskonflikt“ ausmacht. Was ist also die Rechtfertigung dafür, dass das Rektorat und die Vorsitzenden der Universitäten, die auf die eine oder andere Weise Gelder zur Verfügung gestellt und die Präsenz von Unternehmen dieser Art in den ihrer Verantwortung obliegenden Gebäuden autorisiert haben, die im Strafrechtskodex vorgesehenen Prozeduren missachten?

Wenn die Breite der Bewegung, die heute die universitäre Gemeinschaft und die Welt der Forschung beseelt, seit '68 beispiellos ist, dann auch deshalb, weil wir eine unvergleichliche Situation erleben. Die Anwendung der von der Regierung vorgesehenen „Risikopolitik“, ebenso wie ihrer Sicherheitskomponente, auf die Welt des Wissens ist die unverzichtbare Bedingung der Möglichkeit für deren völlige Liberalisierung; sie ist die Speerspitze der Verbannung der öffentlichen Universität und Forschung, die wir nicht so sehr „verteidigen“ oder „bewahren“ wollen, sondern zu deren Aufbau, Weiterverfolgung und Hoffnung wir einen Beitrag leisten wollen.

Dieser Text, erstmals veröffentlicht im Frühjahr 2009, entstand im Rahmen einer Protestbewegung gegen die Regierungsreformen; eine Bewegung, die im Laufe des letzten Winters und Frühjahrs nahezu alle französischen Universitäten mobilisierte. Auf Deutsch erschien der Text erstmals im Webjournal Knowledge Production and its Discontents, transversal 08/09, vgl: <http://eipcp.net/transversal/0809/dorlin/de>

- ⁱ Beim CPE handelt es sich um einen Erstanstellungsvertrag für Personen unter 26 Jahren (Anm. d. Übers.).
- ⁱⁱ BIATOSS (bibliothécaires, ingénieurs, administratifs, techniciens, ouvriers, de service et de santé) ist eine Abkürzung für alle an der Universität Beschäftigten, die nicht Lehrende sind: BibliothekarInnen, IngenieurInnen, administratives Personal, TechnikerrInnen, und Dienstleistungs- und Gesundheitspersonal (Anm. d. Übers.).
- ⁱⁱⁱ Die CRS sind die mobile Bereitschaftspolizei Frankreichs (Anm. d. Übers.).
- ^{iv} Man führt dieses Verbot für gewöhnlich aufs Mittelalter zurück, als die Sorbonne der Obrigkeit der Kirche unterstand: Ihren Hoheitsbereich erhielt sie demnach nicht vom König.
- ^v Vgl. hierzu insbesondere den Dokumentarfilm „Université le Grand Soir“ von Thomas Lacoste, L'Autre Association, 2007.
- ^{vi} Die LRU ist ein im Jahr 2007 erlassenes Gesetz, das die Autonomie der Universitäten regelt (Anm. d. Übers.).
- ^{vii} Die Licence ist ein auf das Baccalauréat folgender universitärer Abschluss; der Plan pour la réussite en Licence (2007) sah u. a. die „verbesserte Betreuung“ und die „stärkere Professionalisierung“ der Studierenden vor (Anm. d. Übers.).
- ^{viii} Der Plan Vigipirate betrifft Maßnahmen zum Schutz vor Terrorismus; er wurde im Jahr 1978 ins Leben gerufen und 1995, 2000 sowie 2003 aktualisiert (Anm. d. Übers.).
- ^{ix} Vgl. <http://fr.wikipedia.org/wiki/Vigipirate> (abgerufen am 14. 6. 2009). Seit dem 16. Dezember 2008 signalisiert Vigipirate die Alarmstufe rot, das heißt: „Die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um dem konkreten Risiko eines oder mehrerer schwerer Anschläge vorzubeugen; dazu gehört der Schutz bestimmter Institutionen und die Bereitstellung der geeigneten Mittel zur Hilfeleistung und Verteidigung, unter Akzeptanz von Beeinträchtigungen gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Aktivitäten.“
- ^x Dazu gehören Identitätskontrollen, Durchsuchung der Taschen etc., aber auch die Installierung von Überwachungskameras ... An der Sorbonne gibt es bereits eine Kamera am in der Rue de la Sorbonne 17 gelegenen Eingang, und diese Vorkehrung wird in den kommenden Monaten systematisiert und ausgeweitet: verstärkte Videoüberwachung im Inneren der Gebäude sowie Aufzeichnung von Daten (was das Rektorat dazu verpflichtet, die NutzerInnen des Gebäudes gemäß den von der Datenschutzbehörde CNIL [Commission nationale de l'informatique et des libertés] vorgesehenen Bestimmungen zu informieren).
- ^{xi} Eine Aufteilung der Sicherheitsaufgaben, die im Allgemeineren auf eine rassiierte soziale Skala verweist: Dies wird deutlich an der Farblinie, die zwischen einer mehrheitlich „weißen“ universitären Gemeinschaft und dem fast ausschließlich „schwarzen“ Personal von Centaure Sécurité, das an der Sorbonne präsent ist, verläuft.
- ^{xii} Vgl. die Webseite von Centaure Sécurité: <http://www.centaure-securite.fr> (abgerufen am 14. 6. 2009).
- ^{xiii} Vgl. die Website <http://www.kompass.com/de/FR0085570> (abgerufen am 14. 6. 2009).
- ^{xiv} Gesetz N°83-629 vom 12. Juli 1983, modifiziert durch das Gesetz N°2003-239 vom 18. März 2003, insbesondere Art. 1, 2, 3, 4; abrufbar unter <http://www.legifrance.gouv.fr> (abgerufen am 14. 6. 2009).
- ^{xv} Art. 3.1: „Die physischen Personen, welche die im Artikel 1 unter 1 erwähnte Tätigkeit durchführen, dürfen eine visuelle Inspektion des Handgepäckes und, mit Zustimmung seitens des Besitzers, auch dessen Durchsuchung durchführen. Die physischen Personen, welche die im Artikel 1 unter 1 erwähnten Tätigkeiten durchführen, werden dazu vom Präfekten des Départements oder, in Paris, vom Polizeipräfekten eigens befugt und zugelassen, und zwar gemäß der Bestimmungen, wie sie die Verordnung des Staatsrats vorsieht, und dürfen im Falle besonderer Umstände, die auf eine schwerwiegende Gefährdung der öffentlichen Sicherheit hinweisen, mit der ausdrücklichen Zustimmung der Personen zu Personendurchsuchungen übergehen. In diesem Fall ist die Personendurchsuchung durchzuführen von einer Person gleichen Geschlechts wie die zu durchsuchende Person. Diese besonderen Umstände werden durch einen Erlass des Präfekten bekannt gegeben, in dem ihre Dauer festlegt und die Orte bzw. die Kategorie von Orten bestimmt wird, an denen solche Kontrollen durchgeführt werden dürfen. Dieser Erlass wird vom Staatsanwalt der Republik bekannt gegeben.“
- ^{xvi} Vgl. <http://sorbonneengreve.revolublog.com> (abgerufen am 14. 6. 2009).

KAPITEL 3:

THEORETISCHE HINTERGRÜNDE: VON DER KRITIK DER BILDUNG ZUR SOLIDARISCHEN ÖKONOMIE

Bildung – Kampfbegriff oder Pathosformel?

Erich Ribolits

Seit mehreren Wochen finden – ausgehend von der Wiener Akademie der bildenden Künste – an vielen österreichischen Universitäten weitreichende und durchaus spektakuläre studentische Aktionen gegen die aktuelle bildungspolitische Situation statt. Losungen unter denen die Aktionen stattfinden lauten: Bildung ist keine Ware, Menschenrecht auf Bildung, freier Hochschulzugang, Demokratisierung sowie ausreichende Finanzierung der Universitäten.

Jeder, der die Zustände an österreichischen Universitäten kennt und sich auch nur einen minimalen Rest der Vorstellung bewahrt hat, dass Bildung etwas zu tun hat, mit Selbstbewusstsein und dem mündigen Einfordern menschenwürdiger Lebensbedingungen kann nicht umhin, Sympathie für die Demonstranten und ihre Forderungen zu entwickeln. Und als Bildungswissenschaftler bin ich über die Sympathie hinsichtlich der Tatsache hinaus, dass junge Menschen bereit sind, für bessere Studienbedingungen zu kämpfen, besonders davon angetan, dass sich als erster Punkt im Forderungskatalog der aufmüpfigen Student/innen die grundsätzliche Forderung nach „Bildung statt Ausbil-

dung“ findet. Schließen die Protestierenden doch damit an eine Grundsatzaussage der Bildungswissenschaft an, dass Bildung und Ausbildung ein Gegensatzpaar darstellen und es ziemlich schwer ist, beide unter einen Hut zu bringen, sowie, dass Lernprozesse nicht auf ein Lernen zum Brauchbarwerden reduziert werden dürfen! Eine Untersuchung des Instituts für Jugendkunde, die während der zweiten Protestwoche durchgeführt wurde, brachte übrigens zutage, dass die Forderung „Bildung statt Ausbildung nach wirtschaftlicher Verwertbarkeit“ von fast 70% aller protestierenden Student/innen als die wichtigste Aussage ihres Forderungskatalogs betrachtet wird.

Obwohl ich mit dem gegenwärtigen Protest somit durchaus sympathisiere und ihn in seinem Kern für zutiefst richtig halte und ich ihn dort, wo es für mich möglich ist, auch nach Kräften unterstütze, möchte ich die von den Student/innen aufgestellten Forderungen für meinen heutigen Vortrag in kritischer Form aufgreifen. Ich möchte zeigen, dass selbst dann, wenn Bildung heute noch im Sinne eines Kampfbegriffs aufgegriffen wird und dafür dient, die aktuell gegebenen

bildungspolitischen Verhältnisse in grundsätzlicher Form zu kritisieren – wie das in der aktuellen Situation passiert –, der Begriff – eh’ man sich’s versieht – klammheimlich den Charakter einer Pathosformel annimmt.

Kritisiert wird von den Studierenden der mit dem System der Verwertung von Allem und Jedem bzw. Jeder konform gehende Umbau der Universitäten. Die Proteste richten sich gegen die in den letzten Jahren mit unübersehbarer Konsequenz vorangetriebene Verwandlung von Schulen, Hochschulen und Universitäten in marktwirtschaftlich agierende Dienstleistungsunternehmen. Dienstleistungsunternehmen, in denen ökonomisch verwertbares Wissen, Qualifikationen und Kompetenzen zur systematischen Produktion von Humankapital vermittelt werden. Moniert wird, dass im Zuge der aktuellen Entwicklungen die hinter dem Begriff Bildung stehende Idee der Entwicklung des Subjekts zu einem autonomen Individuum durch Aufklärung verloren geht. Und dass an seine Stelle nun die konsequente Zurichtung der Subjekte zu Elementen betriebswirtschaftlicher Verwertung trete, verbunden mit der Banalisierung von Wissen zu einer kauf- und verkaufbaren Ware sowie der Reduzierung auch der öffentlich organisierten Bildungsangebote auf eine, durch unterschiedliche Zugangshürden, zu denen zumindest zum Teil auch durch Studiengebühren gehören, künstlich knapp gehaltene Dienstleistung.

Auch wenn die Proteste der Studierenden im Sinne eines Aufschreis von Menschen gegen ihre voranschreitende Degradierung zu Humanressourcen, die mit allen Mitteln der pädagogischen Kunst verwertungstauglich gemacht werden, durchaus nachvollziehbar sind, zeigt auch ein nur ein flüchtiger Blick auf den Gesamtzusammenhang, dass die kritisierten Zustände System haben und dass mit mehr Geld für Bildung oder entsprechenden organisatorischen Veränderungen im Bildungsbereich die zurecht als Skandal empfundenen Zustände ganz sicher nicht grundsätzlich verändert werden können. Die längst transnational agierende kapitalistische Ökonomie zwingt Staaten, Regionen, Unternehmen und Individuen bei Strafe ihres sonstigen Untergangs in einen immer umfassenderen Konkurrenzkampf. Die damit verbundene konsequente Unterordnung des Bildungswesens inklusive der Universitäten unter die Verwertungsprämisse stellt somit keine wirkliche Neuigkeit dar. Die aktuell stattfindenden Veränderungen machen es bloß unmöglich, weiterhin so zu tun, als ob zumindest die Universitäten ein Hort mündig

machender Bildung bleiben könnten. Es wird bloß offensichtlich, dass die schöngeistige Idee der Bildung immer nur ideologischer Überbau für die kapitalkonforme Zurichtung der Menschen war. Auch im Bildungsbereich wird bloß kenntlich, was den Kapitalismus von allem Anfang an gekennzeichnet hat, die Verwertungslogik des Marktes!

Die Vermarktwirtschaftlichung der Bildung hat nämlich keineswegs erst in den letzten Jahren begonnen. Bildung, bzw. das, was sich dafür ausgibt, ist nicht erst im Neoliberalismus zur Ware geworden. Sie ist Ware, seit der Besuch von Schulen und Universitäten nicht mehr nur einer privilegierten Minderheit vorbehalten, sondern zum Aufstiegsvehikel im Kampf um vorteilhafte gesellschaftliche Positionen geworden war. Sie ist zur Ware genau innerhalb jenes Systems geworden, das wir mit den durchaus positiv konnotierten Begriffen Aufklärung und wissenschaftlich-technische Revolution verknüpfen. Schon seit mindestens 150 Jahren ist besiegelt, dass Wissen eine Ware ist und Bildung wurde spätestens seit sie in institutionalisierter Form als umfassendes Bildungssystem praktisch wurde, ihrer systemkritischen Potenz beraubt. Das haben Kulturkritiker wie Friedrich Nietzsche oder Siegfried Bernfeld schon vor ungefähr einem Jahrhundert beklagt. Und diese Analyse haben andere kritische Denker, wie beispielsweise Theodor Adorno oder André Gorz, auch dann aufrechterhalten, als in den 1960-er Jahren des vorigen Jahrhunderts die Vorstellung Karriere gemacht hat, das Gesellschaftssystem ließe sich über die Reform nationaler Bildungssysteme aushebeln.

Die in den letzten Jahrzehnten vorangetriebene Liberalisierung des Wissensmarktes durch die im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO geschlossenen Abkommen, wie beispielsweise dem GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) oder dem GATS (General Agreement on Trade in Services) und der damit eröffnete Handel mit der Ware Wissen war bloß der logische nächste Schritt im Zuge des sich global ausweitenden Kapitalismus. Und die Notwendigkeit auf den globalen kapitalistischen Konkurrenzkampf zu reagieren, war auch Ursache für den von der Europäischen Union 1999 in Bologna eingeleiteten Prozess der Reformierung der europäischen Hochschulsysteme. Durch den sogenannten Bolognaprozess sollen die Universitäten in Dienstleistungsunternehmen in einem wettbewerbsgesteuerten Wissensmarkt umgestaltet und die Voraussetzung dafür geschaffen werden, die EU bis zum Jahr 2010 zum „weltweit größten wissensbasierten Wirtschaftsraum“ zu machen.

Wenn hier auch in euphemistischer Manier von „Wettbewerb“ gesprochen wird und nicht von einem konkurrenzgepeitschten Kampf, und selbstverständlich schon gar nicht von einem Krieg, der mit ökonomischen Mitteln geführt wird, bei dem es allerdings durchaus um Leben und Tod geht, zeigt die Metapher vom wissensbasierten Wirtschaftsraum ganz klar, worum es geht: Um die konsequente Reduktion von Bildungsprozessen auf vergleichbare, quantifizierbare und somit mess- und abprüfbar Leistungen sowie die Reduktion der Absolvent/innen von Bildungseinrichtungen auf berechenbare Verkörperungen verwertbarer Kompetenzen. Wissen und Wissende sollen objektiviert werden und in Mittel zur Steigerung ökonomischer Macht im globalen Kampf der EU mit den USA auf der einen Seite sowie Japan und China auf der anderen Seite verwandelt werden. Die durch technologisch bedingte Produktivitätsfortschritte und globale Wirtschaftsmöglichkeiten sich seit vielen Jahren verdichtende kapitalistische Verwertungskrise bedingt einen massiv steigenden Konkurrenzdruck in allen gesellschaftlichen Bereichen. Dadurch wird derzeit offenbar endgültig der idyllischen Vorstellung der Boden entzogen, durch ein im Rahmen der Konkurrenzökonomie organisiertes Lernen könnte Bildung im Sinne einer Entwicklung in Gang gesetzt werden, bei der Menschen ihr humanes Potential entfalten und sich selbst zum Menschen machen.

Der verzweifelte Aufschrei der Student/innen, dass Bildung keine Ware sein darf, sondern Menschenrecht sei und mit Ausbildung nicht gleichgesetzt werden dürfe, knüpft an das philosophische Menschenbild an, dem leider schon vor langer Zeit der Boden entzogen worden war. Ein Menschenbild, das in den deutschsprachigen Ländern Mitteleuropas um 1800 zwar kurze Zeit eine institutionelle Entsprechung in der Humboldt'schen Universität gefunden zu haben schien, aber sehr rasch zum schönggeistigen Überbau des Bildungswesens degradiert wurde – zu einer Pathosformel, die zur Legitimation einer weitgehend anderen Kriterien entsprechenden Realität dient. Die Idee, die hinter der antiquierten Vision des gebildeten Menschen steht, ist die der Philosophie: Durch Wissen über sich und die Welt kann der Mensch Selbstbewusstsein und Autonomie erreichen. Er emanzipiert sich von den ihn unterschwellig beeinflussenden Mächten und gewinnt damit die Möglichkeit, sich von Herrschaft jeder Art zu befreien. Finales Ziel dieser Entwicklung ist die zur vollen Entfaltung und Freiheit gelangte Menschheit. Bildung bezeichnet in diesem Menschenbild den Prozess der Ermächtigung zu Selbstbewusstsein und Autonomie. Sie steht damit –

quasi per Definition – den jeweils vorhanden, sich als unveränderlich präsentierenden und damit dem Menschen entfremdeten politischen, gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Verhältnissen kritisch gegenüber.

Bekanntermaßen gilt Sokrates als Begründer der Philosophie im skizzierten Sinn. Das Außergewöhnliche seines Verhaltens – das ihm diesen Ruf eingebracht hat – bestand darin, dass er die Bürger Athens nicht zu belehren versuchte, wie dies zu jener Zeit die Sophisten taten, die ihr Wissen gegen Geld an den Mann zu bringen versuchten. Sokrates suchte den vernünftigen Dialog mit den Menschen. An den unmittelbaren Interessen seiner Gesprächspartner anknüpfend, hinterfragte er ihre Meinungen nach den Regeln der Logik, um ihr immanent unvernünftiges, da unlogisches Alltagsbewusstsein zu entlarven und sie zum folgerichtigen Selber-Denken zu animieren. Seine Bemühungen erschöpften sich jedoch nicht in logischen Sprachspielen, sie zielten auf *reale gesellschaftliche Veränderungen*, auf ein von Vernunft getragenes Zusammenleben freier Bürger die sich dialogisch aufklären und als selbstbewusste Subjekte konstituieren.

Vergessen wird dabei allerdings meist, dass die wohl wesentlichste Voraussetzung eines derartigen Philosophierens die Möglichkeit der freien Bürger war, ein Leben in Muße zu führen. Im Gegensatz zu heute galt das Arbeiten in jener Zeit ja noch keineswegs als Tugend, es war Sache der Unfreien – der Sklaven und Frauen –, deren Unfreiheit ja genau darin gesehen wurde, dass sie der „Notdurft des Daseins“ unterworfen waren. Das von Sokrates propagierte Hinterfragen als selbstverständlich geltender und allgemein akzeptierter Grundlagen des sozialen Lebens ist nämlich letztendlich nur möglich im Sinne eines Zurücktretens vom alltäglichen Handlungsdruck und einer gelassenen Auseinandersetzung mit den Tatsachen der Welt. Reflexion setzt Muße voraus, die Schule sollte der antiken Vorstellung gemäß ein dementsprechender Ort sein. Der Name „Schule“ hat – auch wenn es der heutigen Realität Hohn spricht – seinen Ursprung ja auch im altgriechischen *scholé*, dem Wort für Muße. Überträgt man die Notwendigkeit der Muße als die Grundbedingung der Möglichkeit von Bildung auf die heutige Situation, ist es offensichtlich: Der gegenwärtig allen organisierten Lernprozessen immanente Zeit- und Effektivitätsdruck sowie der Zwang, gewonnene Erkenntnisse unter Androhung des Untergangs im allgegenwärtigen Konkurrenzkampf einsetzen zu müssen, ist der Bildungsidee im Sinne des sokratischen Philosophierens diametral entgegengesetzt.

Grundprinzip der Philosophie ist der Zweifel, Philosophie ist getragen vom Bewusstsein der Unabgeschlossenheit und Relativität des Wissens. Dementsprechend korreliert Philosophie stets auch mit immanenter Kritik an der sophistischen Vorstellung, dass es möglich wäre, Wissen wie privates Eigentum zu besitzen und als Ware mit ihm Geschäfte zu machen. Bildungsprozesse, die sich im skizzierten Sinn am philosophischen Menschenbild orientieren, zielen darauf ab, dass den Menschen die Welt fraglich wird und sie auch die sozialen Verhältnisse nicht unhinterfragt akzeptieren. Aufklärung bedeutet nicht das Vermitteln vorgeblich gesicherten Wissens, sondern das Hinführen zum Hinterfragen vorgeblich unverrückbar geltender Tatsachen.

Diese am philosophischen Menschenbild ausgerichtete Vorstellung von Bildung war über 2000 Jahre wirksam – selbstverständlich stets nur bezogen auf die sogenannten Freien in der Bevölkerung, jene Gruppe also, die das Privileg der Muße für sich beanspruchen konnten. Die bei Sokrates noch gegebene Verknüpfung von Selbst- und Welterkenntnis mit Gotteserkenntnis verlor in der Neuzeit immer mehr ihre Bedeutung. Die Bildungsidee wechselte in der Folge ihren Wohnort und übersiedelte aus den theologischen Gelehrtenstuben in die zunehmend entstehenden Universitäten. Zugleich wurde der Bildungsbegriff in seiner säkularisierten Form auch zum Leit- und Kampfbegriff des um seine gesellschaftliche Vormachtstellung kämpfenden Bürgertums. Die bürgerliche Revolutionsbewegung bezog ihre Dynamik aus der Vorstellung, dass die Positionsverteilung in der Gesellschaft nicht durch Geburtsprivilegien, sondern über die Bereitschaft entschieden werden soll, an der Vervollkommnung seiner selbst als Mensch zu arbeiten. Die Bildungsidee war auf das Engste mit den revolutionären Bewegungen des 19. Jahrhunderts verbunden.

Der ursprüngliche Konnex zwischen der Bildungsidee und dem Anspruch einer Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse wurde in den deutschsprachigen Ländern Mitteleuropas allerdings sehr bald wieder aufgebrochen. Denn während die bürgerlichen Revolutionen in vielen anderen Ländern unmittelbar zu tiefgreifenden gesellschaftlichen Umwälzungen führte, blieb die Revolution in Mitteleuropa quasi am halben Weg stehen. Zu bedeutsamen gesellschaftlichen Veränderungen kam es erst nach und nach und nicht als direkte Folge revolutionärer Aufstände. Hintergrund dafür war, dass sich durch die Entdeckung und Eroberung Amerikas der europäische Welthandel an

den Atlantik verlagert hatte, wodurch sich die Zentren des bürgerlichen Fortschritts ebenfalls in Richtung Westen, nach Frankreich, in die Niederlande und nach England verschoben. Das deutschsprachige Mitteleuropa stagnierte in seiner sozioökonomischen Entwicklung – für eine erfolgreiche bürgerliche Revolution fehlte damit die gesellschaftliche Grundlage. Die Idee der Bildung verlor damit in den deutschsprachigen Ländern ihren revolutionär-gesellschaftlichen Bezug und wurde zunehmend auf Innerlichkeit beschränkt – sie wandelte sich von einer Kampflosung zu einem Pathosbegriff. Als ein solcher wurde sie konserviert und konnte sich – allerdings auch nur kurze Zeit und nur für die gesellschaftliche Elite – im Ideal der Humboldt'schen Universität verwirklichen.

Dass es außerhalb der deutschen Sprache keine begriffliche Entsprechung des Wortes Bildung gibt, hängt genau mit der skizzierten und unerfüllten revolutionären Hoffnung in den „deutschen Ländern“ zusammen. Die Idee der Bildung wurde hier konserviert, allerdings um den Preis ihrer Kastration. Von gesellschaftlicher Praxis abgekoppelt und als bloß schöngestige Theorie aufrechterhalten, wurde sie ihrer revolutionären Kraft beraubt – der Kampfbegriff wurde zur Pathosformel. Die der Bildungstheorie immanente Kritikfähigkeit wurde in die Köpfe der Menschen verbannt; ab nun erschöpft sich Bildung in der Reflexion – die Aktion erhielt den Nimbus des Primitiven und Anrühigen. Ganz in diesem Sinn hat Hegel den Unterschied zwischen dem revolutionären Frankreich und Deutschland einmal folgendermaßen charakterisiert: „Wir haben allerhand Rumor im Kopfe und auf dem Kopfe; dabei lässt der deutsche Kopf eher seine Schlafmütze ganz ruhig sitzen und operiert innerhalb seiner.“

Letztendlich wurde das, was im deutschen Begriff Bildung zwar weiterhin hoch gehalten wurde – Mündigkeit, Selbstbewusstsein und Kritikfähigkeit –, anti-revolutionär und zum Widerspruch jener philosophischen Idee, auf die weiterhin Bezug genommen wurde. Nicht untypisch spaltet schon Kant die Freiheit in eine innere und eine äußere auf. Während äußere Freiheit für ihn eine soziale Größe darstellt und z.B. rechtliche, soziale und politische Umstände umfasst, beschreibt innere Freiheit einen Zustand, in dem der Mensch sich von inneren Zwängen wie z. B. Trieben, Erwartungen, Gewohnheiten oder Konventionen befreit. Bildung war für Kant der Schlüssel zur *inneren* Freiheit. Im – wie er formulierte – „bürgerlichen Amte“ hingegen, sei der Mensch bloß ein Werkzeug und zum Gehorsam gezwungen.

Fichte, Humboldt und Schleiermacher idealisierten in ähnlicher Diktion die Universität als jenen Ort, wo man sich vom Materialismus der bürgerlichen Welt zurückzieht, um „in Einsamkeit und Freiheit“ die Wahrheit zu suchen. Frei von autoritären Weisungen und demokratisch verfasst sollten die Universitäten Stätten des freien Denkens sein – sicher jedoch nicht Zellen des gesellschaftlichen Widerstandes. Die im Humboldt'schen Universitätsideal zur Geltung kommende Vorstellung von Bildung korreliert damit perfekt mit einem Untertanengeist, der die äußere Welt einerseits verachtet und sich ihr andererseits widerstandslos unterordnet. In derart korrupter Form konnte die Bildungsidee auch ziemlich problemlos mit dem autoritären Staat und dem autoritären Charakter in Einklang gebracht werden.

Endgültig von ihren gesellschaftskritischen Wurzeln abgeschnitten wurde Bildung dann im Zuge der wissenschaftlich-technischen zweiten industriellen Revolution. Ab etwa Mitte des 19. Jahrhunderts erfolgte eine Auffächerung der universitären Disziplinen, verbunden mit ihrer Abnabelung von der Philosophie. Zugleich wurden die Fachwissenschaften zunehmend ökonomischen Imperativen unterworfen. Das System gesellschaftlich organisierten Lernens, das weiterhin als Bildungssystem bezeichnet wurde, nahm auch an den Universitäten rasch den Charakter von Ausbildung an. Bildung reduzierte sich auf Wissensvermittlung, auf den Kauf und Verkauf von nützlichem, ökonomisch verwertbarem Wissen – Bildung wurde zur Ware. Und auch Universitäten wurden zu bloßen Produktionsstätten verwertbarer Fachkräfte – wie es die Studentenbewegung der 1968er Jahre formulierte, dienen sie der Produktion von Fachidioten.

Das vorläufig letzte Kapitel im skizzierten Niedergang der Bildungsidee wird aktuell im Neoliberalismus geschrieben. An die Stelle bewusster, nach ökonomisch-rationalen Gesichtspunkten vorgenommener staatlicher Steuerung von Wirtschaft und Gesellschaft tritt im Neoliberalismus der Wettbewerb und die Anarchie des Marktes. Der Staat fungiert nicht länger als Regulator des Marktes, sondern in perfekter Umkehrung der Verhältnisse wird der Markt nun zum regulierenden Prinzip des Staates. Nationalstaaten verlieren angesichts des globalisierten wirtschaftlichen Geschehens zunehmend ihre Autonomie und ihre Funktion erschöpft sich immer mehr darin, Garanten juristisch stabiler Verwertungsräume zu sein. Oberste gesellschaftliche Instanz ist nun der Wettbewerb, durch ihn soll alles gesteuert und ihm muss dementsprechend alles untergeordnet werden.

Selbstverständlich stellt es auch für die EU ein Grundsatzziel dar, alle wesentlichen bisher durch politische Mechanismen gesteuerten Gesellschaftsbereiche dem Markt zu überantworten und nach Kriterien der Konkurrenz zu gestalten. Selbstredend gehört dazu auch der Bildungsbereich und dabei nicht an letzter Stelle die Universitäten. Bildungseinrichtungen sollen auf diese Art in ihrer Funktion als Wissensbetriebe zur Produktion verwertbaren Humankapitals effektiver werden – Schülerinnen und Schüler sowie Studentinnen und Studenten sollen in einem permanenten Wettbewerb stehen, ihre Leistungen sollen permanent getestet und verglichen werden. Für den Krieg mit ökonomischen Mitteln müssen alle Reserven aktiviert werden.

Der Zusammenhang von Bildung, vernunftbegründeten sozialen Utopien und Humanität wird nun endgültig auch ideologisch verabschiedet; Bildung tritt faktisch nur noch als Wettbewerbsformel ins allgemeine Bewusstsein. Dazu hat der langjährige Leiter des deutschen Max-Planck Instituts für Bildungsforschung, Hellmut Becker bereits in einer in den 1960er Jahren geführten Diskussion mit dem Philosophen Theodor Adorno, die 1971 unter dem Titel „Erziehung zur Mündigkeit“ veröffentlicht wurde, festgestellt, dass der zum Prinzip erhobene Wettbewerb die Grundlage der Enthumanisierung der Gesellschaft darstellt. Adorno stimmte dieser These nachdrücklich zu. Auch er identifizierte den Wettbewerb als jeder humanen Entwicklung entgegenstehend und meinte, Menschen dürften sich nicht dumm machen lassen und müssten sich dem im allumfassenden Konkurrenzgedanken widerspiegelnden gesellschaftlichen Analphabetismus entgegensetzen.

Zwischenzeitlich gilt allerdings jeder, der sich im Sinne dieser Aussagen tatsächlich nicht dumm machen lässt und an Markt und Konkurrenz als den idealen Steuerungsinstrumenten des sozialen Zusammenlebens zweifelt, schlichtweg als verrückt. Das dem alles umfassenden Wettbewerb untergeordnete *organisierte* Lernen ist als Mittel, um die Irrationalität des Wettbewerbsprinzips zu hinterfragen, weitgehend zahnlos, da es längst selbst Teil der Machtgier des Marktes ist. Die im Wettbewerb erzogenen Menschen haben gelernt, sich selbst bloß noch in Relation zu ihrem Marktwert wahrzunehmen und sich dem Zwang zum permanenten Vergleich widerspruchslos zu unterwerfen. Und sie haben gelernt gesellschaftliche Krisen in individuelle Defizite umzudeuten. An die Stelle des Zusammenhangs von Bildung und Revolution ist in der totalitären Wettbe-

werbsgesellschaft der Zusammenhang von entfremdeten Wissen und Reform getreten.

In dieser Situation bloß den längst zur Pathosformel reduzierten Bildungsbegriff aus der Mottenkiste zu holen und Bildung statt Ausbildung zu propagieren greift meines Erachtens zu kurz. Der Bildungsbegriff birgt in sich zwar tatsächlich ein Menschenbild, das dem zwischenzeitlich geradezu totalitären Konkurrenzprinzip diametral entgegengesetzt ist. Allerdings wurde diesem Menschenbild schon im Zuge der Installierung des Konkurrenzkapitalismus und nicht erst im Zuge seiner krisenhaften Entwicklung der letzten Jahre das Wasser abgegraben.

Wer die Bildungsidee wirklich reanimieren will, muss sich zuerst einmal daranmachen, die Gründe ihrer Liquidierung aufzudecken. Und die sind im Konkur-

renzkapitalismus mit seiner Prämisse der Verwertung von Allem und Jeden begründet.

Als Kampfbegriff taugt der Bildungsbegriff nur, wenn er aus den Fesseln seiner bürgerlichen Domestizierung und der damit verbundenen Anbindung am markt(wert)orientierten Leistungsbegriff befreit wird. Ein Primat von Bildung zu fordern und sich dafür einzusetzen, dass organisiertes Lernen nicht bloß daran orientiert ist, Menschen zu brauchbaren Gesellschaftsmitgliedern und nützlichen Arbeitnehmern zu machen, muss am Hinterfragen des Marktwerts als Richtgröße aller gesellschaftlicher Entwicklungen ansetzen. Letztendlich kann Bildung ihre ursprüngliche gesellschaftstransformierende Potenz nur wiedergewinnen, wenn sie jenseits von Wert und Verwertung, wenn sie also als wenn sie also als wertlos begriffen wird!

Anmerkungen zur edu-factory und zum kognitiven Kapitalismus

George Caffentzis / Silvia Federici

übersetzt von Therese Kaufmann

Im Rahmen der edu-factory-Diskussion wollen wir hier einige Überlegungen zu zwei zentralen Konzepten diskutieren: Das der edu-factory selbst und das des kognitiven Kapitalismus. Erstens stimmen wir dem Hauptelement der Diskussion innerhalb der edu-factory zu: *Was einst die Fabrik war, ist nun die Universität.* War einst die Fabrik ein paradigmatischer Ort des Kampfes zwischen ArbeiterInnen und KapitalistInnen, so ist heute die Universität ein wesentlicher Ort des Konflikts um den Besitz von Wissen, die Reproduktion der Arbeitskraft und die Herstellung sozialer und kultureller Stratifizierung. Denn die Universität ist nicht einfach eine weitere Institution, die der staatlichen und gouvernementalen Kontrolle unterworfen ist, sondern ein entscheidender Ort, an dem breitere soziale Kämpfe gewonnen und verloren werden.

Die Unterstützung von CAFA (Committee for Academic Freedom in Africa) für die Kämpfe an afrikanischen Universitäten folgte derselben Analyse und Logik. Universitäten sind wichtige Orte des Klassenkampfes – nicht nur in Europa und Nordamerika. Wir bestanden auf diesem Punkt gegenüber den KritikerInnen der postkolonialen Universität, die jede Bemühung zu einer Verteidigung eines Bildungssystems, das ihrer Ansicht nach dem Modell kolonialer Bildung folgt, verachten. Wir argumentierten dagegen, dass die universitären Kämpfe in Afrika die Weigerung ausdrücken, das internationale Kapital Folgendes tun zu lassen:

- über die Arbeitsbedingungen zu entscheiden;
- sich das in diese Institutionen investierte Vermögen, für die die Leute bezahlt haben, anzueignen;
- Unterdrückung zuzulassen und
- die Demokratisierung und Politisierung von Bildung, die an afrikanischen Universitäten in den 1980-er und 1990-er Jahren entstanden ist, zu unterdrücken.

Allgemeiner ausgedrückt: Ebenso, wie wir uns gegen die Schließung von Fabriken richten würden, in denen die ArbeiterInnen für die Kontrolle über Arbeit und Bezahlung kämpfen – vor allem, wenn diese ArbeiterInnen entschlossen sind, gegen die Schließung zu

kämpfen –, sind wir uns einig, dass wir gegen den Abbau öffentlicher Bildung Widerstand leisten sollten, selbst wenn Schulen auch Instrumente von Klassenherrschaft und Entfremdung sind. Dies ist ein Widerspruch, den wir nicht wegwünschen können und der in allen unseren Kämpfen präsent ist. Egal, ob wir um Bildung, Gesundheit, Wohnraum etc. kämpfen, es ist illusorisch zu glauben, wir könnten uns, wann immer wir es wollen, außerhalb der kapitalistischen Verhältnisse situieren und von dort aus eine neue Gesellschaft erschaffen. Wie StudentInnenbewegungen auf der ganzen Welt gezeigt haben, sind Universitäten nicht nur die Kinderstuben der FührerInnen einer neoliberalen Elite, sondern auch der Boden für Diskussion, für die Herausforderung institutioneller Politik und für die Wiederaneignung von Ressourcen. Durch diese Diskussionen, Kämpfe und Wiederaneignungen sowie durch die Verknüpfung der Kämpfe in den Universitäten mit anderen Kämpfen der gesellschaftlichen Fabrik schaffen wir alternative Bildungsformen und -Praxen.

In Italien gelang es beispielsweise den MetallarbeiterInnen mit dem Vertrag von 1974, 150 Stunden bezahlten Bildungsurlaubs pro Jahr zu erreichen, für den sie gemeinsam mit LehrerInnen meist aus der StudentInnenbewegung Studienpläne organisierten, die die kapitalistische Organisation von Arbeit – auch an ihren eigenen Arbeitsplätzen – untersuchten. In den USA gehörten die Universitäten seit den 1960er Jahren zu den Zentren der Anti-Kriegsbewegung und produzierten eine Vielzahl von Analysen des militärisch-industriellen Komplexes und der Rolle der Universitäten in dessen Funktion und Ausbreitung. In Afrika waren die Universitäten Zentren des Widerstands gegen die strukturelle Anpassung und der Analyse ihrer Implikationen. Dies ist sicherlich einer der Gründe, warum die Weltbank so erpicht darauf war, sie aufzulösen.

Neue Hierarchien

Der Kampf in der edu-factory ist heute auf Grund der strategischen Rolle des Wissens innerhalb des Produk-

tionssystem von besonderer Bedeutung, vor allem auf Grund des Kontextes, in dem die „Abschottung“ von Wissen (seine Privatisierung, Kommodifizierung und Enteignung durch die vorherrschenden Systeme geistigen Eigentums) eine Säule der ökonomischen Neugestaltung darstellt. Wir sind allerdings darauf bedacht, diese Rolle nicht zu überschätzen und/oder das Konzept der edu-factory für die Schaffung neuer Hierarchien hinsichtlich der Arbeit und der Formen kapitalistischer Akkumulation einzusetzen. Diese Bedenken sind eine Folge unserer Deutung des Gebrauchs des Begriffs „kognitiver Kapitalismus“. Es ist sicherlich richtig, dass es notwendig ist, die maßgeblichen Formen kapitalistischer Akkumulation in all ihren verschiedenen Phasen zu bestimmen und ihre „Tendenz“ zur Hegemonialisierung (wenn auch nicht Homogenisierung) anderer Formen kapitalistischer Produktion zu erkennen. Doch sollten wir die Kritiken an den marxistischen Theorien nicht aufgeben, die von der antikolonialen Bewegung und vom Feminismus entwickelt wurden und die gezeigt haben, dass die kapitalistische Akkumulation genau durch ihre Fähigkeit gedieh, gleichzeitig Entwicklung und Unterentwicklung, bezahlte und unbezahlte Arbeit, Produktion auf der höchsten Ebene technischen Know-hows und Produktion auf den niedrigsten Ebenen zu organisieren. Mit anderen Worten: Wir sollten das Argument nicht aufgeben, dass die kapitalistische Akkumulation sich trotz so vieler Kämpfe exakt durch diese Disparitäten, durch die von diesen innerhalb der ArbeiterInnenklasse geschaffenen Spaltungen und durch die Fähigkeit, Reichtum/Mehrwert von einem Pol zum anderen zu verlagern, ausgedehnt hat.

Kognitive Arbeit und internationale Arbeitsteilung

Diesem Argument ist eine Menge von Problematiken inhärent, die wir in diesen Überlegungen nur berühren können. Im Weiteren wollen wir uns vor allem auf die politischen Implikationen der Verwendung des Begriffs „kognitiver Kapitalismus“ konzentrieren. Doch stehen hier einige Punkte zur Diskussion. Erstens sollte die Geschichte des Kapitalismus zeigen, dass die kapitalistische Subsumtion aller Produktionsformen nicht die Ausdehnung der an einem bestimmten Punkt erreichten Ebene von Wissenschaft und Technologie auf alle ArbeiterInnen notwendig macht, die zum Akkumulationsprozess beitragen. Es wird heute beispielsweise anerkannt, dass das Plantagensystem kapitalistisch organisiert war und eigentlich ein Modell für die Fabrik darstellte. Dennoch arbeiteten die auf den Plantagen als BaumwollpflückerInnen beschäftig-

ten SklavInnen der 1850-er Jahre im Süden der USA nicht mit demselben technologischen Know-how, das den ArbeiterInnen der Textilfabriken im Norden der USA zu dieser Zeit zur Verfügung stand, obwohl ihr Produkt eine Lebensader für ebendiese Fabriken darstellte. Bedeutet dies, dass die SklavInnen im Süden IndustriearbeiterInnen, oder umgekehrt, dass die LohnarbeiterInnen im Norden PlantagenarbeiterInnen waren? In ähnlicher Weise hat der Kapitalismus bis heute trotz der Tatsache, dass unbezahlte Hausarbeit von Frauen eine Schlüsselquelle für die Akkumulation des Kapitals darstellt, diese nicht mechanisiert. Anders gefragt: Warum erleben wir am Höhepunkt einer Ära des „kognitiven Kapitalismus“ eine Ausweitung von Arbeit unter sklavenähnlichen Bedingungen, auf der untersten Ebene technologischen Know-hows, von Kinderarbeit, Arbeit in Sweatshops, in neuen landwirtschaftlichen Plantagen und auf den Grubenfeldern Lateinamerikas, Afrikas usw.? Heißt das, dass die ArbeiterInnen unter diesen Bedingungen „kognitive ArbeiterInnen“ sind? Sind sie und ihre Kämpfe unbedeutend für und/oder außerhalb des Kreislaufs kapitalistischer Akkumulation? Warum hat sich die Lohnarbeit – die einst als die bestimmende Form kapitalistischer Arbeit galt – noch nicht einmal auf die Mehrheit der ArbeiterInnen in kapitalistischen Gesellschaften ausgeweitet?

Diese Fragen legen nahe, dass Arbeit für die kapitalistische Akkumulation und nach kapitalistischem Modell organisiert sein kann, ohne dass die/der ArbeiterIn auf dem durchschnittlichen, am Höhepunkt kapitalistischer Produktion angewendeten Niveau technologischen oder wissenschaftlichen Wissens arbeitet. Sie sind weiters ein Verweis darauf, dass die Logik des Kapitalismus nur durch die Betrachtung der Gesamtheit seiner Verhältnisse und nicht nur der Spitzen seiner wissenschaftlichen oder technologischen Errenschaften erfasst werden kann. Der Kapitalismus hat durch die internationale geschlechtliche/rassifizierte Arbeitsteilung und durch die „Unterentwicklung“ bestimmter Sektoren seiner Produktion systematisch und strategisch Ungleichheiten produziert, und diese wurden nicht ausgelöscht, sondern vielmehr verstärkt durch die zunehmende Integration von Wissenschaft und Technologie in den Produktionsprozess. Zum Beispiel hat in der Ära kognitiver Arbeit die Mehrheit der AfrikanerInnen keinen Zugang zum Internet oder auch nicht einmal zum Telefon; selbst die winzige Minderheit, die darüber verfügt, hat auf Grund der unregelmäßigen Verfügbarkeit von Elektrizität nur für beschränkte Zeitabschnitte Zugang. In ähnlicher Weise ist der Analphabetismus besonders unter Frauen seit

den 1970-er Jahren bis heute exponentiell angestiegen. Mit anderen Worten wurde ein Sprung nach vorne für viele ArbeiterInnen begleitet von einem Sprung nach hinten für viele andere, die nun sogar noch mehr vom „globalen Diskurs“ ausgeschlossen und gewiss nicht in der Lage sind, in globalen, internetbasierten Kooperationsnetzwerken zu partizipieren.

Reproduktive Arbeit im kognitiven Kapitalismus

Am wichtigsten sind, zweitens, die politischen Implikationen des Gebrauchs der Begriffe „kognitiver Kapitalismus“ und „kognitive Arbeit“, der die fortdauernde Bedeutung anderer Formen von Arbeit als Beitrag zum Akkumulationsprozess ausblendet. Es besteht die Gefahr, dass wir durch die Hervorhebung einer Art von Kapital (und damit einer Art von ArbeiterIn) als produktivste, avancierteste und exemplarischste für das zeitgenössische Paradigma etc. eine neue Hierarchie des Kampfes herstellen und eine Form des Aktivismus betreiben, der eine Neuzusammensetzung der ArbeiterInnenklasse unmöglich macht. Eine andere Gefahr liegt darin, dass wir verabsäumen, die strategischen Züge vorwegzunehmen, durch die der Kapitalismus den Akkumulationsprozess neu strukturieren kann, indem er die Ungleichheiten innerhalb der globalen ArbeiterInnenschaft ausnützt. Hierfür exemplarisch ist, wie der Schwung der letzten Welle der Globalisierung erreicht wurde.

Hinsichtlich der Gefahr, in unserem Aktivismus die durch die Ausdehnung kapitalistischer Verhältnisse geschaffenen Hierarchien der Arbeit zu bestätigen, können wir eine Menge aus der Vergangenheit lernen. Wie die Geschichte des Klassenkampfes zeigt, ist die Privilegierung eines Sektors der ArbeiterInnenklasse über die anderen der sicherste Weg zur Niederlage. Zweifellos haben bestimmte ArbeiterInnen eine wesentliche Rolle in einzelnen historischen Phasen der Entwicklung des Kapitalismus gespielt. Doch bezahlte die ArbeiterInnenklasse einen sehr hohen Preis für eine revolutionäre Logik, die nach dem Muster der Hierarchien in der kapitalistischen Arbeitsorganisation Hierarchien zwischen revolutionären Subjekten erzeugte. Die marxistischen/sozialistischen AktivistInnen in Europa verloren die revolutionäre Kraft der „Bauernbevölkerung“ der Welt aus den Augen. Mehr noch, die Bauernbewegungen wurden von den KommunistInnen zerstört (vgl. den Fall der ELAS in Griechenland), die ausschließlich die/den FabrikarbeiterIn als organisierbar und „wirklich revolutionär“ betrachteten. Die SozialistInnen/MarxistInnen übersahen

auch die gewaltige (Haus)arbeit, die getan wurde, um die/den IndustriearbeiterIn zu produzieren und re-produzieren. Der riesige „Eisberg“ von Arbeit im Kapitalismus (um eine Metapher von Maria Mies zu verwenden) wurde durch die Tendenz, nur die Spitze des Eisbergs, nämlich die Industriearbeit, zu betrachten, unsichtbar gemacht, während die an der Reproduktion der Arbeitskraft beteiligte Arbeit aus dem Blick verschwand. Dies hatte zur Folge, dass der Feminismus oft bekämpft und als etwas außerhalb des Klassenkampfes betrachtet wurde.

Ironischerweise waren es die Bauernbewegungen Mexikos, Chinas, Kubas, Vietnams und auch in großem Maße Russlands, die unter dem Regime des industriellen Kapitalismus die Revolutionen des 20. Jahrhunderts durchführten. Auch in den 1960-er Jahren kam der Impuls für eine Veränderung auf globaler Ebene aus dem Kampf des Antikolonialismus, einschließlich des Kampfs gegen die Apartheid und für Black Power in den USA. Heute sind es die indigenen Bevölkerungen, die Campesinos, die Arbeitslosen Mexikos (in Chiapas, Oaxaca), Boliviens, Ecuadors, Brasiliens und Venezuelas, die BäuerInnen Indiens, die Maquila-ArbeiterInnen an den Grenzen zu den USA, die migrantischen ArbeiterInnen in den USA etc., die den avanciertesten Kampf gegen die globale Ausdehnung kapitalistischer Verhältnisse führen.

Wir wollen eines klarstellen: Wir bringen diese Argumente nicht vor, um die Bedeutung der Kämpfe in der edu-factory zu schmälern oder zu vernachlässigen, dass das Internet zur Schaffung neuer, für unseren Kampf wesentlicher Formen von Commons geführt hat. Vielmehr befürchten wir, Fehler zu wiederholen, die letztlich jene isolieren, die innerhalb dieser Netzwerke arbeiten und kämpfen. So gesehen glauben wir, dass die „Anti-Globalisierungs“-Bewegung (mit all ihren Problematiken) ein großer Fortschritt war in ihrer Fähigkeit, Forderungen und Formen des Aktivismus zu formulieren, die den Kampf auf einer globalen Ebene entwerfen und die neue Formen des Internationalismus hervorbringen, der ProgrammiererInnen, KünstlerInnen und andere edu-ArbeiterInnen in einer Bewegung zusammenbringt, zu der alle ihren besonderen Beitrag leisten.

Damit diese politische „Neuzusammensetzung“ allerdings möglich wird, müssen wir den Fortbestand unseres Kampfes auch im Hinblick auf die Verschiedenheit unserer Verortung innerhalb der internationalen Arbeitsteilung betrachten und unsere Forderungen und Strategien entsprechend dieser Dif-

ferenzen und der Notwendigkeit ihrer Überwindung formulieren. Die Annahme, dass eine Neuzusammensetzung der ArbeiterInnenschaft bereits stattfindet, weil Arbeit – durch einen Prozess, den einige als das „Gemeinsam-Werden von Arbeit“ bezeichnet haben – homogenisiert wird, reicht nicht aus. Wir können das „kognitive“ Netz nicht so weit auswerfen, dass beinahe jede Form der Arbeit zu „kognitiver“ Arbeit wird, ohne beliebige soziale Gleichsetzungen zu erzeugen und unser Verständnis dessen, was an der „kognitiven Arbeit“ in der aktuellen Phase des Kapitalismus neu ist, zu verwischen.

Es ist ein willkürlicher Akt, unter dem Label des Kognitiven (zum Beispiel) die Arbeit von HausarbeiterInnen – ob migrantisch oder nicht, ob Frau/Mutter/Schwester oder bezahlte Arbeitskraft – mit der einer/s ProgrammiererIn oder ComputerkünstlerIn gleichzusetzen und obendrein noch zu behaupten, der kognitive Aspekt von Hausarbeit sei etwas Neues, das der Dominanz eines neuen Typs von Kapitalismus geschuldet ist.

Sicherlich hat Hausarbeit wie jede andere reproduktive Arbeit eine starke kognitive Komponente. Zu wissen, wie die Polster unter dem Körper einer kranken Person angeordnet werden müssen, ohne dass die Haut Blasen bekommt und die Knochen schmerzen, ist eine Wissenschaft und eine Kunst, die viel Aufmerksamkeit, Wissen und Experimentieren verlangt. Dasselbe gilt für die Versorgung eines Kindes und die meisten anderen Aspekte von „Hausarbeit“, wer auch immer sie ausführen mag. Doch gerade bei der Betrachtung des gewaltigen Universums von Praxen, die die reproduktive Arbeit ausmachen, vor allem wenn diese zu Hause stattfindet, erkennen wir die Grenzen der Anwendbarkeit des Typs computer-basierten, technologischen Know-hows, auf das sich der „kognitive Kapitalismus“ stützt. Wir sehen, dass das für die reproduktive Arbeit notwendige Wissen sicherlich von der Benützung des Internets profitiert (vorausgesetzt, es gibt Zeit und Geld dafür), doch es ist eine Form des Wissens, das Menschen, meist Frauen, über lange Zeit hinweg entwickelt haben – in Übereinstimmung mit, aber auch entgegen den Anforderungen der kapitalistischen Arbeitsorganisation. Dem sollten wir hinzufügen, dass nichts dadurch gewonnen wird, Hausarbeit dem neuen Bereich kognitiver Arbeit zuzuordnen, indem wir sie als „affektive“, als „immaterielle“ oder als „Sorgearbeit“ (*care work*) definieren, wie das vielfach getan wurde.

Zunächst sollten wir Formeln vermeiden, die eine

Trennung von Körper/Geist, Vernunft/Gefühl in jedweder Form von Arbeit und deren Produkten implizieren und uns fragen, ob das Ersetzen des Begriffs „reproduktive Arbeit“, wie er in der Frauenbewegung verwendet wird, durch jenen der „affektiven Arbeit“ wirklich dazu dient, die Arbeit einer/s HausarbeiterIn (ob MigrantIn oder nicht, ob Ehefrau/Schwester/Mutter oder bezahlte Arbeitskraft) oder einer/s SexarbeiterIn der einer/s ProgrammiererIn oder NetzkünstlerIn unter dem Label des Kognitiven vergleichbar zu machen? Was ist ihrer Arbeit wirklich „gemeinsam“, wenn man die komplexen sozialen Beziehungen, die ihre verschiedenen Arbeitsweisen ausmachen, in Betracht zieht? Wo liegen beispielsweise die Gemeinsamkeiten zwischen einem männlichen Programmierer, Künstler oder Lehrer und einer weiblichen Hausarbeiterin, die zusätzlich zu ihrer bezahlten Arbeit auch viele Stunden unbezahlter Arbeit für die Versorgung ihrer Familie leisten muss?

Am allerwichtigsten ist: Wenn die mit der Reproduktion des Menschen befasste Arbeit – noch immer ein immenser Teil der Arbeit, die in der kapitalistischen Gesellschaft aufgewendet wird – „kognitiv“ ist in dem Sinne, dass sie nicht Dinge, sondern „Seinszustände“ produziert, was ist dann neu an „kognitiver Arbeit“? Und ebenso wesentlich ist: Was wird gewonnen durch die Gleichsetzung aller Formen von Arbeit – selbst nur als Tendenz – unter einem Label, außer dass einige Arten von Arbeit und die durch sie verursachten politischen Problematiken verschwinden? Verabsäumen wir es in der Aussage, dass Hausarbeit „kognitive Arbeit“ ist, nicht wieder, die Frage der Entwertung von Hausarbeit, ihren weitgehenden Status der Unbezahltheit, die auf ihr aufbauenden Geschlechterhierarchien und damit das Lohnverhältnis anzugehen?

Für eine politische Neuzusammensetzung der ArbeiterInnenschaft

Sollten wir nicht vielmehr fragen, durch welche Organisationsform HausarbeiterInnen und ProgrammiererInnen zusammenkommen können, statt davon auszugehen, dass wir alle im *mare magnum* der „kognitiven Arbeit“ vereint sind? Die reproduktive Arbeit als Grundlage zu nehmen, dient auch dazu, die vorherrschende Annahme in Frage zu stellen, dass die Kognitivierung der Arbeit – im Sinne ihrer Computerisierung und Reorganisation durch das Internet – einen emanzipatorischen Effekt habe. Umfangreiche feministische Literatur hat die Vorstellung widerlegt, die Industrialisierung vieler Aspekte der

Hausarbeit hätte die von Frauen dafür aufgewendete Zeit reduziert. Vielmehr haben zahlreiche Studien gezeigt, dass die Industrialisierung die Bandbreite dessen, was als sozial notwendige Hausarbeit betrachtet wird, erweitert hat. Dasselbe gilt für das Vordringen von Wissenschaft und Technologie in die Hausarbeit, Kinderbetreuung und Sexarbeit. Zum Beispiel kann die Verbreitung von PCs für jene HausarbeiterInnen, die sich einen Computer leisten können und über die Zeit verfügen ihn zu benutzen, helfen, durch Chat-Rooms und soziale Netzwerke die Isolation und Monotonie der Hausarbeit zu mildern. Doch vermindert die Herstellung virtueller Communities weder das zunehmende Problem von Einsamkeit, noch hilft sie im Kampf gegen die Zerstörung gesellschaftlicher Beziehungen und die Ausbreitung abgeschlossener Welten.

Abschließend möchten wir sagen, dass Begriffe wie „kognitive Arbeit“ und „kognitiver Kapitalismus“ mit dem Verständnis verwendet werden sollten, dass sie nur einen, wenn auch einen maßgeblichen Teil der kapitalistischen Entwicklung darstellen und dass es verschiedene Formen von Wissen und kognitiver Arbeit

gibt, die nicht unter einem Etikett nivelliert werden können. Solange das nicht der Fall ist, geht der eigentliche Nutzen solcher Konzepte für die Diagnose dessen verloren, was neu an der kapitalistischen Akkumulation und den Kämpfen dagegen ist. Was ebenso untergeht, ist die Tatsache, dass – weit entfernt von einer Vergemeinschaftung von Arbeit – jede neue Wendung in der Entwicklung des Kapitalismus dazu tendiert, die Spaltungen innerhalb des Weltproletariats zu vertiefen und dass, solange diese Spaltungen existieren, sie dazu benützt werden können, das Kapital auf einer anderen Basis zu reorganisieren und den Boden, auf dem Bewegungen gewachsen sind, zu zerstören.

Der Text wurde im Rahmen der ersten Diskussionsrunde der edu-factory-mailinglist im Mai 2007 zum ersten Mal auf Englisch veröffentlicht; auf Deutsch erstmals im Webjournal Knowledge Production and its Discontents, transversal 08/2009, vgl.: <http://eipcp.net/transversal/0809/caffentziszfederici/de>. Die erstmalige deutsche Veröffentlichung Eine gekürzte Version wurde in der Zeitschrift Kulturrisse, 02/2009, abgedruckt.

Welches Wissen? Welche Gesellschaft?

André Gorz

Drei Thesen zur Einleitung

Erstens: Wissen spielt im gesellschaftlichen Produktionsprozess bereits die bei weitem wichtigste Rolle. Es ist die entscheidende Produktivkraft. Es ist dazu bestimmt, sowohl einfache manuelle Arbeit als auch Finanz- und Sachkapital zu subalternen Produktivkräften herabzusetzen. Die gegenwärtige Entwicklung weist auf eine zukünftig mögliche Wissensgesellschaft hin, ist aber noch weit davon entfernt, deren Möglichkeit zu verwirklichen. Was bereits heute viele für eine Wissensgesellschaft halten, welche die Gesetze der kapitalistischen Ökonomie außer Kraft setzt, ist bloß die provisorische Form eines Kapitalismus, der Wissen als Eigentum privater Firmen behandelt und wie Sachkapital verwertet.

Zweitens: Zum Übergang in eine Wissensgesellschaft wird es erst kommen können, wenn die Gesellschaft Wissen nicht als Fachwissen behandelt, sondern als Komponente einer Kultur, in der die Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten und Beziehungen das entscheidende Ziel ist. Es liegt im Wesen von Wissen, ein gesellschaftliches Gemeingut zu sein und im Wesen einer Wissensgesellschaft, sich als Kulturgesellschaft zu verstehen.

Drittens: Wissen gehört zur Kultur, ist in sie eingebettet, wirkt auf sie zurück und umgekehrt. Beide entwickeln sich im universellen Austausch und Verkehr. Eine Wissens- oder Kulturgesellschaft erfordert, dass allen der bedingungslose Zugang zum gesamten Wissen sowie die Teilhabe an den wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften gesichert ist. „Wissen ist nicht dazu geeignet, als exklusives Eigentum behandelt zu werden“ („is not susceptible to exclusive property“), sagte schon Thomas Jefferson. Der Sinn für und die Pflege von Gemeingut müssen folglich in einer Wissensgesellschaft gegenüber Privateigentum und Warenbeziehungen überwiegen. Ebenso wenig wie Wissen ist die Natur dazu geeignet, zum Zweck ihrer Vergeldlichung privatisiert, instrumentalisiert und vergewaltigt zu werden. Wissen darf nicht auf kognitiv-instrumentelle technowissenschaftliche Kenntnisse reduziert werden.

1. Wissenskaptalismus heute

Wir befinden uns gegenwärtig in einer Übergangsphase, in der mehrere Produktionsweisen koexistieren. Der auf die Verwertung von Sachkapital ausgerichtete Kapitalismus wird mit der schnellen Entwicklung der elektronischen Netzwerktechnologien von einem auf die Verwertung von „Wissenskapital“ ausgerichteten Kapitalismus überholt.

Dieser ist bemüht, sich alle Formen von Wissen – Kenntnisse, Fähigkeiten, Verfahren, aber auch Geschmack, Künste, Sinngabungsvermögen, Erfahrungen – einzuverleiben und als warenförmige Angebote zu vermarkten. Jeremy Rifkin hat diesen Wandel des Kapitalismus in einem Buch dokumentiert, dessen viel sagender amerikanischer Untertitel nicht übernommen wurde: *The Age of Access. The New Culture of Hypercapitalism where All Life is a Paid-for-Experience*¹.

Die Verwandlung von Wissen in Kapital und seine Verwertung bleiben jedoch ein widersprüchlicher Prozess. Der Wert der diversen Formen von Wissen ist mit den üblichen Maßstäben nicht messbar. Die Entstehungskosten allen Wissens werden ja zum größten Teil von der Gesamtgesellschaft getragen: von den Eltern und Erziehern, vom öffentlichen Unterrichts- und (Aus)Bildungssystem, von den staatlichen Forschungszentren und Hochschulen. Aus diesen gesellschaftlichen Vorleistungen wird Privatunternehmen gratis soziales Kapital zur Verfügung gestellt. Sie schöpfen allein das firmenspezifische Wissen, mit dem sie das unmessbare soziale und kulturelle Wissenskapital ergänzen. Die Bewertung des firmeneigenen Wissenskapitals hat immer etwas Willkürliches. Die für seine Schöpfung aufgewendete Arbeitsmenge mag sehr groß sein (z.B. in der pharmazeutischen Industrie), aber auch verschwindend klein, wenn es z.B. aus einer Idee, einer uralten Formel oder dem künstlerischen Talent eines Einzigen besteht.

Aus Rifkins Angaben geht hervor, dass Wissen hohe Gewinne nur einbringt, insofern es ein firmeneigenes Wissensmonopol bleibt: ein Privatpatent, aus dem die

Firma eine Rente bezieht. So werden z.B. die Aktien von Nike, McDonald's oder Coca Cola von der Börse hoch bewertet, obwohl diese Firmen überhaupt kein Sachkapital (Maschinen, Anlagen) besitzen und nichts Greifbares erzeugen: Sie verpachten ihre Ideen, Konzepte und Verfahren zusammen mit ihrem Markennamen und erheben eine Gebühr auf die von Unterpächtern hergestellten und vertriebenen Erzeugnisse oder Dienstleistungen. Wissen wird selbst von den größten Firmen immer weitgehender von Sachkapital entkoppelt, als Dienstleistung verpachtet oder vermarktet und als Quelle bedeutender Renten von der Börse notiert. Es ist folglich nicht – wie man es aufgrund Rifkins Ausführungen glauben könnte – Privateigentum an sich, das verschwindet; allein Eigentum an Sachwerten, Sachkapital wird von den Firmen ausgelagert und zwar zugunsten des Privateigentums an Wissen, welches als warenförmige Dienstleistung objektiviert und verwertet wird.

Der an sich unmessbare Wert von Wissen wird hauptsächlich an der Höhe der Rente, welche sein Alleinbesitz einbringt oder voraussichtlich einbringen wird, bemessen. Aus einer von Rifkin zitierten schwedischen Studie geht hervor, dass der Anteil des „intellektuellen Kapitals“ der meisten Unternehmen einen 5 bis 6mal höheren Börsenwert erreicht als das Sach- und Finanzkapital. Das vom Sachkapital abgekoppelte Wissenskapital eignet sich durch seine Substanzlosigkeit ganz besonders dazu, als „von jeglichem Körper befreite Geldseele des Kapitals“ (Robert Kurz) zu gelten, als Versprechung grenzenloser zukünftiger Märkte für zukünftige Waren von nicht messbarem Wert und folglich auch als Versprechung grenzenloser Kursgewinne. Gigantische Finanzblasen können sich auf dieser Grundlage schnell aufblähen und ebenso schnell zerbersten.

Da Wissensmonopole normalerweise kurzlebig sind, sind Firmen immer bestrebt, ihr Monopol durch den symbolischen Wert ihres Markennamens gegen die Konkurrenz jüngerer Unternehmen zu schützen. Zu diesem Zweck dienen ihre hohen Ausgaben für Marketing und Werbung: über 30% des Umsatzes bei Microsoft, mehr noch in der Modeindustrie. Marketing und Werbung entwickeln sich besonders schnell zu führenden und blühenden Wissensindustrien, die den übrigen Industrien allein die Fähigkeit verkaufen, den Geschmack, die Wünsche, Begierden, Gefühle, Wertvorstellungen usw. so zu konditionieren, dass dem Angebot der Firmen eine Nachfrage entspricht. Die zentrale Funktion, die Wissen im Produktionsprozess einnimmt, bewirkt an sich noch keinen grund-

legenden Wandel des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Sie bewirkt vielmehr neue Formen seiner Ausdifferenzierung und seiner Krise, welche auf die Notwendigkeit eines grundlegenden Wandels hinweisen. Vorangetrieben wird die gegenwärtige Krise vor allem durch den Rückgang der einfachen, abstrakten Lohnarbeit und die Ausbreitung der komplexen, so genannten „immateriellen“ Arbeit, welche in alle Gebiete der Ökonomie eindringt und sich zu verselbständigen sucht. Unter „immaterieller“ Arbeit versteht man vor allem Leistungen, die nicht mehr nach den üblichen Maßstäben messbar sind. Sie erfordern vom Arbeitenden, dass er sich als selbständig handelndes Subjekt in seine Arbeit einbringt, um sein Wissen, seine Fähigkeiten als unmittelbar wirksame Produktivkraft mit anderen abzustimmen und zu koordinieren.

Dies geschieht vor allem bei miteinander vernetzten Netzwerkunternehmen und bewirkt eine drastische Senkung der Transaktionskosten und der Zirkulationszeit des Kapitals. Die Mitarbeiter solcher Unternehmen verfügen über eine weitgehende Autonomie und verstehen sich als „Mitunternehmer“, nicht als Arbeitnehmer. Eben diese unternehmerische Einstellung verlangt aber auch die verarbeitende Industrie von einem wachsenden Teil ihrer Arbeitnehmer, die sich, gemäß dem „just-in-time“ Prinzip, unter einander sowie mit Zulieferern und Kunden abzustimmen haben. Die immaterielle Arbeit bleibt allerdings in letzterem Fall ein untergeordneter Bestandteil einer weiter stark gezügelten, dem Kommando des Kapitals unterworfenen Arbeitstätigkeit. Persönliche, nach keinem Maßstab messbare Fähigkeiten der Arbeitnehmer werden von den Betrieben sozusagen eingefangen, genutzt und derart eingesetzt, dass sie sich nicht selbstständig als solche ausdrücken können.

Die Verbreitung der immateriellen Arbeit enthält folglich ein beträchtliches Emanzipations- aber auch Kontrollpotential, kann aber gegenwärtig (ich komme darauf in Kapitel 10 zurück) nur von einer Minderheit wahrgenommen und in Erscheinung gebracht werden. Um die für den Übergang in eine Wissensgesellschaft nötigen Voraussetzungen zu verstehen, wird es zunächst nützlich sein, die Notizen der Grundrisse (GR) zu erörtern, in denen Marx glaubte, die zukünftige Entwicklung einer Wissens- und Kulturgesellschaft in Aussicht stellen zu können.

2. Der lange Weg zur Wissensgesellschaft: Marx

Man findet bereits bei Marx die Einsicht, dass Wissen nicht nur eine unmittelbare Produktivkraft ist, son-

dern auch bestimmt ist, „die größte Produktivkraft“ zu werden. Arbeit in ihrer unmittelbaren Form, Arbeit, die in Arbeitszeit gemessen und als solche entlohnt wird, „muss aufhören, die große Quelle des Reichtums zu sein“, schreibt Marx. Und Arbeitszeit wird aufhören müssen, als Maß des geschöpften Reichtums zu dienen (GR, S. 593). Die Schöpfung von Reichtum wird „immer weniger von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit“ abhängen und immer mehr abhängen „vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie“ (GR, S. 592). „Die unmittelbare Arbeit und ihre Quantität (werden) als das bestimmende Prinzip der Produktion verschwinden“ und sie werden „herabgesetzt als ein zwar unentbehrliches aber subalternes Moment (gegenüber der) allgemeinen wissenschaftlichen Arbeit“ (GR, S. 587). Der „Produktionsprozess“ wird nicht mehr als „Arbeitsprozess“ zu begreifen sein.

All das bestätigt sich heute. Was Marx „Wissen“ nennt, ist aber weit mehr als die beruflichen Fachkenntnisse, die die Einzelnen erworben haben. „Wissen“ bezeichnet bei Marx „das allgemeine gesellschaftliche Wissen, Knowledge“ (GR, S. 594), in anderen Worten das, was wir als das allgemeine Bildungsniveau ansehen. Marx ging davon aus, dass die Anhebung des so genannten Lebensstandards die Entwicklung von Bedürfnissen, Genüssen und Konsumgütern, die nicht lebensnotwendig sind, ermöglichen wird sowie die „Entwicklung der reichen Individualität“, einer Individualität, „die ebenso allseitig in ihrer Produktion als (in ihrer) Konsumtion ist und deren Arbeit daher auch nicht mehr als Arbeit, sondern als volle Entwicklung der (freien persönlichen) Tätigkeit erscheint“ (GR, S. 231), einer Tätigkeit, die sich als Selbstzweck gilt.

Wie sehr „Wissen“ bei Marx mit dem Bildungsniveau und der „allseitigen, freien Entwicklung der Individualitäten“ (GR, S. 593) verbunden ist, zeigt sich auch in folgenden Bemerkungen: „Die wirkliche Ökonomie – Ersparung – ist die Ersparung von Arbeitszeit“. Diese Ersparung ist „gleich“ mit „Vermehren der freien Zeit, d.h. Zeit für die volle Entwicklung des Individuums, die selbst wieder zurückwirkt auf die Produktivkraft der Arbeit. Sie kann vom Standpunkt des unmittelbaren Produktionsprozesses aus betrachtet werden als Produktion von capital fixe, dies capital fixe being man himself“ (GR, S. 599). „Dass übrigens die unmittelbare Arbeitszeit selbst nicht in dem abstrakten Gegensatz zu der freien Zeit bleiben kann, versteht sich von selbst. Die freie Zeit – die sowohl Mußzeit als Zeit für höhere Tätigkeit ist – hat ihren Besitzer in ein anderes Subjekt verwandelt“, nämlich in ein

„künstlerisch, wissenschaftlich etc.“ ausgebildetes (GR, S. 593).

Dieser Verwandlung hat aber der Freizeitkapitalismus sehr effektiv entgegengewirkt.

3. Statt allseitiger Entwicklung Freizeitkapitalismus

Was wir heute als „Wissenskapital“ und „Humankapital“ bezeichnen, kann man, wie man sieht, bereits bei Marx vorfinden. Er versteht die „Entwicklung der Individualitäten“, die durch Arbeitszeitverkürzung zu ermöglichende „allseitige Entfaltung“ der menschlichen Fähigkeiten, als eine Investition in die Produktion von Menschen selbst, welche „vom Standpunkt des unmittelbaren Produktionsprozesses aus“ mit der Produktion von fixem Humankapital gleichgesetzt werden kann.

Marx' Begriff von Human- oder Wissenskapital ist aber vom heute geläufigen Begriff unterschieden. Unternehmer, Manager, Wirtschaftswissenschaftler verstehen unter Wissens- oder Humankapital die Fachkenntnisse und die persönlichen Veranlagungen, die für die Produktivität und die Konkurrenzfähigkeit einzelner Betriebe unmittelbar förderlich sind. Das betriebswirtschaftlich wertvolle Humankapital besteht weniger aus erlernbaren Kenntnissen als aus Einstellungen wie Arbeitseifer und Hochleistungswillen, Bereitschaft, ununterbrochen und lebenslang dazuzulernen und umzulernen und auch die Nicht-Arbeitszeit im Interesse des Unternehmens und der Karriere zu verwenden. Die unmittelbare Arbeit bestimmt heute die Nicht-Arbeitszeit inhaltlich als indirekte Arbeit, kolonialisiert und instrumentalisiert sie. Sie sollte – wie es in einem Dokument des französischen Commissariat du Plan heißt – Tätigkeiten gewidmet sein, die im Interesse der Arbeitgeber liegen. Die Furcht, dass das „Vermehren der freien Zeit“ die Herrschaft des Kapitals untergraben und den Arbeitseifer und Arbeitsethos vermindern würde, ist so alt wie der Industriekapitalismus selbst. Um die Arbeitenden dem Kommando des Kapitals gefügig zu machen, gilt es seit jeher zu verhindern, dass die freie Zeit der „freien allseitigen Entwicklung der Individualitäten“ und den Tätigkeiten dient, die nicht mehr als „Arbeit“, sondern als Selbstzweck gelten und die Arbeitenden in „ein anderes, künstlerisch, wissenschaftlich etc. ausgebildetes Subjekt verwandeln“.

Gerade weil die Nicht-Arbeitszeit einen wachsenden, bereits überwiegenden Teil der Lebenszeit ausmacht, ist es für die Aufrechterhaltung der Macht des Kapi-

tals über die Arbeitskräfte unerlässlich, den Inhalt der „freien Zeit“ zu bestimmen. Die Menschen dürfen sich in ihrer freigesetzten Zeit nicht dem Verwertungszwang, der Diktatur des Zeitmessers und der ökonomischen Berechnung entziehen, sie sollen nicht in der Lage sein, Formen alternativer Gesellschaftlichkeit jenseits der Geld- und Warenbeziehungen zu entwickeln. Es gilt folglich, so genannte Freizeitaktivitäten in „Fortsetzungen der Arbeit mit anderen Mitteln“ (Ernst Jünger) zu verwandeln. Dies geschieht unter anderem im Sport, von dem Jünger (1954) schreibt: Er „trägt ebenfalls Arbeitscharakter und zwar dadurch, dass er die freie Bewegung des Spieles dem Bann der Uhren und Rekorde unterwirft. Er bringt daher auch keine Erholung, sondern setzt die Arbeit fort. Das tritt auch dadurch zu Tage, dass sich einerseits Messverfahren, andererseits Geldgeschäfte an ihn anschließen“.²

Das gleiche gilt für warenförmige Freizeitbeschäftigungen. Sie stehen unter permanentem Zeit- und Verwertungsdruck, insofern für sie gilt, vom Geld, das man der Freizeitindustrie für sie zahlt, so gut und schnell wie möglich zu profitieren. „Amusement ist die Verlängerung der Arbeit unterm Spätkapitalismus... Vergnügen heißt allemal: nicht daran denken müssen, das Leiden vergessen, auch wo es gezeigt wird... Es ist in der Tat Flucht, aber nicht, wie es behauptet, Flucht vor der schlechten Realität, sondern vor dem letzten Gedanken an Widerstand, den jene noch übriggelassen hat“ (Adorno/Horkheimer, 1944). Freizeit- und Unterhaltungsindustrie, Werbung und Marketing haben nicht eine bloß kommerzielle Funktion. Sie bestimmen Meinungen, Haltungen, Wertvorstellungen, Selbstbilder, Geschmack, Lust, Lebens- und Gefühlswelten, haben ihren direkten Zweck weniger darin, schreibt Robert Kurz, „zum Kauf bestimmter Waren anzureizen, sondern als allgemeine Formierung eines Bewusstseins (zu wirken), das die Form den „Sinn“, die spezifische Ästhetik von „Reklame überhaupt“ in sich aufgenommen hat und mit diesen Augen die Welt sieht“... „Emotionskontrolle“, „Traumkontrolle“, „Bewusstseinskonditionierungen“: „Die Formatierung nicht nur der äußeren Wünsche und Begierden, sondern auch der Gefühle, der Griff nach dem Unbewussten enthüllt am deutlichsten den totalitären Charakter des Kapitalismus – und macht diesen Totalitarismus zugleich unsichtbar, soweit der Zugriff gelingt“ (Robert Kurz, 1999, S. 571).

Die Kolonialisierung und Instrumentalisierung von „freier Zeit“ wirkt einer Entwicklung entgegen, die die diversen Dimensionen von „Wissen“ in eine umfas-

sende Kultur einbetten und zur allseitigen Entfaltung der Individuen beitragen könnte. Der „totalitäre Freizeitkapitalismus“, wie ihn Kurz nennt, verbindet nicht technisch-wissenschaftliche mit „künstlerischer etc.“ Bildung. Ganz im Gegenteil: Er bringt Individualitäten hervor, deren technisch-wissenschaftliche Bildung die Unbildung auf allen anderen Gebieten mit sich zieht. Er bewirkt den Verfall von Formen der Alltagskultur in denen „Wissen“ als Gemeingut gesellschaftliche Beziehungen jenseits von Kauf- und Verkaufsbeziehungen beleben könnte. Kurz, er verhindert das Entstehen einer Wissensgesellschaft.

4. Herrschaft über Wissen, Wissensmonopole

Marx dachte, dass „Wissen“ und Wissenschaft sich als gesellschaftliches Gemeingut „in den Köpfen der Individuen akkumulieren“ würden; und dass seine tägliche Anwendung im Produktionsprozess ein allgemeines Wissensniveau mit sich ziehen müsste, welches es dem Kapital verbieten würde, „Wissen“ in seinen Privatbesitz zu überführen. Da „Wissen“ tendenziell die wichtigste Produktivkraft ist, würde das Kapital die Kontrolle und das Kommando über die Produktion und ihre Weiterentwicklung verlieren. Dem Kapital würde eine immer mächtigere, selbstbewusste, (aus-)gebildete Arbeiterklasse gegenüberstehen, welche sich des gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozesses zu bemächtigen wüsste.

Obwohl Marx diese Prognose nie ausdrücklich gemacht hat, bildet sie den Hintergrund, von dem aus einige seiner übrigen Aussagen verständlich werden. Zum Beispiel dass mit dem steigenden (Aus)Bildungsniveau die Arbeitenden die Vermehrung ihrer „freien Zeit“ spontan für „Muße“, „höhere Tätigkeiten“, Besinnung etc. verwenden würden. Dass sich aus der „allseitigen Entwicklung“ der Individualitäten ihre Befreiung in und von der Arbeit ergeben würde. Dass die Fähigkeiten und Kompetenzen der Arbeitenden die vom unmittelbaren Produktionsprozess erforderten Fertigkeiten bei weitem übersteigen würden, was zur Folge hätte, dass die Individuen gegenüber ihrer „auf ein Minimum reduzierten“ Arbeit auf Distanz gehen und ihre Auffassung von „Reichtum“ sich grundlegend ändern würde.³

Die Produktion würde aufhören, der Hauptzweck der menschlichen Tätigkeiten zu sein, der Verwertungsprozess würde die sozialen Verhältnisse nicht mehr beherrschen. Der auf „Wissen“ gegründete Produktionsprozess würde die Arbeits- und Produktionsgesellschaft am Ende zugunsten einer nicht-pro-

duktivistischen Kulturgesellschaft aufheben.

Für uns sind mittlerweile die Entwicklungs- und Aneignungsmöglichkeiten von „Wissen“ viel komplexere politische Fragen geworden als sie es für Marx waren. Für uns ist die Annahme geradezu naiv, dass das Kapital die Entwicklung von „Wissen“ als wichtigste Produktivkraft zulassen könnte, ohne selbst für die Aneignung von und die Herrschaft über „Wissen“ zu sorgen. Das Wesen von Wissen, seine Inhalte, seine Verbreitung, seine Beziehung zur unmittelbaren Arbeit sind zentrale Konfliktstoffe geworden, in denen die Orientierung der gesellschaftlichen Entwicklung auf dem Spiel steht.

Von Anfang an war der Kapitalismus für seine Entwicklung darauf angewiesen, Arbeit und Arbeitskraft seiner Herrschaft zu unterwerfen. Um den Arbeitern das Lohnverhältnis aufzuzwingen, musste das Kapital sie nicht nur ihrer Arbeitsmittel enteignen. Es musste ihnen ebenfalls das Gefühl von Selbstständigkeit, Stolz und Würde nehmen, das sie als „freie Arbeiter“ – d.i. als Handwerker – durch die Ausübung ihrer Kenntnisse und Fertigkeiten erworben hatten. Für die Entwicklung der Manufakturen und anschließend der Fabriken war es unerlässlich, die manuelle Erzeugung selbst einfacher Produkte (z.B. Stecknadeln) in eine Reihe von simplen, repetitiven Handgriffen zu zerlegen, die selbst kleine Kinder ausführen konnten. Die Herrschaft des Kapitals über die Arbeiter erforderte, dass diese der Mittel und der Produkte ihrer Arbeit enteignet wurden, sowie des Rechts und der Möglichkeit, ihre Arbeitsweise, Arbeitszeit und Geschwindigkeit selbst zu bestimmen.

Die Arbeitsteilung war eine der grundlegenden Voraussetzungen der Industrialisierung. Die immer mächtigere Maschinerie der Industrie war nicht nur eine Akkumulation von „toter Arbeit“ (d.h. von Kapital), sie war auch eine Akkumulation von ungeheuren Mengen von spezialisiertem technisch-wissenschaftlichem Wissen. Dieses in Maschinen gespeicherte und vergegenständlichte Wissen machte aus den Maschinen den eigentlichen Virtuosen, der auf die unwissenden, entmachteten Arbeiter „als fremde Macht einwirkt“ (Marx), als Macht des Kapitals.

Die so genannte Informationsrevolution ermöglicht einen gigantischen Schritt weiter. Die bisher für den Produktionsprozess weiter erforderlichen menschlichen Fertigkeiten und Kenntnisse, ob manueller oder intellektueller Art, können zu einem rapide wachsenden Teil von den Menschen getrennt, in Software ge-

speichert und als Maschinen-Wissen wieder abgerufen werden. Die Verwandlung von lebendigem in totes Wissen, also von Wissen in fixes Privatkapital bereitet einer grenzenlosen Macht und Herrschaft des Kapitals über alles Lebendige den Weg. In seiner verdinglichten toten Form kann Wissen praktisch kostenlos vervielfältigt und als Ware vermarktet werden. Es kann in Millionen von Computern weiterwirken, in computergesteuerten Fertigungssystemen „arbeiten“, berechnen, zeichnen, entwerfen, montieren usw. ohne von einem einzigen Menschen noch „gewusst“ zu sein. Es kann privatisiert, zu exklusivem Firmenbesitz gemacht und der restlichen Menschheit vorenthalten werden. Es kann als Wissensmonopol seinen Eigentümern eine Rente einbringen und ein Machtmonopol sichern. Es kann einer winzigen, mit dem Finanzkapital verschmolzenen Elite von Wissenskapitalisten eine noch nie da gewesene Fülle von Reichtum und Macht einbringen und einen Großteil der „überflüssig“ gewordenen Bevölkerung ausgrenzen. Dies ist eine der sich abzeichnenden Richtungen, in die sich der digitale Kapitalismus entwickelt.

Von hier ab stellen sich mehrere Fragen:

Um zu einer Wissensgesellschaft zu führen, müsste die bisherige Entwicklung nicht soziale Akteure hervorbringen, die sich jeder Form von Privatisierung, Patentierung und Monopolisierung von Wissen widersetzen, um es als universelles Gemeingut allen zugänglich zu machen? Gibt es diese Akteure?

Kann Wissen generell als Fundament einer Gesellschaft dienen und sie zusammenhalten, oder müsste man zwischen verschiedenen Arten von Wissen und von sozialen Wissensverhältnissen unterscheiden, die nicht in gleichem Ausmaß dazu geeignet sind, als Grundlagen einer Wissensgesellschaft zu dienen?

5. Wissen, Wissenschaft, Verwissenschaftlichung

Was meinen wir eigentlich, wenn wir vom „Wissen“ in der „Wissensgesellschaft“ sprechen? Schon bei Marx herrschte große Unklarheit. Er verwendet beliebig Ausdrücke wie „Wissen“, „Intellekt“, „Knowledge“, „die allgemeinen Mächte des menschlichen Kopfes“, „der allgemeine Stand der Wissenschaft“. „Wissen“ bezeichnet bei ihm oft die menschliche Fähigkeit, die Natur zu beherrschen und als Produktivkraft einzuspannen.

Die szientistische Tradition, die oft bis heute noch den Marxismus und den Sozialismus prägt, lässt außer

Acht, dass Wissenschaft, wie man sie in der industrialisierten Welt versteht, einen bestimmten sozialen und kulturellen Hintergrund voraussetzt. Wissenschaft verbürgt keine intuitiven Gewissheiten. Sie entwickelt sich vielmehr auf dem Boden vorwissenschaftlicher, sinnlich-praktischer Erkenntnisse und Erfahrungen. Sie wirkt auf diese – auf die „anschauliche Welt“ oder „Lebenswelt“, wie sie Husserl nannte – zurück und bezieht aus letzterer und auf letztere den Zweck und Sinn, dem sie dient.⁴

Die vom gesellschaftlichen und kulturellen Standpunkt aus entscheidende Frage betrifft gerade diese Wirkung und Rückwirkung der Wissenschaft auf die Lebenswelt und umgekehrt: Erweitert Wissenschaft die Lebenswelt oder engt sie sie ein? Ist Wissenschaft ein Nährboden der Lebenswelt und umgekehrt, oder verdorrt die Letztere infolge des Überwiegens der Ersteren?

Husserl sah den Grund der „Krisis der europäischen Wissenschaften“ und der heraufziehenden Barbarei darin, dass die Wissenschaften unfähig geworden waren, „über sich selbst Rechnung abzugeben“. Diese Unfähigkeit ist eine Folge der Mathematisierung. Denn es liegt im Wesen der Mathematik – und natürlich auch im Wesen der die Ökonomie beherrschenden rechnerischen Kalküls –, dass sie alle „Denkweisen und Evidenzen“ ausschaltet, die der „rechnerischen Technik als solcher“ nicht unentbehrlich sind. Es gilt ihr nur noch, „durch eine rechnerische Technik nach technischen Regeln Ergebnisse zu gewinnen“. Man operiert nach Spielregeln, „im Wesentlichen nicht anders als im Karten- oder Schachspiel“.⁵

Die Denkarbeit technisiert, formalisiert und mechanisiert sich, klammert Sinnfragen und den Bezug auf die sinnlich erfahrbare Wirklichkeit aus, nimmt „das Ideenkleid ‚Mathematik‘ und ‚mathematische Naturwissenschaft‘“, das die Lebenswelt „vertritt und verkleidet“⁶, für „wahres Sein“ und „entwertet die gesamten Wahrheiten des vor- und außerwissenschaftlichen Lebens, welche sein tatsächliches Sein betreffen“.⁷

Eine auf die Ausschaltung der sinnlich erlebten Wirklichkeit und des sinnlichen Wahrnehmungsvermögens gegründete Wissenschaft erzeugt letzten Endes, wenn sich selbst überlassen, eine nur noch dem Intellekt zugängliche Technowelt.

Mathematisierende Wissenschaften sind deshalb jedoch nicht an sich verwerflich. Sie können Erkennt-

nisse und Verständnisse liefern, die in die Lebenswelt eingehen und sie erweitern. Sie werden aber die Lebenswelt einengen, disqualifizieren, ihr Sinngebungsvermögen untergraben, wenn sie ihre rechnerische Technik für den einzig richtigen Zugang zur Wahrheit halten, statt sich als Methode zu verstehen, die ihren Sinn und Zweck allein aus der vorwissenschaftlich erlebten Welt beziehen kann.

Der Sinn und erkenntnistheoretische Wert des wissenschaftlichen Wissens hängt folglich von seinem Zusammenhang mit und seiner Einbettung in die außerwissenschaftliche Lebenskultur ab. Wenn es sich gegenüber dieser verselbstständigt, entwickelt es sich auf Kosten der Lebenswerte und des Lebens selbst und „verarmt das Denken so gut wie die Erfahrung“.⁸

Die Verselbstständigung der Wissenschaft gegenüber dem Leben ist in ihrer rechnerischen Methode geradezu angelegt. Rechnen, Mathematisieren ist eine Denkarbeit, die sich weder selbst zu denken und selbst zu verstehen braucht, noch reflexiv selbst verstehen kann. Sie operiert und funktioniert unter Ausschluss der reflexiven Selbstbeziehungsmöglichkeit des Subjekts auf sein Operieren. Sie verlangt von ihm technische Wendigkeit und Geschicklichkeit und zugleich völliges Ausschalten seiner Subjektivität. In der wissenschaftlichen Denktechnik ist Lebensfeindlichkeit bereits angelegt. Dies zeigt sich insbesondere darin, dass die Wissenschaften sich bemühen, Leben – aber auch Bewusstsein – durch etwas, was es nicht ist, zu „erklären“, d.h. auf leblose mechanische, chemische, physikalische usw. Vorgänge zu reduzieren, kurz ihm seine auto-poietische Eigenständigkeit und das Vermögen, sich selbst zu verstehen, abzusprechen. In gleicher Weise ist die verwissenschaftlichte Welt eine leblose, gefühllose, unnatürliche. Die moderne Wissenschaft hat von Anfang an von der Gesellschaft den Auftrag erhalten, die Gesetze der Natur zu erkennen und zum Zweck ihrer Beherrschung zu nützen. Die vollständige Kenntnis dieser Gesetze sollte Ungewissheiten und Unberechenbarkeit beseitigen, die Zukunft voraussehbar machen, die Welt ebenso „in Ordnung bringen“ wie die Gesellschaft selbst. Bis heute drückt sich im Verwissenschaftlichungsdrang ein manischer Macht- und Ordnungswahn aus. Kybernetik, Informatik, Biotechnologien sollen die Störanfälligkeit menschlicher Wesen beheben, menschliche Intelligenz mit maschineller substituieren, natürliches biologisches Leben mit vorprogrammiertem Biomaterial, natürliches Erbgut mit künstlich vorbestimmtem, das sich nicht vererben lässt.

6. Von der Beherrschung zur Abschaffung der Natur

Der Wille, die Natur zu beherrschen, kippt um in den Willen, die Natur abzuschaffen, die „äußere“ ebenso wie die „innere“ menschliche, zu Gunsten einer durchrationalisierten, vorprogrammierten, sich selbst regulierenden Weltmaschine, die von Menschmaschinen und Maschinenmenschen vor natürlichen Abweichungen und subjektiven menschlichen Wertungen und Verhaltensweisen geschützt ist.⁹

Der Traum von der total verwissenschaftlichten Gesellschaft verweist auf nichts anderes als den totalitären „Plan-Staat“ (wie ihn Antonio Negri nannte), in dem die mit der staatlichen Verwaltung verschmolzene Staatspartei die Ziele des wissenschaftlichen Staatsplans an die von ihr dominierte Massenorganisation weiterleitet. Als Inhaber der wissenschaftlichen Wahrheit und Vernunft kann die Staatspartei keinerlei Zweifel an der Richtigkeit ihrer Ziele zulassen. Wo Macht sich auf Wissenschaft und auf wissenschaftlich erkannte Notwendigkeiten beruft, ist für politische Willensbildung überhaupt kein Platz.

Die Frage, ob die bis zur Abschaffung der Natur getriebene Naturbeherrschung sich nicht zu einer Abschaffung der Menschheit selbst verkehrt, wurde von den Pionieren der künstlichen Intelligenz, der Robotik und der Nanotechnologien selbst aufgeworfen und in einem Aufsehen erregenden Artikel eines mit ihnen befreundeten Insiders, Bill Joy, erörtert.¹⁰ Gelingt es der Technowissenschaft, neue Formen des Lebens zu schöpfen und sich selbstreproduzierende und selbstreparierende „unsterbliche“ Roboter in die Welt zu setzen, deren Intelligenz und Interaktionsvermögen dem menschlichen weit überlegen sein könnte, dann verkehrt sich der Erfolg der Technowissenschaft sogleich in sein Gegenteil: Die von Menschen geschöpften Formen von intelligentem Leben entziehen sich der Macht ihrer Schöpfer und sind ebenso frei – d.h. fähig, sich selbst zu bestimmen, zu optimieren, eigene Ziele zu verfolgen, nach Allmächtigkeit zu streben – wie die Menschen selbst. Sie treten mit diesen in Konkurrenz oder Konflikt und können nur beherrscht werden, wenn die fortan „antiquierten“ Menschen ihre Fähigkeiten steigern, indem sie sich in Cyborgs verwandeln und – so Bill Joy – „in jeglicher Beziehung aufhören zu sein, was wir unter ‚menschlich‘ verstehen“. Der gesellschaftliche Kontext einer derartigen Verwandlung ist in Science-Fiction-Werken eingehend behandelt. Die Macht der Menschen über die Natur bestätigt sich

als Macht ihrer Machtmittel über die Menschen selbst.

Ob oder wann es so weit kommen wird, ist eine offene Frage. Noch ist die Technowissenschaft nicht an der Macht, sondern bloß ein Mittel zur Macht. Noch steht der Allmachtswahn im Dienst trivialer Kalküle und Interessen. Die Richtungen, in die die Verwissenschaftlichung sich entwickelt, sind nicht rein wissenschaftlich bestimmt. Sie sind direkt oder indirekt bestimmt von den Finanzmächten, die in einem weiten Bereich möglicher Forschungen und Anwendungen diejenigen auswählen, die die herrschenden sozialen Verhältnisse stärken und den größten Profit versprechen. Hinter dem Willen, die Natur abzuschaffen, steht der Wille zur Substituierung der Naturschätze, die allen zugänglich sind, durch patentierte künstliche Äquivalente. Was die Natur kostenlos zur Verfügung stellt, soll industriell hergestellt und zahlungspflichtig werden.

So vollzieht sich die Verwandlung von Naturschätzen in Privatkapital. Konzerne dekodieren das Genom von Pflanzen, um natürliches sowie naturbezogenes menschliches Wissen in wissenschaftliches zu verwandeln und dessen Alleinbesitzer und -verkäufer zu werden. Steriles patentiertes Saatgut ersetzt das natürliche, die Synthese pflanzlicher Wirkstoffe die natürlichen usw.¹¹

Verwissenschaftlichung ist die Voraussetzung der kapitalistischen Aneignung und Verwertung von natürlichem Gemeingut. Verberuflichung ist die Voraussetzung der Verwertung von allgemeinem informellem Wissen. Die Voraussetzung für den Aufbau einer Wissensgesellschaft hingegen ist, dass ein nicht-instrumentelles Verhältnis zur Natur der tendenziellen Verselbständigung der Technowissenschaft entgegenwirkt. „Wissen“ darf nicht mit Sach- und Fachkenntnissen verwechselt werden. Verständnis für und ästhetische Wertung der Artenvielfalt des natürlichen Lebens gehören zum „Wissen“ und müssen den technowissenschaftlichen Machtwillen überwiegen.

In den Naturwissenschaften ist eine Wende in diese Richtung seit einiger Zeit im Gange. Sie wurde ursprünglich eingeleitet von den im Biological Computer Laboratory arbeitenden Gründern der Systemtheorie und war für die Entwicklung der Ökologie entscheidend. Sie löst allmählich das Paradigma der analytischen „Erklärungen“ durch das Paradigma des holistischen „Verständnisses“ ab, begreift die Wirklichkeit als Komplexität, die nicht auf eine Verkettung

von „Ursachen“ reduzierbar ist. Zwischen den auf die Beherrschung der Natur ausgerichteten Technowissenschaften und den lebensfreundlichen „verstehenden“ Wissenschaften, zwischen der „Allotechnik“ und der „Startotechnik“, wie Sloterdijk sie nennt, ist ein Konflikt angesagt, der letzten Endes auf der politischen Ebene ausgetragen werden muss.

7. Konfliktstoff Erziehung, Schule, Bildung

„Wissen“ bedeutet stets zweierlei:

Erstens: Kenntnisse, die der Wissende vorsätzlich und methodisch erlernt hat. Es handelt sich hier um formelles, soziales Wissen, das die Individuen nicht aus eigenen Erfahrungen und Interaktionen erwerben konnten. Es ist Teil der akkumulierten Kenntnisse und Deutungsmuster, die im Laufe der Geschichte in die Kultur eines Volkes aufgenommen wurden. Der Lernprozess und die Inhalte des formellen sozialen Wissens sind vom öffentlichen Unterrichtswesen und den öffentlichen kulturellen Medien bestimmt.

Zweitens: Vorverständnisse und Fähigkeiten, die wir spontan durch Erfahrungen und den Verkehr mit anderen erworben haben, ohne sie je thematisiert und vorsätzlich gelernt zu haben. Sprechen, die Umwelt und ihre Gegenstände deuten und handhaben, die Metasprache der Gesichtsausdrücke und Gesten verstehen usw., all das haben wir nicht absichtlich erlernt. Wir sind in eine soziale Lebensumwelt hineingewachsen und haben ihre Sprache sowie die Handhabung ihrer täglichen Gebrauchsgegenstände durch eben deren Handhabung gelernt. Informelles Wissen besteht zu einem großen Teil aus Gewohnheiten und Fertigkeiten, durch welche wir die soziale Umwelt als eine Verlängerung unseres Körpers, unserer selbst wahrnehmen. Dieses präkognitive informelle Wissen ist der Stoff unseres Bewusstseins, die soziale Basis, auf der die sinnliche, psychische und intellektuelle Entfaltung der Person sich vollzieht. Es kann diese Entfaltung begünstigen oder hemmen. Von ihr hängen weitgehend sowohl die Sozialisierbarkeit wie die Autonomiefähigkeit des Individuums ab.

Informelles soziales Wissen und Können kann nicht durch Unterricht gelehrt und erlernt werden. Es ist Sache der Erziehung. Je grundlegender Erziehung sich in der Kindheit von Dressur und Unterricht unterscheidet, umso effektiver wird informelles Wissen der Person zueigen: durch eigene Erfahrungen, eigene Experimente spielend erworben und als eigenes Verhältnis zur Umwelt gelebt, nicht als formell gelerntes (fremdes) Wissen gekannt. Soll eine Wissensgesell-

schaft sich gegen die Tendenz zur Verwissenschaftlichung und Formalisierung der sozialen Verhältnisse schützen können, muss sie die Qualität der Erziehung als eine der wichtigsten, „unbezahlbaren“ gesellschaftlichen Aufgaben betrachten. Unbezahlbar, da Erziehungsarbeit keine messbare Leistung sein kann, für die es eine angemessene Bezahlung geben könnte. Erziehungsarbeit gelingt nur, wenn sie um ihrer selbst willen unternommen wird. Dafür hat die Gesellschaft die nötigen – auch finanziellen¹² – Rahmenbedingungen zu schaffen.

Das Verhältnis von Erziehungs- und Unterrichtspolitik, die Methoden und die Ziele, die ihr gesetzt sind, sind ein brisanter sozialpolitischer Konfliktstoff und eines der wichtigsten Themen der ökosozialen Modernisierung. Was hier auf dem Spiel steht, ist die Muße-, Lern- und Selbsttätigkeitsfähigkeit, die Entfaltung neuartiger sozialer Beziehungen jenseits der Waren- und Geldbeziehungen. Angesichts der fortschreitenden Verkürzung der Lebensarbeitszeit hängt die Lebensqualität immer stärker ab von den um ihrer selbst willen entfalteten Fähigkeiten und Aktivitäten. Aber gerade gegen deren Entwicklungsmöglichkeit wenden sich die Arbeitgeberverbände, die von Erziehung und Unterricht verlangen, dass sie betrieblich verwertbare Fertigkeiten auf Kosten der Mußefähigkeit fördern. „Warum soll die Wirtschaft auf Kosten der Unternehmen das Studium der Soziologie, der Philosophie, der Psychologie oder der Künste finanzieren, wenn sie sofort einstellbare Arbeitskräfte braucht?“ meinte z.B. ein Sprecher der französischen Arbeitgeber, Denis Kessler. Je geringer die Lebensarbeitszeit und der Bedarf nach unmittelbar produktiver Arbeit, umso größer der Druck, den Vertreter des Kapitals ausüben, um längere oder kürzere Arbeitslosigkeit mit der mangelnden „Einstellbarkeit“ (auf englisch: „employability“) und der Faulheit der Arbeitslosen zu erklären und den Zwang zur Arbeit oder zur Arbeitsplatzsuche zu verschärfen.

Die wachsende Misere der Universitäten, der Mangel an Lehr- und Erziehungskräften, die Streichung von Krediten für Stipendien, Bafög, Grundlagenforschung, öffentliche Bibliotheken und Institute gehen in die gleiche Richtung. Sowie die Verberuflichung und Verökonomisierung von Fertigkeiten, die vor Kurzem noch als allgemeines „vernakuläres“ Alltagswissen galten. Der Verwertungszwang löst Alltagskompetenzen aus ihrem lebensweltlichen Zusammenhang, verwandelt sie in verkäufliches Expertenwissen „Von jetzt an“, schreibt Pierre Lévy, der diese Entwicklung enthusiastisch begrüßt, „macht jeder Geschäfte... Es gibt

immer weniger abgrenzbare Berufe und Funktionen, alle sind stets damit beschäftigt, mit allem Möglichen Geschäfte zu machen: mit Sex, Heirat, Mutterschaft, Gesundheit, Schönheit, Identität, Kenntnissen, Beziehungen, Ideen... Die Person wird zu einem Betrieb,... verwaltet ihre Laufbahn wie ein Unternehmen“.¹³

Die sozialen und ökonomischen Verhältnisse werden vom Kapital angesichts des Rückgangs des regulären Lohnarbeitsvolumens in einer Weise gestaltet, die den Erwerbsarbeitszwang verschärft. Diese Verschärfung hat ihren – nicht offen ausgesprochenen – Grund in der Befürchtung, dass die sich vollziehende Ausdehnung der Nicht-Arbeitszeit den Arbeitsethos und die Herrschaft des Kapitals untergraben würde, wenn Mußfähigkeit und Tätigkeiten, die um ihrer selbst willen unternommen werden, ermöglicht würden und sich entsprechend entwickelten. Dabei ist sich eine kleine Minderheit fortschrittlicher Unternehmen der Tatsache bewusst, dass zwischen produktivem und um seiner selbst willen erworbenem Wissen kein Gegensatz mehr zu bestehen braucht. Im Gegenteil: Das eine und das andere können sich ergänzen und gegenseitig fördern. Kreativität, Fantasie, Beherrschung mehrerer Sprachen, künstlerische Begabung usw. sind wertvolle Komponenten des Arbeitsvermögens. Mitarbeiter fortschrittlicher Unternehmen haben folglich – wie auch Forscher und Lehrkräfte – ein bedingungsloses Anrecht auf Bildungsurlaub (sabbaticals). Dänischen Arbeitnehmern steht es frei, ein Jahr Urlaub zu nehmen, das ihnen zu 55 % bis 80 % vergütet wird, je nach dem ob sie es für persönliche und familiäre Zwecke oder zur Weiterbildung verwenden.

Die Komplementarität von vielseitiger Bildung und unmittelbar produktivem Wissen ist im sich vollziehenden technologischen Wandel wie vorprogrammiert. Das sich verwandelnde Kapital eröffnet die Aussicht auf eine Wissens- und Kulturgesellschaft, bekämpft aber zugleich deren Entwicklung, um seine Macht zu bewahren. Widersprüchlichkeiten dieser Art sind nichts Neues. Neu allerdings ist diese Aussicht selbst – ist die im Wesen des „Wissens“ enthaltene Möglichkeit grundlegend neuer sozialer Verhältnisse jenseits von Waren- und Lohnbeziehungen.

8. Bildungspolitik in der Wissensgesellschaft

Je selbstverständlicher ein Wissen ist, umso unmöglicher ist es, es zu vermitteln. Es ist weder thematisiert noch versprochen. Es besteht aus Vorverständnissen, die sich auf einen kulturellen Hintergrund beziehen, der Kenntnissen und Erkenntnissen zugrunde liegt.

Selbstverständliches Wissen lässt sich weder erklären noch mitteilen. Ich kann es nur durch ein beziehungsintensives Verhältnis vermitteln, welches es anderen ermöglicht, nachzuvollziehen, was ich meine und tue, weil sie Erfahrungen mit mir teilen.

Angehörigen einer Kultur ist dasselbe Vorverständnis gemeinsam. Es kann nie vollständig in andere Kulturen übertragen werden.¹⁴ Universell verständlich und mitteilbar wird Wissen nur durch Formulierungen in einer Sprache, die von verschiedenen Kulturen zum Zweck ihrer Verständigung und ihres Austauschs von Wissen gemeinsam erfunden wurde. Diese Sprache ist abstrakter, formeller und ärmer als die Sprachen der Kulturen, die sich in ihr verständigen. Ihr Gebrauch enthält immer die Gefahr ihrer Abspaltung von den Lebenswelten und der Einebnung der verschiedenen Kulturen durch eine platte, sinnarme, interkulturelle Umgangssprache, die keiner Kultur angehört und keine literarische Sinnschöpfung erlaubt.

Eine Wissensgesellschaft kann nur entstehen, wenn sie die Produktion und den Gebrauch von, sowie den Zugang zum Wissen mit ihren eigenen kulturellen Zielsetzungen in Einklang bringt. Eine Wissensgesellschaft braucht eine Bildungs- und Kulturpolitik, die der Verwissenschaftlichung der sozialen Verhältnisse entgegenwirkt. Gerade weil Wissen – sowohl formelles wie informelles – als entscheidende Produktivkraft gilt, kann eine Gesellschaft ihren Zusammenhalt und ihr kulturelles Selbstverständnis nur bewahren oder weiterentwickeln, wenn sie den geradezu totalitären Zugriff der globalen Kultur- und Freizeitindustrie auf die Subjektivität der Menschen, sowie die Instrumentalisierung des Wissens, der Bildung, der Alltagskultur durch das Kapital verhindert. Dies kann nur gelingen, wenn ein anti-kommerzielles und antikapitalistisches Konzept von Bildung und Lebenskultur der Tendenz zur Vergeldlichung aller Fähigkeiten und Aktivitäten politisch offensiv entgegentritt und von sozialen Bewegungen und Experimenten veranschaulicht wird.

Ziele und Aufgaben einer Bildungspolitik ergeben sich aus dem eben Gesagten. Es gilt, den Erwerb von formellem und informellem Wissen mit Erfahrungen und Erlebnissen zu verbinden, in denen sich der Bezug zur sinnlich erfahrbaren Wirklichkeit, Sensibilität und Sprache, Austausch und Gemeinsinn entwickeln, aber auch das Bewusstsein des Unausgesprochenen und Unvermittelbaren (der ontologischen Einsamkeit) im Hintergrund aller Erfahrungen, welches das Verschmelzen des Einzelnen mit einem Kollektiv verunmöglicht und dem nie befrie-

digten Bedürfnis nach Verbundenheit, Anerkennung und Selbstverwirklichung zugrunde liegt.

Eine Wissens- und Kultargesellschaft kann nur entstehen, wenn die „allseitige und freie Entfaltung der Individualitäten“ im Mittelpunkt des gesamtgesellschaftlichen Konzepts steht (was bereits im Kommunistischen Manifest der Fall war). Ihre wichtigste Voraussetzung ist, dass alle zu allem Wissen, zu allen Selbstentwicklungsmöglichkeiten freien Zugang haben und dass das Streben eines jeden nach voller Entfaltung seiner Fähigkeiten als das gemeinsame Ziel aller wahrgenommen wird. In seinen früheren Büchern hat Pierre Lévy eine derartige Gesellschaft mit einem „improvisierten polyphonischen Chor“ verglichen¹⁵, man könnte auch sagen: mit einem Free Jazz Orchester oder einem Judo Club. Was einen Chor, ein Orchester oder einen Judo Club zusammenhält, ist ja das gemeinsame Streben aller nach der Vortrefflichkeit eines jeden – und umgekehrt. Die Vortrefflichkeit des Ganzen hängt von der Vortrefflichkeit eines jeden ab und vice versa.

„Wettbewerb“ dient nicht dazu, die Schwächeren auszuschneiden, sondern es jedem zu erlauben, sein Können an dem der anderen zu messen und das gemeinsam zu erreichende Niveau womöglich zu erhöhen.

Eine Gesellschaft, in der alle von jedem erwarten, dass er oder sie ihre künstlerischen, sinnlichen, kognitiven usw. Fähigkeiten weiterentwickelt und dafür die Mittel, Gelegenheiten und menschliche Unterstützung bereitstellt, steht in radikalem Gegensatz zu einer von Leistungs- und Verwertungszwang beherrschten Gesellschaft, ist aber dennoch in der gegenwärtigen Entwicklung potenziell angelegt.

9. Selbstentwicklungsarbeit

Die sich entwickelnde Netzwerk- oder „quaternäre“ Ökonomie beruht auf miteinander vernetzten Unternehmen und Territorien. Jedes Unternehmen ist territorial mit komplementären Unternehmen vernetzt und das territoriale Netzwerk mit anderen in transterritoriale oder globale Netzwerke eingebunden. Die Produktivität der Unternehmen hängt weitgehend von den kooperativen und kommunikativen Kompetenzen der Akteure ab, ihrer Fähigkeit, eine Situation zu überblicken, schnell zu urteilen und zu entscheiden, für neue Ideen offen zu sein, neue Kenntnisse zu erwerben. Die Produktion und Produktivität beruhen auf „Leistungen“, die nicht mehr mit dem Maßstab der

Arbeitszeit messbar sind. Sie mobilisieren ein „Wissen“, das sowohl aus Fachkenntnissen als auch aus informellen persönlichen Fähigkeiten besteht. Diese Fähigkeiten lassen sich nicht in Ausbildungskursen erwerben. Man erwirbt sie vielmehr in spielerischen, künstlerischen, sportlichen Aktivitäten vor und außerhalb der Arbeit und entwickelt sie dann innerhalb der Arbeit weiter. Es kommt immer öfter zu einer Synergie zwischen Arbeit und persönlicher Entwicklung. Die Produktivität der unmittelbar produktiven Arbeit hängt von der Entfaltung persönlicher Fähigkeiten ab, d.h. von der „Selbstentwicklungsarbeit“, die eine Person als Selbstzweck übt. Diese Selbstentwicklungsarbeit ist im Leben von vielen – bald von den meisten – zeitaufwändiger und für sie selbst wichtiger als die geleistete unmittelbare Produktionsarbeit. Letztere wird (es gibt diesbezüglich in Frankreich eine Reihe von Umfragen) von der Mehrzahl der gut ausgebildeten Erwerbstätigen als das Mittel angesehen, das außerberufliche Aktivitäten der Selbstentfaltung und Sinnsuche erlauben soll. Die obige Charakterisierung der „Wissensgesellschaft“ entspricht den spontanen Vorstellungen vieler.

Sobald die unmittelbare Arbeit von Fähigkeiten abhängt, deren Entwicklung und Weiterentwicklung mehr Zeit benötigt als die unmittelbare Arbeit selbst, entsteht zwischen der subjektiven Realität der Arbeit und dem kapitalistischen Verwertungszwang eine Spannung, in der der ursprüngliche Gegensatz von lebendiger Arbeit und Kapital sich in neuen Weisen wieder ausdrückt. Die Forderung, ja das Bedürfnis nach einem nicht mehr an der unmittelbaren Arbeitszeit bemessenen Einkommen ist bereits heute sehr plausibel. Der Kapitalismus trägt dieser Tatsache auf seine eigene Weise Rechnung, wenn er die Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmer mindestens zum Teil entlohnt. Aber er trägt der Tatsache nicht Rechnung, dass die im Produktionsprozess verausgabte Arbeitskraft nicht nur reproduziert, sondern auch produziert werden muss und dies nicht nur vom Unterrichts- bzw. Ausbildungssystem, sondern auch durch die informelle Erziehungs- und Selbstentwicklungsarbeit, welche allein den Überschuss an menschlichen Fähigkeiten zu entwickeln vermag, von welchem kritisches Urteilsvermögen, Kreativität, Lernfähigkeit usw. abhängen. Ohne diesen Überschuss würde der funktional für die unmittelbare Produktionsarbeit ausgebildete Mensch sich nicht von Menschmaschinen unterscheiden.

Das bedingungslose Recht auf Bildung, Weiterbildung, Zugang zu allem Wissen kann allein in Verbindung

mit dem bedingungslosen Recht auf ein ausreichendes Grundeinkommen oder „Existenzgeld“ effektiv werden. Ich hebe dessen Bedingungslosigkeit hier aus folgendem Grund hervor: Solange das Recht auf ein Grundeinkommen von der Leistung allgemein als nützlich anerkannter Tätigkeiten abhängt, werden von ihm Pioniere der Forschung, der Innovation, der Künste usw. ausgeschlossen. Denn die Arbeiten von Pionieren, Schöpfern, Künstlern weichen immer ab und müssen immer abweichen von den existierenden allgemein anerkannten Standards. Sie können nicht „an einem vorgegebenen Maßstab“ gemessen werden.

Allein ein bedingungsloses Grundeinkommen kann allen die Selbstentwicklungsarbeit ermöglichen, die sich als Selbstzweck gilt. Ohne bedingungsloses Recht auf Selbstentwicklung kann es keine Wissensgesellschaft geben.

Natürlich kann ein ausreichendes bedingungsloses Grundeinkommen nicht von heute auf morgen eingeführt werden und auch nicht allein zu einer Wissensgesellschaft führen. Letztere erfordert Rahmenbedingungen, eine neuartige Währungspolitik¹⁶, Zwischenschritte, auf die ich hier nicht näher eingehe. Allein das Ziel und die Richtung sind hier wichtig.¹⁷

10. Jenseits von Markt, Geld und Eigentum

Menschliche Selbstentwicklung ist nicht eine Quelle des Reichtums und ein Mittel unter anderen zur Schöpfung von Reichtum. Sie ist die Schöpfung von Reichtum selbst, Reichtum an Fähigkeiten, Genüssen, Kreativität, Lebendigkeit ... Es handelt sich hier um einen Reichtum, der an keinem vorgegebenen Maßstab messbar ist, dessen „Wert“ nicht quantifiziert, vergeldlicht und verrechnet werden kann.

Selbstentwicklungsarbeit ist nicht auf ein Quantum „einfacher“, „abstrakter“ Arbeit reduzierbar, noch vergleichbar und austauschbar mit anderen Arbeiten. Sie gilt sich als Selbstwert und Quelle von Selbstwerten, wirkt aber zugleich als Quelle von Produktivkraft im sozialen Produktionsprozess. Die Unmöglichkeit, sie selbst und ihre Leistung zu messen und gegen den in Geld ausgedrückten Tauschwert von Waren zu verrechnen, destabilisiert das Wertgesetz und eröffnet die Perspektive einer Ökonomie jenseits der auf Warenproduktion und den Austausch von Äquivalenten aufgebauten kapitalistischen Wirtschaft. Sie schärft die Aufmerksamkeit für alle nicht miteinander austauschbaren, nicht messbaren Formen des Reichtums, die ebenfalls nicht gegeneinander verrechnet werden können:

namentlich die Natur, die vom ökonomischen Standpunkt aus Produktivkraft, vom ästhetischen Standpunkt aus Selbstwert und vom sozialen Standpunkt aus Gemeingut ist. Das Gleiche kann für die verschiedenen Formen von Wissen gesagt werden.

Im Unterschied zum einzigartigen künstlerischen Können ist formelles Wissen immer ein Ergebnis von gesamtgesellschaftlicher Zusammenarbeit und universalem Verkehr. Seinem sozialen Wesen gemäß gilt es als Gemeingut und verlangt als solches allen zugänglich zu sein, um je nach Bedarf in besonderen Weisen eingesetzt und weiterentwickelt zu werden. Es kann beinahe kostenlos vervielfältigt, weg- oder weitergegeben werden, geteilt oder mit anderem Wissen kombiniert werden, ohne dadurch an (Gebrauchs)Wert zu verlieren. Ganz im Gegenteil: je mehr Menschen am Tausch und Weitergeben von Wissen teilnehmen, umso größer wird das Wissen, an dem jeder teilhaben kann.

Gemäß diesen Prinzipien funktionieren auch die virtuellen kooperativen Wissensgemeinschaften, die im Internet freie Software mit offenem Quellcode benutzen. Die Programmiersprache, in der die Software ursprünglich konzipiert wurde (hauptsächlich der Quellcode GNU), ist allen bekannt und die Software (hauptsächlich die von Linux) kann folglich von allen Teilnehmern geändert, ergänzt und weiterentwickelt werden. Je größer die Anzahl der Teilnehmer, umso größer das vergemeinschaftete Wissen und der Gebrauchswert des Systems für jeden. Es entsteht eine „anarcho-kommunistische Ökonomie des Gebens“ („an anarcho-communist gift economy“), sagt Richard Barbrook, „als einzige Alternative zur Herrschaft des Monopolkapitalismus“.¹⁸ Man kann in ihr den Ansatz zu post-kapitalistischen Produktionsverhältnissen sehen, in welchen Gebrauchswerte nicht mehr als Waren erzeugt und getauscht werden: in denen Wissen als Gemeingut der Menschheit allen zugänglich ist; in denen mit den Warenbeziehungen auch der Konkurrenzkampf und der Zwang zur Leistungsmaximierung aufgehoben ist; in der die Qualität der Gebrauchswerte, der Genüsse, der Bedürfnisbefriedigung und der sozialen Beziehungen zum entscheidenden Ziel erhoben, die Ideologie des „mehr ist besser“ zugunsten einer Ethik des „genug ist genug“ austreiben kann.

Eine derartige Vergesellschaftung der Produktivkraft Wissen kann als neuzeitliche Form der „kollektiven Aneignung der Produktionsmittel“ angesehen werden. Die auf diese Weise produzierten Gebrauchswerte

können bestimmt und getauscht werden, ohne als Waren behandelt mit Geld bezahlt zu werden. Anstatt die Bestimmung von Nützlichem und Unnützem dem Markt zu überlassen, „würde man vorher untereinander klären und verabreden, was wie und wozu zu produzieren sei“, bemerkt Walter Göhr.¹⁹ Er zitiert diesbezüglich einen Wirtschaftsfachmann vom MIT: „Die Linux-Gemeinde (...) ist ein Modell einer neuen Arbeits- und Geschäftsorganisation, die zu einer neuen Art des Wirtschaftens führen könnte... Diese elektronisch verbundenen „freelancers“ treffen sich in veränderlichen und vorübergehenden Netzen, um Güter und Dienstleistungen herzustellen und zu verkaufen (...) Es ist nicht undenkbar, dass diese für die Arbeit im 21. Jahrhundert so bestimmend sein wird, wie es die Industrieorganisation im 20. Jahrhundert war. Geschieht das, so haben sich Arbeit und Gesellschaft für immer verändert... Mit der Einführung von leistungsfähigen PCs und von Breitbandnetzen – den Koordinationstechniken des 21. Jahrhunderts – ändert sich die ökonomische Gleichung. Weil viele Leute an vielen Orten die gleiche Information billig nutzen können, sinkt der Wert zentralisierter Entscheidungen und aufwendiger Bürokratien. Die Individuen können sich selbst managen...“.²⁰

Aus zwei Gründen darf man diese Ausführungen nicht einfach belächeln:

Erstens: Die „Linux-Gemeinde“ wurde gegründet, um das Monopol des von den Börsen und Regierungen

weltweit umworbenen Bill Gates zu brechen. Es galt, den zahlungspflichtigen patentierten Microsoft-Zugang zum Internet mit einem kooperativ entwickelten und kostenlos verwendbaren Navigationsystem zu bekämpfen. Dies ist der „Linux-Gemeinde“ gelungen. Ihr System hat die Überlegenheit der „freien“ kooperativ entwickelten Software bewiesen, aber auch alle Welt darauf aufmerksam gemacht, dass um Wissen finanziell zu verwerten, das Kapital es als privates Eigentum behandelt und als Ware vermarktet. Dieser Wissenskapitalismus führt zu keiner Wissensgesellschaft.

Zweitens: Gegen den Wissenskapitalismus sind nicht blauäugige Utopisten ins Feld gezogen, sondern Angehörige der „Wissenselite“, d.h. Leute, die über die wichtigsten Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen. Ein radikal-libertärer Antikapitalismus kommt „von oben“ her, ohne jeglichen Machtanspruch, von Inhabern des „Wissenskapitals“, das sie im Namen der Freiheit dem Zugriff des Geldkapitals entziehen wollen. Sie verfolgen dasselbe Ziel, das früher im Klassenkampf erreicht werden sollte: nämlich „die kollektive Aneignung der Produktionsmittel“, die Sozialisierung der Produktivkräfte. Sie säen die Samen eines neuen Links-Radikalismus, der selbstverständlich nur Grund gewinnen kann, wenn er – wie in Seattle – alle diejenigen verbinden und verbünden kann, die gegen die vom globalen Finanzkapital betriebene Globalisierung einen globalen Kampf für eine alternative Globalisierung führen.

Textbeitrag zum Kongress „Gut zu Wissen“, Heinrich-Böll-Stiftung, 5/2001

Quelle: <http://www.wissensgesellschaft.org/themen/orientierung/welchegesellschaft.html>

1 Das Zeitalter des Access. Die neue Kultur des Hyperkapitalismus, in der alles Leben aus eingekauften Erlebnissen besteht. Titel der deutsche Ausgabe: Jeremy Rifkin, Access. Das Verschwinden des Eigentums. Warum wir weniger besitzen und mehr ausgeben werden. Frankfurt/M., 2000.

2 Ernst Jünger, Das Sanduhrbuch, FfM 1954, S. 194 f. Zitiert in Robert Kurz, Schwarzbuch des Kapitalismus, Eichborn, FfM. 1999, S. 569.

3 Vgl. Karl Marx, Grundrisse..., S. 387: „Wenn die bornierte bürgerliche Form abgestreift wird, was ist der Reichtum anderes, als die im universellen Austausch erzeugte Universalität der Bedürfnisse, Fähigkeiten, Genüsse, Produktivkräfte etc. der Individuen?... Das absolute Herausarbeiten (ihrer) schöpferischen Anlagen, ohne andere Voraussetzung als die vorhergegangene historische Entwicklung, die diese Totalität der Entwicklung, d.h. der Entwicklung all der menschlichen Kräfte als solcher, nicht gemessen an einem vorgegebenen Maßstab, zum Selbstzweck macht?“

4 Edmund Husserl, Die Krise der europäischen Wissenschaften und die transzendente Philosophie, Philosophia, Belgrad, 1936, § 9 h), S. 125.

5 a.a.O., § 9 g), S. 121.

6 a.a.O., § 9 h), S. 127.

7 a.a.O., § 9 i), S. 129.

8 Vgl. Adorno/Horkheimer, Dialektik der Aufklärung und, ausführlicher, A. Gorz, Kritik der ökonomischen Vernunft, Hamburg, 1989/1994, S. 126 ff.

9 Vgl. Arno Bammé u.a., Maschinen-Menschen, Mensch-Maschinen, Grundrisse einer sozialen Beziehung, Reinbek, 1983, S. 69 ff.

- 10 Ray Kurzweil, *The Age of Spiritual Machines*, Phoenix, London, 1999; Hans Moravec, *Mere Machine to Transcendent Mind*, Oxford University Press, New York, 1999; Bill Joy, *Why the Future Doesn't Need us*, *Wired* 8.04, April 2000.
- 11 Vgl. Dan Schiller, in *Cutting Edge*, London, Verso, 1996, S. 116: „In biotechnology the effort revolves around supplanting a ‚text‘ with the inborn capacity to reproduce itself without human intervention with one that is sterile and therefore cannot.“
- 12 In Schweden haben beide Elternteile zusammen ein Anrecht auf ein Jahr Erziehungsurlaub für jedes Kind, mit 80 % (früher 90%) Lohnausgleich. In der ehemaligen CSSR waren für Mütter drei Jahre Erziehungsurlaub mit vollem Lohnausgleich die Regel.
- 13 Pierre Lévy, *World Economy*, Odile Jacob, Paris 2000, S. 82 ff.
- 14 Vgl. Terry Winograd und Fernando Flores, *Erkenntnis, Maschinen Verstehen*, Rotbuch Rationen, Berlin, 1989, insbesondere Kapitel 5 und 6
- 15 S. Pierre Lévy, *L'Intelligence collective*, Paris: La Découverte, 1997.
- 16 Sie kann nicht als Sekundäreinkommen durch Umverteilung finanziert werden, sondern nur als Primäreinkommen. Vgl. aber diesbezüglich meine Antworten in *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5, Mai 2000, S. 616.
- 17 Einer der Zwischenschritte könnte das gegenwärtig in Frankreich diskutierte Anrecht eines jeden auf 20 Jahre Bildungsgeld sein, von denen 10 nach Schulabschluss zu beliebigen Teilen, für beliebige Zwecke und in jedem Alter verwendet werden können. Claus Offe hat Ähnliches vorgeschlagen.
- 18 Richard Barbrook, *The high-tech gift economy*, in: *New Times*, London, 16. Januar 1998.
- 19 Walter Göhr, *Auf dem Weg zum Nintendo-Sozialismus*. *Express*, Offenbach, 1/2001.
- 20 Thomas Malone/Robert J. Lautbacher: *The Dawn of the E-lance Economy*, in A.W. Scheer/M. Nüttgens (HG.), *Electronic Business Engineering*. 4. Internationale Tagung Wirtschaftsinformatik, 1999, Heidelberg, S. 14. Übersetzung und Hervorhebung von Walter Göhr.

Emanzipatorische betroffenenkontrollierte Forschung aus feministischer und geschlechterkritischer Perspektive

Uta Isop

Am Beginn der Frauen- und Geschlechterforschung stehen die methodischen Postulate für Parteilichkeit und Betroffenheit von Maria Mies (1978). Diese lauten:

- 1) „Das Postulat der Wertfreiheit, der Neutralität und Indifferenz gegenüber den Forschungsobjekten ist durch bewusste Parteilichkeit zu ersetzen.
- 2) Die vertikale Beziehung zwischen ForscherInnen und Erforschten ist durch die gemeinsame ‚Sicht von unten‘ auszutauschen.
- 3) Die kontemplative, uninvolierte ‚Zuschauerforschung‘ ist in die Forschungsmethode der aktiven Teilnahme an emanzipatorischen Aktionen zu transformieren.
- 4) Die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse wird zum Ausgangspunkt wissenschaftlicher Erkenntnis.
- 5) Die Wahl des Forschungsgegenstandes wird abhängig gemacht von den allgemeinen Zielen sowie den strategischen und taktischen Erfordernissen der Frauenbewegung.
- 6) Der Forschungsprozess wird zu einem Bewusstwerdungsprozess für die bisherigen ‚Subjekte‘ wie auch ‚Objekte‘ der Forschung.
- 7) Orte der Entwicklung einer feministischen Gesellschaftstheorie sind nicht die Forschungsinstitute, sondern die Aktionen und Kämpfe der Bewegung sowie die theoretische Auseinandersetzung über deren Ziele und Strategien.“¹

Diese methodischen Postulate werden wie zu erwarten auch dreißig Jahre nach ihrer Formulierung von den meisten ForscherInnen nicht akzeptiert, geschweige denn praktiziert, auch wenn die Kritik an „Objektivität“ und „Neutralität“ von Wissenschaft weit verbreitet ist, jedoch ohne, dass daraus wesentliche Konsequenzen für die Forschungspraxis gezogen werden. Zuzugeben, dass Forschung „Interesse geleitet und parteilich“ ist, ist

eine Sache, aber dann in den realen Forschungsprozessen auch tatsächlich Betroffenen kontrollierte Forschung zu praktizieren, finanzielle Mittel und Ressourcen an die Betroffenen abzugeben ist eine andere. Die weit verbreitete Kritik an der Objektivität und Neutralität von Wissenschaft bleibt ohne Konsequenzen, denn das erfordert Engagement, die geforderte Parteilichkeit und Involviertheit wird von den wenigsten im Alltag wissenschaftlichen Arbeitens geübt und gelehrt.

Die von Emanzipatorischen Betroffenen kontrollierte Forschung setzt ebenfalls voraus, dass die Verwaltungsstrukturen der universitären Institute selbst verwaltet und basisdemokratisch organisiert sind. Denn wie anders kann garantiert werden, dass es auch wirklich zu einer Gewaltenteilung und einer Teilung der Ressourcen zwischen Forschenden und Beforschten kommt? Wie anders kann garantiert werden, dass es zur Rotation von wichtigen Funktionen und Entscheidungspositionen zwischen Lernenden und Lehrenden kommt? Eine feministische und geschlechterkritische Form von Wissenschaftlichkeit z. B. bei Haraway bedeutet a) die eigenen Privilegien und blinden Flecken zu analysieren; b) die blinden Flecken und Privilegien des eigenen wissenschaftlichen Feldes zu analysieren; c) sich die Mühe zu machen, aus der Position von Unterdrückten, Verdrängten und Beherrschten zu denken; d) so viele verschiedene Perspektiven von Unterdrückten miteinander zu verbinden wie möglich.

Wissenschaftlichkeit kann durch situiertes Wissen gewährleistet werden. Situiertes Wissen bedeutet, den eigenen sozialen Ort, Privilegien und blinden Flecken und die des wissenschaftlichen Feldes zu analysieren. Situiertes Wissen ist lokales und begrenztes Wissen, das nicht für alle Menschen sprechen kann, sondern sich der Objektivität durch Verknüpfungen von verschiedenen Perspektiven nähert. Kritische feministische und reflexive Wissenschaft versucht die Transformation des „Objekts von Wissenschaft“ in ein „Subjekt von Wissenschaft“ zu fördern. Alle Menschen, die bisher als „Objekte von Wissenschaft“ gesehen wurden, sollen durch Empowerment und Emanzipation große Handlungsfähigkeit innerhalb der

Wissenschaft nehmen und bekommen. „Situierendes Wissen erfordert, dass das Wissensobjekt als Akteur und Agent vorgestellt wird [...]. Kritische Ansätze der Sozial- und Humanwissenschaften, in denen die Handlungsfähigkeit der untersuchten Menschen selbst die gesamte [...] Theorie transformiert, stellen dies paradigmatisch klar. Die Anerkennung der Handlungsfähigkeit der untersuchten Objekte ist in diesen Wissenschaften tatsächlich der einzige Weg, um grobe Irrtümer und [...] falsches Wissen zu vermeiden.“²

Zusätzlich zu den sieben oben genannten Postulaten von Maria Mies sind also im Ausgang von Donna Haraway, Evelyn Fox Keller und Jan Wallcraft folgende zu fordern:

8) Die Anerkennung der „Objekte von Forschung“ als handlungsfähige, zu respektierende und für sich sprechende „Subjekte der Forschung“

Dazu Donna Haraway: „Die logische Folgerung aus der Behauptung, dass Ethik und Politik verdeckt oder offen die Basis für Objektivität nicht nur in den Sozialwissenschaften, sondern auch in den Wissenschaften als heterogenem Ganzen bereitstellen, ist, den ‚Objekten‘ der Welt den Status eines Agents/Akteurs zuzugestehen [...] Ökofeministinnen haben vielleicht am stärksten auf der Vorstellung bestanden, dass die Welt ein aktives Subjekt ist und keine Ressource, die in bürgerlichen, marxistischen oder männlichen Projekten kartiert und angeeignet wird.“³

Dazu Evelyn Fox Keller: „[...] eine zeitgenössische Wissenschaftlerin, die darauf besteht, dass es wichtig ist, ‚das Material sprechen zu lassen‘, ihm zu erlauben, einem zu sagen, was als nächstes zu tun sei [...]. Gemäß dieser Wissenschaftlerin fallen Entdeckungen leichter, wenn man ‚ein Teil des Systems‘ wird, statt außerhalb zu bleiben; man muss ein ‚Gefühl für den Organismus‘ entwickeln. (McClintock in privaten Interviews 1978 und 1979) Ich hatte oft Grund anzunehmen, dass meine Hände klüger sind als mein Kopf. Dies ist eine unbeholfene Art des Experimentierens zu charakterisieren. Wenn es gelingt, ist es wie eine ruhige Konversation mit der Natur“⁴

9) Betroffenenkontrollierte Forschung soll im Bereich der Human- und Sozialwissenschaften Standard werden

Jan Wallcraft beschreibt betroffenenkontrollierte Forschung folgendermaßen: „Die Erforschung der Fähigkeit, für sich selbst zu sprechen, braucht oft bestärkende Methoden; einige davon wurden in der Arbeit der Behindertenbewegung identifiziert, welche Konzepte für Emanzipationsforschung entwickelt hat. Im besten Fall garantiert dies echte Machtteilung, so dass Forschungsarbeiter und Forschungsteilnehmer für ihre Zeit gleich bezahlt werden. Alle sind beteiligt an der Planung, Durchführung, Dokumentation und Veröffentlichung von Studien, sodass alle Macht und Wissen aus dem Prozess gewinnen. Methoden sind unter anderem Aktionsforschung, narrative Forschung, Tiefeninterviews und Fokusgruppen. Psychiatriebetroffene Forscher haben nicht alle das gleiche Wissen oder die gleichen Überzeugungen, aber wir engagieren uns für gewöhnlich gemeinsam gegen die ungleiche Machtverteilung zwischen Forschern und Forschungsteilnehmern sowie zwischen Arzt und Patient. [...] In der Regel versuchen wir, der Psychiatrie das Geheimnisvolle zu nehmen und herauszufinden, was Psychiater wissen, aber auch wo die Grenzen ihres Wissens sind. Wir suchen nach verschiedenen Arten von Hilfe und Unterstützung in lebensnahen Situationen [...]“⁵

„Durch Psychiatriebetroffene Forscher geschaffenes Wissen basiert auf einem anderen Wertesystem als dem von Experten. Wichtige Werte für betroffenenkontrollierte Forschung sind unter anderem die Orientierung auf Veränderung, auf persönlichen Erfahrungen basierende Kompetenz, das Bekämpfen von Stigma und Machtverhältnissen sowie das Streben nach Selbstmanagement und Recovery, um ein erfülltes Leben führen zu können.“⁶

10) Die Voraussetzung für emanzipatorische betroffenenkontrollierte Forschung aus feministischer und geschlechterkritischer Perspektive sind selbst verwaltete, basisdemokratische und solidarökonomisch organisierte Universitäten.

1 Maria Mies: „Methodische Postulate zur Frauenforschung – dargestellt am Beispiel der Gewalt gegen Frauen“, in: *Feministische Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis*, Heft 1, 1. Jahrgang, S. 41–63.

2 Donna Haraway, „Situierendes Wissen“, in: Sabine Hark: *Dis/Kontinuitäten: Feministische Theorie*, S. 317.

3 Donna Haraway, „Situierendes Wissen“, in: Sabine Hark: *Dis/Kontinuitäten: Feministische Theorie*, S. 318.

4 Evelyn Fox Keller, in: Sabine Hark: *Dis/Kontinuitäten: Feministische Theorie*, S. 257 f.

5 Jan Wallcraft, in: *Statt Psychiatrie*, 2/2007, S. 361.

6 Jan Wallcraft, in: *Statt Psychiatrie*, 2/2007, S. 361.

„Kollektives Widerstandslernen organisieren“

Ein Interview mit Frigga Haug¹ von Eva Egermann

Um kritisches Lernen möglich zu machen, muss man die in einer Universität vorgefertigte Denkmuster verlernen, meint Frigga Haug in *Die Unruhe des Denkens nutzen*. Wir sollen also Strukturen und Gewohnheiten neu denken – und in diesem Sinne ist „verlernen“ nicht als „vergessen“ gemeint, sondern als aktiver Prozess. Ein Interview mit Frigga Haug¹ von Eva Egermann.

Die Kommerzialisierung bzw. Ökonomisierung aller Lebensbereiche und speziell der Bildung erleben wir auch in Österreich verstärkt seit der Diskussion um GATS (General Agreement on Trade in Services) und dem neuen Universitätsgesetz. Bei Protesten gegen diese Ökonomisierung der Bildung hat man sich aber bisher hauptsächlich mit dem Versuch begnügt, verschiedene Teile des fordistischen Bildungsmodells zu bewahren und in das neue System zu retten, während ein genereller Diskurs oder eine grundsätzliche Infragestellung der Universität bzw. der Bildungsinstitutionen nicht wirklich stattgefunden hat. Welche Alternativen wären zu einem neoliberalen Bildungssystem denkbar und welche gegenhegemonialen Praxen könnten im Bildungskontext entstehen?

Die Kritische Universität von 1968 war beispielsweise der Versuch eine solche Alternative aufzubauen, wobei den Lehrinhalten und -Formen, die man von den Bildungsinstitutionen vorgesetzt bekam, grundsätzlich die Akzeptanz verweigert wurde. Entsprechend wurden nicht nur die Inhalte, sondern auch die Formen der Lehre im Rahmen der Kritischen Universität selbst organisiert.

Die raffinierte neoliberale Universitätsreform, die du beschrieben hast, schreitet allerdings unheimlich schnell voran. Ich war etwa ein Semester lang in Kanada und als ich zurückkam, kannte ich meine Universität nicht mehr. Die Leute an der Uni sprachen plötzlich alle anders. Sie sprachen von Leistungsberichten, Profilen, Erfolgen, die gemessen werden könnten, und von Qualitätsmanagement. Ich wusste nie genau, was sie damit meinen. Wenn man diese Entwicklungen aber allgemein betrachtet, wird man immer sehr schnell hilflos, weil man dann versucht, irgendwelche Bestände zu retten, die man eigentlich gar nicht retten wollte.

Derzeit gibt es bei uns zum Beispiel diesen Evaluie-

rungsbogen, in dem die Studierenden befragt werden, wie die Lehre aussehen soll. Dabei vermittelt dieser Evaluierungsbogen ein Scheinversprechen: Scheinbar dürfen die Studierenden nun mitbestimmen – eigentlich eine alte Forderung. In diesen Fragebögen findet man allerdings beispielsweise Erhebungen nach dem Motto: „Ist der/die Lehrende auf dem neuesten Stand?“ „Bringt er/sie neue Medien in den Unterricht mit ein?“

Wenn man das beantwortet, so erscheint ein Bild von Lehrenden und Studierenden als Produkte der neoliberalen Reform. Es erscheinen einerseits diese smarten Lehrenden, die immer „E-learning“ machen und „Powerpoint Presentations“, die Englisch sprechen – und andererseits Studierende, die den Anspruch auf Seminare erheben, die wie eine Fernsehshow aufgebaut sind. Das alles sollen die Studierenden nun „mitbestimmen“ und mit Ihren Stimmen würde das dann durchgesetzt werden. Das ist eine raffinierte partizipative Methode, mit der sich die Studierenden selbst ein Bein stellen. Denn, wir können die Universitätsreform die so durchgesetzt werden soll ganz leicht als leistungs- und wirtschaftsorientiert entziffern. Sie legt sämtliche humanistische Bildungsvorstellungen ab. Stattdessen geht es darum, wie man in dieser Gesellschaft am Besten funktioniert.

Ich glaube, man muss dagegen alle Punkte dieser Universitätsreform genau hinterfragen und analysieren: „Wie machen sie das?“ Die von dir angesprochene gegenhegemoniale Strategie bestünde schließlich darin, daran zu arbeiten, damit ihre Gleichung nicht aufgeht und die Kette unterbrochen wird. Es gibt kein Wissen, welches nicht mit Klassen und Klassenkämpfen verbunden wäre. Infolge dessen ist ja das, was ich auf der Uni vermitteln möchte, eher die Möglichkeit, sich auf diesem Terrain zurecht zu finden und zu bewegen. Wenn die Studierenden meinen: „Die Uni ist kein Lebensraum mehr. Man möchte das Studium ganz schnell hinter sich bringen“, dann bleibt dennoch die Frage, wie könnte man die Zeit nutzen, um dabei Lust auf Weltaneignung und Widerstand zu wecken.

Stellt sich dann nicht eher die Frage, warum man das in einer Institution macht und sich nicht selbst autonom organisiert?

Das ist eine nützliche Frage. Man unterläuft dann ja eine Menge Widersprüche, indem man sich eigene Strukturen schafft. Solange ich gelehrt habe, habe ich damit gekämpft, Studierende auszubilden, in dem Bewusstsein, dass sie mit ihrem Studium keine Perspektive haben. Wie macht man das? Wie kriegt man eine Lust am Lernen auch ohne Karriere-Perspektive? Ich denke, man kommt gar nicht darum herum, das ganze als eine Art kollektives „Widerstandslernen“ zu organisieren – oder auch als „gegenhegemoniale Praxis“ zu hegemonialen neoliberalen Bildungsvorstellungen.

Diese gegenhegemonialen Praxen orientieren sich gar nicht so sehr an schwierigen, sondern an umwälzenden Gedanken. Der italienische Theoretiker Antonio Gramsci ging davon aus, dass eigentlich jeder Mensch Philosoph ist, da jede/r sich eine Weltanschauung bastelt. Das passiert automatisch. Man muss nicht etwa Hegel lesen und danach ist man Hegelianer. Vielmehr bastelt man sich im Alltag eine Weltanschauung. Und Gramsci meint nun, dass die Anstrengung von allen Menschen darauf gerichtet werden muss, diese Weltansicht so zu gestalten, dass sie die Welt als veränderbar begreifbar macht und sich selbst dabei als Veränderte/r. Wir sind Mitglieder dieser Gesellschaft, die ohne uns nicht läuft. Das heißt, wir machen diese Gesellschaft und sind auch an ihren Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnissen beteiligt.

Sie haben in Berlin die sogenannte Völksumi mitgegründet. Wie kam es dazu und wie hat sich die Völksumi entwickelt?

So wie bei Euch (der Manoa Free University, Anm.) sollte es eine Art Gegenuniversität sein, aber in gewissem Sinne eine „Universität fürs Volk“. Es gab den Anspruch, dass alle Schichten und auch alle Bewegungen daran beteiligt sind. Die sozialen und politischen Bewegungen selbst waren Mitveranstalter. Es gab verschiedene Ressorts: Feministinnen, Lesben und Schwule, MigrantInnen, Gewerkschaften, KünstlerInnen. Die machten alle ihre eigenen Veranstaltungen. Dementsprechend gab ein richtig dickes Vorlesungsverzeichnis.

Die Völksumi war unglaublich erfolgreich – am Anfang kamen etwa 3.000 Leute. Das Modell haben wir aus Schweden übernommen und in Berlin ausgebaut. Die Leute kamen von überall aus der Provinz angereist. Es war für viele wie ein kathartisches Erlebnis, wo man Kraft bekam und dann wieder zurück ging und Dinge neu dachte. Wir haben das 19 Jahre lang gemacht. Einmal im Jahr, zu Pfingsten, 3 Tage lang. Es war unglaublich arbeitsintensiv, so dass man in eine Art

Dämmereuphorie gefallen ist. Man kam überhaupt nicht mehr aus dem Diskutieren heraus. Von morgens bis abends, eine Veranstaltung nach der anderen, mit nur einer Viertelstunde Pause. Es war sehr schön und sehr anstrengend.

Im Buch Die Unruhe des Denkens nutzen sprichst du von einem Lernkollektiv, welches notwendig ist, für einen Prozess, in dem „die Unruhe des Denkens“ für Bewegung genutzt werden kann. Inwiefern ist Wissensproduktion und Lernen ein kollektiver Prozess – und wie sieht so ein Lernkollektiv aus?

Was man unbedingt hinbekommen muss ist, dass die Menschen nicht gegeneinander, sondern zusammen lernen und darüber hinaus in Lernkollektiven zusammenarbeiten. Solche Kollektive sind in unserer Gesellschaft eigentlich fast so etwas wie ein utopischer Anachronismus. Sie funktionieren nämlich dann, wenn die, die aufbrechen, zu einem gemeinsamen Ziel unterwegs sind. Dann, wenn sie ein gemeinsames Projekt haben, funktioniert das Kollektiv. Dann ist es wie fliegen.

Nun haben aber die Studierenden in diesen entfremdeten Lernstrukturen üblicherweise kein gemeinsames Projekt. Diese Gesellschaft funktioniert so, dass immer dann, wenn einer gewinnt, einer verliert und immer wenn einer verliert, andere gewinnen. Wenn ihr eine Gegenuni aufbaut, dann ist das die Schlüsselfrage: Wo ist das gemeinsame Projekt? Ein Ziel, zu dem ihr alle wollt. Es muss ein gemeinsames Projekt geben. Am Besten ist es eines von Gesellschaftsgestaltung. Dann ist es nachhaltig. Gesellschaft kann man auch im Kleinen gestalten.

Im Neoliberalismus bilden sich pervertierte Formen dieser kollektiven Prozesse heraus – als wichtige Skills für Management und Wirtschaft. Das verdeutlichte etwa kürzlich ein Artikel in der österreichischen Wirtschaftszeitschrift Trend. Unter dem Titel „Werden Sie zum Beziehungsbroker“ wurden 10 Tipps für den perfekten „Networker“ gegeben. Es geht darum, wie man strategisch wichtige Netzwerke und Beziehungen aufbaut und damit zum Beziehungshändler für andere wird. Wie können sich emanzipatorische, feministische, kollektive Projekte davon abgrenzen?

Dein Beispiel beschreibt anschaulich, was Gramsci eine „passive Revolution“ nennt. Wenn nämlich umkämpfte Positionen – wie zum Beispiel Kollektivität, Selbstbestimmung oder auch nicht hierarchische Netzwerke –, „von oben“ aufgenommen und integriert werden in eine Herrschaftsstrategie. Die entsprechenden Positionen werden jetzt zwar „von oben“

definiert und haben entsprechend auch ihr Gesicht verändert, sind aber dennoch als Inhalte und Formen erkennbar, die einst mit Hoffnung besetzt waren.

Die entsprechende Auseinandersetzung müsste sich nun darum drehen, diese Formen so zu besetzen, dass die Schrecklichkeiten, die sie in neoliberalen Unternehmungen bedeuten, ausgeschlossen sind. Wenn zum Beispiel bei Gruppenarbeit mit flachen Hierarchien das Ziel ist, „Wie verdient unsere Gruppe am meisten Geld?“, dann ist die Sache für die einzelnen Mitglieder der Gruppe, die ein wenig schwächer sind, praktisch schon gelaufen. Frauen mit Kindern oder auch Behinderte sind dann völlig abgehängt. Beim rot-grünen Arbeitsmarktreform-Guru Peter Hartz heißt das, „die, die nicht die nötige Grundgeschwindigkeit zum Take off haben“, die sind draußen. Dabei rechnen Hartz, Schröder & Co. mit 10 % „Ausfall“ – und das

ist unglaublich zynisch durchdacht. Ihr müsst mal die Frage genau studieren, „Was erwarten sie von funktionierenden Menschen?“ – dann kriegt man auch raus, wie man dagegen arbeiten kann. Wir müssen uns einmischen, in die Auseinandersetzung darum, wer wir sein wollen! Was für Menschen wollen wir sein und wie wollen wir funktionieren? Wollen wir ganz furchtbar viel Geld verdienen? Wollen wir fit, flexibel und fantastisch sein? Und wenn nein, wie wollen wir dann sein? Die Energie, die in die Anpassung an das neoliberale Menschenbild investiert wird, müsste umgelenkt werden in Widerstand – und das geht, wenn man die herrschende Klasse und Ihre Intellektuellen genau studiert.

Geführt im März 2005, erstmals erschienen in Malmö 25, Wien.

1 Frigga Haug wirkte und lehrte als Professorin an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik. Sie ist Mitherausgeberin der Zeitschrift *Das Argument*, Redakteurin des Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus und Herausgeberin des Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Feminismus.

Universitäten und die „Solidarische Ökonomie“ – Was von Brasilien zu lernen ist

Paul Singer

Solidarische Ökonomie ist im Grunde eine kollektive Selbsthilfe der Arbeits- und Einkommenslosen mit dem Ziel, Arbeit und Einkommen zu schaffen. Der Weg der Solidarischen Ökonomie wurde in Brasilien erst in der jüngsten Vergangenheit, seit rund 10 Jahren vielleicht, beschritten, und zwar in verschiedener Form – Angestellte übernahmen bankrotte Unternehmen, Landlose besetzten ungenutztes Land und große Farmen um eine Agrarreform zu erreichen, Menschen mit und ohne Ausbildung organisierten sich selbst in Kooperativen, um ihre Arbeitskraft und Dienstleistungen zu vermarkten.

Aber davon abgesehen ist Solidarische Ökonomie auch eine Entscheidung für eine bestimmte Art von Arbeit und einen Lebensstil, worin Kooperation und Solidarität den Vorrang vor der Konkurrenz eines jeden gegen jeden haben – eine „Weltanschauung“ die sich kritisch gegen den Kapitalismus stellt, in Brasilien ebenso wie sonst überall auch, in den letzten 200 Jahren. Das heißt, die Solidarische Ökonomie ist nicht nur eine Reaktion auf die Not – obwohl das der wesentliche Aspekt ist – sondern auch eine bewusste Entscheidung. Denn es gibt durchaus Menschen, die auf dem Weg der Konkurrenz zu Arbeit und Einkommen gelangen wollen. Aber viele Leute geben der Solidarischen Ökonomie den Vorrang.

Sie ist auch eine neue Antwort der linksorientierten Parteien und Gewerkschaften, der Kirchenmitglieder, der Indigenen und der Kleinbäuerinnen und -bauern auf die Frage nach einer besseren Gesellschaft, die individuelle Freiheit, soziale und ökonomische Sicherheit mit Gleichheit vereint. Das ist die neue Antwort der brasilianischen Linken auf den historischen Fehler, den Sozialismus durch Parteidiktatur und zentrale Planung zu etablieren. Wir sehen also, die Solidarische Ökonomie ist ein überaus komplexes Phänomen, zugleich ist sie weitverbreitet und wächst sehr rasch – zur Überraschung vieler, mich selbst eingeschlossen.

Anfänge der Inkubatoren von Volks-genossenschaften in den Universitäten

An dieser Stelle möchte ich eine Geschichte erzählen. 1994 wurde die Nationale Schule für die öffentliche Ge-

sundheit, am Rande von Rio de Janeiro gelegen, durch verlorene Kugeln aus den Kämpfen der rivalisierenden Drogengangs in den benachbarten Slums bedroht. Wie überall in unseren Städten sind die Universitäten üblicherweise von „Favelas“ und sehr armen Wohnvierteln umgeben. Diese Nachbarschaft ist gefährlich, wenn man bedenkt, dass die Hauptarbeit von Slumbewohnern und -bewohnerinnen in krimineller Aktivität besteht. Das ist in Brasilien immer mehr der Fall.

Aus diesem Grund hatten Lehrer und Lehrerinnen ebenso wie die Universitätsangehörigen das Gefühl, etwas unternehmen zu müssen um sich schützen. Sie unterstützten die Gründung von COTRAM, *Cooperativa de Trabalho de Manguinhos* – der Name dieses Gebiets. Das ist eine sehr große Arbeitskooperative, die rund 1.200 Familien umfasst. Sie wurde mit Dienstleistungen für die Nationale Schule der Öffentlichen Gesundheit (FIOCRUZ) beauftragt, die Teil einer großen Gesundheitsstiftung ist, der *Fundação Osvaldo Cruz*. Der Erfolg: die Schüsse hörten auf, die Kooperativenmitglieder bekamen regelmäßige und besser bezahlte Arbeit; FIOCRUZ und die Stiftung sparten Geld, weil die Firmen, die ihnen früher dieselben Dienste anboten, ansehnliche Profite gemacht hatten, die sich nun die Stiftung und die Kooperative aufteilten.

Die Bemühungen zur Gründung der Kooperative – um auf diese Weise die Situation der Armen zu verbessern – erfolgten im Kontext einer Kampagne gegen den Hunger. Es war eine enorme Kampagne. Ich denke, es handelte sich dabei um die größte Massenkampagne in der Geschichte Brasiliens. Viele Millionen Menschen aus allen sozialen Schichten beteiligten sich daran. Sie wurde von einem sehr populären Soziologen namens Betinho (Herbert de Souza) geleitet. Die Studierenden und Lehrenden an der Nationalen Schule der Öffentlichen Gesundheit waren Teil der Kampagne bzw. wurden durch diese Kampagne zur Mitarbeit inspiriert. Der Erfolg der *Manguinhos*-Kooperative mündete in eine soziale Innovation: die Technologischen Inkubatoren der Volks-Kooperativen.

Wahrscheinlich ist nicht bekannt, worum es sich dabei handelte. Tatsächlich sind diese Zentren eine Erfindung amerikanischer Universitäten, die versuchen

ihren Lehrenden und Studierenden bei Unternehmensgründungen zu helfen, für gewöhnlich auf Basis von Patenten im High-Tech-Bereich. Wir adaptierten diese Idee für die Solidarische Ökonomie, damit die Ärmsten der Armen Kooperativen bilden können. Der erste Inkubator befand sich nicht an der Nationalen Schule der Öffentlichen Gesundheit, sondern an der COPPE, der Universität von Rio de Janeiro (UFRJ), am Zentrum für Postgraduate-Studien in Technischen Wissenschaften. Dieser allererste Technologische Inkubator für Volks-Kooperativen, der nun seit sieben Jahren besteht [2003, Anm. d. Übers.], stellte ein Team von Studierenden, Techniker_innen, Professor_innen und Volksbildner_innen zusammen, das die Arbeit mit den Armen der „Favelas“, die üblicherweise auf den Hügeln Rio de Janeiros errichtet werden, aufnahm.

Kooperation gehörte nicht zu den üblichen Themen brasilianischer Universitäten. Deshalb musste das Team Professor_innen von der viele hundert Kilometer weit entfernten Universität Santa Maria in Rio Grande do Sul holen. Santa Maria hatte ein Zentrum für Genossenschaftswesen und es lehrte in Rio das methodische Basiswissen. Damit begannen sie mit den Armen in den „Favelas“ zu arbeiten. Mehrere Kooperativen wurden gegründet. Einige von ihnen wurden von der Universität mit Reinigungs- und Instandhaltungsarbeiten, Reparaturdiensten und Ähnlichem beauftragt. Offizielle Stellen gewährten eine finanzielle Zuwendung, die mit der Kampagne gegen den Hunger in Verbindung stand.

Nach dem Erfolg des ersten Inkubators in Rio de Janeiro entschieden diese Stellen 1998, die Gründung fünf weiterer Inkubatoren in verschiedenen Universitäten finanziell zu unterstützen. Drei im Nordwesten, der ärmsten Region Brasiliens (Ceará, Pernambuco und Bahia), einer in Juiz de Fora im Bundesstaat Minas Gerais und schließlich einer in São Paulo, meiner eigenen Universität. Fünf Inkubatoren wurden also gegründet, die Idee selbst aber wurde in breiteren Kreisen bekannt. Man gründete neue Inkubatoren an anderen Universitäten – ohne jede Unterstützung. Wir haben derzeit [2003, Anm. d. Übers.] rund 20 Inkubatoren in öffentlichen und privaten Universitäten Brasiliens – von Nord nach Süd, von Ost nach West. 1999 bildeten diese Inkubatoren ein Netzwerk und man entschied, der *Unitrabalho* beizutreten. *Unitrabalho* ist eine Stiftung mit mehr als 80 brasilianischen Universitäten und wurde fast zur selben Zeit gegründet, um wissenschaftliche Bildungsaktivitäten für die Arbeiter_innenbewegung zu entwickeln.

1997 entschied sich *Unitrabalho*, ein Programm zur Solidarischen Ökonomie zu initiieren. Eine kleine Gruppe interessierter Lehrender verschiedener Universitäten begann die Solidarische Ökonomie zu studieren, und zwar so wie Akademiker_innen das üblicherweise tun, nämlich indem man die verfügbare internationale Literatur rezipierte. Im selben Jahr startete ich selbst ein Seminar mit Studierenden meiner Universität zum selben Thema. Wir hatten Glück: In unserer Bibliothek gab es eine Doktorarbeit über zwei Industriekooperativen, die in den Achtzigern aus der Übernahme einer großen Fabrik, die Öfen produzierte und damals bankrott ging, entstanden waren. Die Geschichte war fast vergessen. Niemand erinnerte sich an diese Dissertation. Nun ist sie als Buch erschienen, mit dem Titel „Arbeiter_innen ohne Boss“, von Lorena Holzmann da Silva, und ich denke, das wird ein Klassiker der Literatur über die Solidarische Ökonomie in Brasilien.

Unitrabalho berief dann ein Treffen seiner Universitäten, Forscher_innen, Professor_innen und Studierenden, die an Solidarischer Ökonomie interessiert waren, ein. Dabei wurde die Unterstützung für die Solidarische Ökonomie, die im ganzen Land existierte, offensichtlich. Wahrscheinlich kamen zu diesem Anlass auch das erste Mal Vertreter_innen verschiedener unterstützender Gruppen wie des MST (Landlosenbewegung), der ANTEAG (Nationale Vereinigung der Arbeiter_innen Selbstverwalteter Betriebe) und des COPPE Inkubators der Volks-Kooperativen.

Das Netzwerk der Inkubatoren begann regelmäßige Treffen durchzuführen und gab sich eine Satzung, die Selbstverwaltung als das entscheidende Merkmal der Solidarischen Ökonomie definiert. Weiters wurde festgelegt, dass die Volks-Kooperativen, also die Kooperativen der armen, ungelernten Arbeiter_innen, Vorrang haben sollten. Allerdings zeigte die Erfahrung, dass es auch andere Bedürfnisse gab, die man nicht ignorieren durfte und konnte. Zum Beispiel im Bereich der großen öffentlichen Einrichtungen, die in den Jahren von 1997 bis 1999 in Brasilien privatisiert wurden, wodurch viele der Arbeiter_innen in der Verwaltung und Instandhaltung mit einem Schlag gekündigt wurden. Aufgrund der Privatisierungen mussten sich diese Arbeiter_innen selbst in Kooperativen organisieren, um am Markt konkurrieren zu können – schließlich waren sie hochqualifiziert für diese Tätigkeiten. Sie organisierten sich also selbst und die Inkubatoren an unseren Universitäten begannen auch mit diesen Gruppen zu arbeiten.

Universitäten – ein integraler Bestandteil der Solidarischen Ökonomie

Seit 1996 wurde die Solidarische Ökonomie auch in der Arbeiter_innenbewegung heiß debattiert, vor allem in der CUT, dem größten und militantesten nationalen Gewerkschaftsverband. Mehrere Lehrende der Universitätsstiftung *Unitrabalho* beteiligten sich an den Diskussionen und betonten die gemeinsamen Interessen der Gewerkschaften und der Kooperativen. Viele Kritiker_innen betrachteten die Kooperativen lediglich als einen Weg, den Kapitalismus vor seiner Krise zu retten.

Alles in allem aber gelang es den Arbeiter_innen in vielen Fällen tatsächlich, Kooperativen zu bilden und durch die Übernahme bankrotter Unternehmen ihre Jobs zu retten und in der Folge weitere Jobs zu schaffen. Die Gewerkschaften spielten bei diesen Belegschaftsübernahmen eine Führungsrolle. Gemäß brasilianischem Recht können die Arbeiter_innen nur dann einen Anspruch auf Übernahme eines bankrotten Unternehmens stellen, wenn die Gewerkschaft, ihr gesetzlicher Repräsentant, interveniert. Das heißt, de facto waren viele Gewerkschaften schon längst in die Herausbildung einer Solidarischen Ökonomie involviert, während andere dagegen aus ideologischen Gründen opponierten.

Für die Arbeiter_innen selbst ist eine Belegschaftsübernahme eine schwierige Entscheidung, denn als Lohnabhängige haben sie auch eine Reihe von sozialen Sicherheiten – aber nur solange sie beschäftigt sind. Als Kooperativen-Mitglieder haben sie keine Sicherheit. Wenn die Arbeiter_innen sich dafür entscheiden, eine Kooperative zu bilden und ihre früheren Arbeitgeber übernehmen, dann wandeln sie sich zu Unternehmer_innen und verlieren die an ein Lohnarbeitsverhältnis gebundenen sozialen Rechte.

Wie auch immer man das einschätzte, die CUT entschied am Ende dieser Debatten, die Solidarische Ökonomie zu unterstützen. Sie gründete eine Agentur für Solidarische Entwicklung, ADS, *Agencia do Desenvolvimento Solidario*. Die ADS lud neben der *Unitrabalho* die CUT, den größten und progressivsten Gewerkschaftsverband Brasiliens, und DIESSE, eine inter-gewerkschaftliche Abteilung für statistische und sozio-ökonomische Studien als Partner ein.

ANTEAG, die Nationale Vereinigung der Arbeiter_innen Selbstverwalteter Betriebe lud Vertreter_innen und Lehrende der Universitäten und Inku-

batoren zu ihrer Nationalversammlung. Auf diese Weise wurden die Universitäten in viele Zweige der Solidarischen Ökonomie involviert. Auch die ADS startete an den Universitäten Ausbaustudien und informelle Postgraduate-Kurse für Gewerkschaftsführer_innen und Aktivist_innen. Universitätslehrer_innen hielten diese Kurse. Die Lehrenden beteiligten sich auch an Wochenendkursen der ANTEAG für die Arbeiter_innen ihrer Mitgliedsunternehmen.

Zusätzlich organisierten *Unicamp* und *Unisinos* Kurse für die Landlosenbewegung, die wissenschaftliche Unterstützung benötigte. Die Landlosenbewegung organisiert hunderttausende Familien, die in festen Siedlungen leben. Sie kämpft für eine neue landwirtschaftliche Ökonomie und agrarische Gesellschaft in diesen Siedlungen. Dazu haben sie ein spezielles Schulungssystem für die Kinder der Siedler_innen aufgebaut, vor allem zur Ausbildung von Techniker_innen, um das Management und die Leistungsfähigkeit der Kooperativen zu verbessern.

Was heißt Inkubation für uns?

Ein Inkubator der Solidarischen Ökonomie arbeitet nicht wie einer der üblichen Inkubatoren, die lediglich Räumlichkeiten, office support und technologische Unterstützung bieten. Wir beginnen vielmehr damit, den Gemeinschaftsgruppen die Kerngedanken der Kooperation, der Reziprozität, der Solidarität in der Arbeit, in der Ökonomie und im Leben zu vermitteln. Die meisten der Gruppen, die unsere Dienste in Anspruch nehmen, bestehen aus armen Frauen, die mit den verschiedenen Kirchen in Verbindung stehen. Der ganze Prozess der Inkubation ist ein wechselseitiger Lernprozess zwischen den Gruppen und uns. Wir waren so lange voneinander getrennt, und nun lernen wir voneinander.

Was wir wissen und was die Studierenden bei uns lernen, ist das Marketing, die Finanzierung, Wirtschaftsrecht und all das – Wissen, worüber die Gruppen nicht verfügen. Aber sie haben Lebenserfahrung. Sie haben Erfahrung mit verschiedenen ökonomischen Aktivitäten und sie hatten niemals regelmäßige bezahlte Jobs. Daraus ergibt sich ein kontinuierlicher Austausch von Wissen und beide Seiten versuchen, das Wissen des jeweils anderen zu respektieren. Beide Arten von Wissen sind wichtig. Nützlich werden sie dann, wenn wir aufmerksam sind und erkennen, dass beide notwendig sind.

Während der Inkubation setzen wir den Anliegen der

beiden Seiten keine eindeutigen Grenzen. Es ist wie eine Art von Ehe zwischen dem Inkubationsteam und der Gruppe, die es inkubiert. An meiner Universität – dort befindet sich der Inkubator, den ich am besten kenne, weil ich darin selbst aktiv bin – sind etwa 50 bis 60 Leute mit der Inkubation befasst: ein paar Professor_innen und eine grössere Zahl von Postgraduate-Studierenden; die meisten sind Graduierte. Es gibt Teams und jedes Team inkubiert mehrere Kooperativen. Das wird mehr oder weniger nach geographischen Kriterien aufgeteilt – Gruppen in derselben Region fallen in die Verantwortlichkeit eines bestimmten Teams. Jeden zweiten Freitagnachmittag treffen sich all diese Leute um aktuelle Informationen auszutauschen: Wo liegen die Probleme, Konflikte, Missverständnisse, und wo gibt es Erfolge, gute Dinge, die man erreicht hat? Dieser Austausch ist von enormer Reichhaltigkeit – an Information, Analyse, Interpretation.

Mitunter, wenn besonders wichtige Entwicklungen in einigen Kooperativen stattfinden, organisieren wir ein Seminar und verfassen vorab einen Bericht um danach eine tiefergehende Diskussion führen zu können. Wir folgen dabei keiner Methodologie – denn tatsächlich ist die Geschichte jeder Kooperative sehr spezifisch. Es ist die Geschichte einer sozialen Gruppe, von Menschen, Frauen, Männern, jung und alt. Wir versuchen ihnen Autonomie als eine Gemeinschaft und als Gruppe zu ermöglichen, ökonomisch, sozial und so fort. Dass es da einen vorgezeichneten Weg der Inkubation gibt, an dessen Ende die Gruppe autonom ist und ohne unsere Hilfe leben kann, ist eine Theorie, von der wir wünschen, dass sie auch die Realität darstellt, aber üblicherweise ist das nicht der Fall. Das heißt freilich nicht, dass wir das ganze Leben miteinander verheiratet bleiben. Wir haben erst vier Jahre Erfahrung [2002, Anm. d. Übers.] und keine der Gruppen hat ihren Prozess bis jetzt abgeschlossen.

Wir suchen immer noch nach unserem Weg, auf eine sehr empirische Art. Wir alle befinden uns dabei in einem inter-disziplinären Unternehmen: Psycholog_innen, Ökonom_innen, Techniker_innen und Architekt_innen. Wir haben uns entschieden, den Inkubator nicht entlang einzelner Disziplinen zu organisieren, also mit Teams von Ökonom_innen, Manager_innen, Pädagog_innen und so weiter, sondern wir meinen, dass alle das Wissen aller haben müssen. Denn in den Disziplinen ist das Wissen separiert. Die Organisationsweise des Inkubators dagegen macht den Transfer von Wissen möglich. Das ist nicht der einzige mögliche Weg. Aber wenn wir neues Wissen schaffen

wollen, indem wir bestehendes Wissen anwenden, so muss das jedenfalls auf eine sehr inter-disziplinäre Weise erfolgen. Deshalb machen wir für unsere Studierenden Kurse in Ökonomie, Soziologie, praktisches Management etc.

Zusätzlich organisieren wir regelmäßige Seminare, an denen alle – Professor_innen und Studierende jeden Semesters – auf gleicher Augenhöhe teilnehmen; mit der einzigen Ausnahme, dass der Koordinator ein Lehrender ist, in dem Fall ich selbst. In den Seminaren beschäftigen wir uns vor allem mit der „klassischen Literatur“ der Solidarischen Ökonomie. Den Anfang machten mehrere Semester zum Thema „Mondragon“, einem großen Komplex von Kooperativen im spanischen Baskenland.

Kürzlich behandelte das Seminar das Thema „Mikrofinanzierung“, weil mein Inkubator in São Paulo im Moment gerade mit den Teilnehmer_innen eines Beschäftigungsprogramms der Stadtverwaltung arbeitet. Die Stadt zahlt eine Unterstützung in Höhe des Mindestlohns für sechs Monate an Leute, die sich weiterqualifizieren wollen, um Arbeit und Einkommen zu finden. Die Weiterqualifizierung umfasst auch Aspekte der Solidarischen Ökonomie.

Wir versuchen die Teilnehmer_innen mit Hilfe von Spielen und praktischen Erfahrungen zu organisieren. Das ist sehr schwierig, weil diese Leute bis dato keinerlei Gemeinschaftsbeziehungen hatten, was eine andere Ausgangssituation als bei anderen Gruppen darstellt. Das heißt, wir müssen diese Beziehungen schaffen, dieses soziale Kapital, und zwar binnen sechs Monaten. Anstatt sie unmittelbar als Arbeiter_innen-Kooperativen oder in einer ähnlichen Weise zu organisieren, was viel wechselseitiges Vertrauen voraussetzt, entschieden wir uns für „Hybridformen“ der Solidarischen Ökonomie in der Art von LETS (Local Exchange Trades Systems, „Tauschringe“) und Sparvereinen. Viele dieser Menschen können keine Ersparnisse anlegen, weil sie keinen Ort haben um Erspartes sicher zu verwahren – die Banken sind für sie verschlossen. Wir müssen viel Bildungsarbeit leisten, Seminare organisieren. Wir lesen zum Beispiel ein Buch von Stuart Rutherford mit dem Titel „Die Armen und ihr Geld“, das sich auf Bangladesh, Lateinamerika und Afrika bezieht.

Wir arbeiten also im Sinn akademischer Forschung, und dann versuchen wir das dabei generierte Wissen unmittelbar so einzusetzen, dass anderen damit geholfen wird, die über anderes Wissen verfügen. Wir wen-

den ihr Wissen und unser Wissen gemeinsam an, um ihre Situation zu verbessern.

Seit 1999 halte ich regelmäßig einen Post-Graduate-Kurs in Solidarischer Ökonomie. Die Studierenden kommen von verschiedenen Universitäten und aus unterschiedlichen Berufsfeldern: Ökonom_innen, Techniker_innen, Psycholog_innen, Pädagog_innen, Therapeut_innen und so fort. Fast alle verfügen über eine gewisse praktische Erfahrung und das erlaubt einen ungemein reichhaltigen inter-disziplinären Austausch. Andere Universitäten setzen vergleichbare Aktivitäten. Die Bundesuniversität von Paraná zum Beispiel bietet einen Postgraduate-Kurs in Kooperationsrecht und citizenship an. An der Universität von São Paulo, so hoffen wir, kann 2003 ein regelmäßiger inter-disziplinärer Kurs in Solidarischer Ökonomie anlaufen, den fünf verschiedene Abteilungen unterstützen: Ökonomie, Produktionstechnik, Sozialpsychologie, Schulmanagement und Politikwissenschaft.

Fragen im Anschluss an den Vortrag

Prof. J. Matschullat: Nachdem Sie die Situation in Deutschland ein wenig kennen, wissen Sie, dass wir dieselben Probleme haben. Wir haben auch eine hohe Arbeitslosigkeit und Delogierungen, wenngleich in einer anderen Dimension. Wo liegt der Unterschied zu uns? Was bewegt in Brasilien die Akademiker_innen zur Beteiligung, sodass sie sich ohne Anreize engagieren. Oder gibt es Anreize?

Prof. Paul Singer: Es gibt keinerlei materielle Anreize, sondern genuines Interesse. Die meisten unserer Studierenden sind sehr mit sich selbst beschäftigt, weil es sehr schwierig ist, Jobs zu finden, sogar für Leute, die von sehr renommierten Universitäten kommen wie zum Beispiel der Universität von São Paulo. Wir versuchen Erfahrungen zu sammeln mit der Gründung kleiner Unternehmen, die ihnen zu einem Job verhelfen können. Aber es gibt auch eine gewisse Zahl linksorientierter Studierender, die von einer anderen Gesellschaft träumen, und die sich aus diesem Grund engagieren. Das ist denke ich die Art von Engagement, die Sie überrascht hat.

Der Schritt zum Engagement ist relativ leicht, wenn man verschiedene Leute, wirkliche Menschen kennenlernt, und dabei sieht, wie viele von ihnen hun-

gern, keine Arbeit haben, und man mit ihnen interagiert. Dann sind diese Menschen keine Nummern mehr, sondern wirklich in Fleisch und Blut, mit all ihren Besonderheiten. Das ist es, was die Leute so enthusiastisch macht, wenn sie sich zu engagieren beginnen. Bis dato haben wir keine Schwierigkeit, Studierende zu bekommen. Ich glaube, wir könnten noch mehr von ihnen bekommen als wir bereits haben.

Aber wir müssen ihre Ausgaben bezahlen, das ist völlig klar. An der Peripherie von São Paulo leben 10 Millionen Menschen – ohne Geldmittel können sie sich den Transport nicht leisten und ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten. Deshalb erhalten sie Stipendien. Für die Anfänger_innen gibt es nur die Hälfte, nachdem sie erst in Ausbildung sind. Nach einiger Zeit, sobald sie sich professionalisieren, erhalten sie mehr. Aber ich denke nicht, dass das ein materieller Anreiz ist, es ist lediglich ein Teil davon, diese Arbeit überhaupt zu ermöglichen.

Wir versuchen einen Raum für Solidarische Ökonomie an den Universitäten zu schaffen, nicht nur in São Paulo, sondern auch an vielen anderen Universitäten, mit inter-disziplinären Postgraduate-Kursen in Solidarischer Ökonomie. Das heißt, das praktische Engagement der brasilianischen Universitäten in diesem Bereich ist inzwischen sehr ausgeprägt. Dabei spreche ich vom Postgraduate-Level. Noch nie hatte ich so viele Studierende von anderen Universitäten, da es nicht so viele Bildungsangebote in diesem Bereich gibt. Alle, die kommen, sind in irgendeiner Art in die Solidarische Ökonomie involviert, aber nicht nur als Universitätsangehörige oder Inkubator-Mitarbeiter_innen, auch Berufstätige aus anderen Sparten sind aus verschiedenen Gründen Teil der Solidarischen Ökonomie. Alles in allem ist diese Entwicklung wirklich faszinierend. Diese Art von Seminaren ermöglicht einen ungemein reichen Wissensaustausch.

Leicht gekürzte Übersetzung eines Vortrags aus dem Englischen: A. Exner

Zuerst veröffentlicht in: Deutscher Akademischer Austauschdienst, Uni Kassel (Hg.): Universities and Rio +10. Paths to sustainability in the regions, an interdisciplinary challenge, kassel university press, 2003

Freie Bildung in Widersprüchen denken¹

Philip Taucher

Freie Bildung wird in der gegenwärtigen studentischen Protestbewegung auf unterschiedliche Weise diskutiert: als Opposition zu Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen, im Kontext selbstorganisierter Bildungsprojekte oder einfach als Forderung nach Zeit für Muße und zweckfreie Bildung. Gerade letztere Auslegung scheint für viele Studierende attraktiv, die sich in verschulten Bachelor-Studien mit e-learning-Plattformen, Anmeldesystemen und Multiple-choice-Tests herumschlagen und denen gleichzeitig eingeredet wird, dass mit dieser Form des Studiums ihre „Employability“ erhöht werde. Freie Bildung mag vor diesem Hintergrund attraktiv wirken, birgt aber trotzdem, eingebettet in ihren gesellschaftlichen Kontext, den einen oder anderen Widerspruch.

Im ersten Teil dieses Beitrages gehe ich einigen dieser Widersprüche in vier Thesen nach. Der zweite Teil diskutiert, angelehnt an die zuvor präsentierten Thesen, wie nun die aktuelle Protestbewegung an den Universitäten im Lichte freier bzw. befreiender Bildung interpretiert werden kann. Die hier ausgeführten Gedanken und Thesen sind keine erschöpfende Analyse des Problems. Sie sind aus Diskussionen und eigenen Erfahrungen mit freien Bildungsinitiativen entstanden und sollen zu weiteren Diskussionen und Reflexionen von konkreten Bildungsvorhaben anregen.

Die Entstehung des modernen Bildungssystems in Österreich hatte noch recht wenig mit freier Bildung zu tun. Am 6. Dezember 1774 unterzeichnete Maria Theresia die „Allgemeine Schulordnung für die deutschen Normal-, Haupt- und Trivialschulen in sämtlichen kaiserlichen königlichen Erbländern“². Sie führte eine sechsjährige Unterrichtspflicht (de jure) ein, brach damit ein Jahrhunderte währendes Bildungsmonopol der Kirche auf, während sie zur gleichen Zeit die Folter im Habsburgerreich abschaffte.³ Den politischen Hintergrund dafür bildete der militärisch mit Friedrich dem Großen von Preußen ausgetragene Erbfolgestreit um die deutsche Kaiserkrone. Entsprechend wurden einige der späteren Volksschulen als „Wehrrüchtigungsanstalten“ eingerichtet.

Die Moderne stand in Europa in den Startlöchern. Die

Bevölkerung wuchs, die Städte mit ihrer feudalen Produktionsverhältnisse verloren an Bedeutung, Manufakturen entstanden. Aus feudalen Fleckerlteppichen bildeten sich zentralisierte Nationalstaaten heraus. Dem Nationalstaat entsprach ein möglichst homogener Volkskörper – die Nation. Diese neuen politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnisse waren auch mit neuen staatlichen Institutionen verbunden.

Disziplin ist angesagt

Der „Pöbel“ wurde durch die entsprechenden Disziplinierungs-Institutionen geschickt. Am Anfang stand die Schule, dann kam das Heer, die Fabrik, das Gefängnis, die Klinik. Man werkte intensiv am neuen Volkskörper. Aus der Masse wurden Individuen herausgetrennt, überwacht, geprüft, beurteilt, behandelt, bestraft. Genaue Verhaltens-, Raum-, Zeit- und Bewegungsordnungen wurden durchgesetzt. Die Bäuerin, die Arbeiterin, der Beamte sollten Bürger einer Nation werden, mit einer Nationalsprache, einer Verwaltung, einem Heer, einer Polizei, einem Monarchen, einem Gesetz. Die Schule stellte eine zentrale Institution in dieser Disziplinarordnung dar.

Dieses System wirkt bis heute nach. In den österreichischen Schulen unterrichtete man bis vor ein paar Jahren nach dem exakt gleichen Minutentakt, wie er noch unter Maria Theresia eingeführt wurde. Die Schule dient neben anderen Zwecken noch immer der Disziplinierung des Volkes.

Besonders die Kinder der Kriegsgeneration lehnten sich in den 1960ern und 1970ern gegen diese Disziplinarordnung auf. Gegen Pflichterfüllung, verkalkte, beengende Strukturen kämpfte die Jugend. Der Feind war die alte Ordnung. Freiräume wurden angeeignet, mitunter auch Strukturen und Praktiken von Institutionen verändert. Politische Gruppen organisierten sich und experimentierten mit antiautoritärer Bildung. Disziplin wurde dabei in manchen Kreisen zum Synonym für Unterdrückung, zum Symbol für die alte Ordnung, die es zu überwinden galt. Laissez faire wurde in verschiedensten Kontexten zum Leitbegriff – auch als Organisationsweise von Gruppen und alternativen Bildungsinitiativen. Disziplin zu tabuisieren

hemmte jedoch nicht selten die Organisationsarbeit, die nötig war, um gemeinsame politische Ziele zu erreichen. Wie könne man die autoritäre Gesellschaftsordnung überwinden, wenn man in seinen eigenen Praxen an der Disziplin festhält, war und ist ein oft verwendetes und durchaus plausibles Argument.

Die damaligen Bewegungen hatten Erfolg, die alte Ordnung brach an vielen Stellen nachhaltig auf. Gerade auch die weitgehenden Reformen im österreichischen Bildungssystem in den 1970ern können dafür als Beleg herangezogen werden. Dabei spielten aber besonders jene Bewegungen eine wichtige Rolle, die eine nachhaltige Organisationsfähigkeit entwickelten und somit auch dauerhaften Druck auf etablierte Institutionen ausüben konnten.

Meine erste widersprüchliche These: Es braucht Disziplin, um Disziplin wirksam bekämpfen zu können.⁴

Wenn Freiheit knechtet

Die Machtverhältnisse wandelten sich teilweise, manchmal äußerten sie sich aber nur in neuem Gewande. Frauen und Kinder aus Mittel- und Unterschicht gewannen zunehmend Zugang zu höherer Bildung. Neue soziale Bewegungen wie die Ökologie- und Friedensbewegung entstanden, in denen alternative Bildungspraktiken eine wichtige Rolle spielten. Forderungen wie Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung, Eigenverantwortung statt Entmündigung, Emanzipation statt Unterordnung schienen sich langsam zu erfüllen. Frauen kamen im Bildungssystem weiter, drangen vermehrt auf den Arbeitsmarkt, konnten ihrer Stimme in der Öffentlichkeit immer mehr Gewicht verleihen. Diese Veränderungen waren Teil des Wandels vom in die Krise geratenen fordistischen Gesellschaftsmodell zu einem Postfordismus.

Im dem Maße, wie sie Zeichen von Befreiung waren, verwiesen sie jedoch auch auf neue Herrschaftsverhältnisse. Heute sind Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und Emanzipation Qualitäten, die eine jede gute ICH-AG aufweisen muss, um das eigene Kapital (d.h. die eigene Arbeitskraft) möglichst wertvoll investieren (d.h. verkaufen) zu können. Die Unternehmerin ihrer selbst ist das heutige domestizierte Pendant zur Rebellin der 1970er. In selbstorganierten Initiativen lernen die AktivistInnen mitunter jene Fähigkeiten, die sie später im Wettkampf als Ich-UnternehmerInnen zum Überleben brauchen. Bildung, die früher in einer Bewegung praktiziert wurde, um eine andere Welt möglich zu machen, kann so

schnell zur Waffe im täglichen Konkurrenzkampf erstarren. Statt Banden werden bei Bildungsveranstaltungen dann persönliche Netzwerke zur Verbesserung des persönlichen wettbewerbsfähigen sozialen Kapitals gebildet.

Meine zweite widersprüchliche These lautet demnach: Frühere Forderungen der sozialen Bewegungen nach Befreiung werden heute umgedeutet und in Institutionen eingebettet als Herrschaftsinstrumente gegen soziale Bewegungen verwendet.

„Ich mach das für meinen Lebenslauf“

Auf europäischer wie auf nationaler Ebene werden Bildungssysteme wie Formen der Zertifizierung von Wissen zunehmend abgestimmt. EUROPASS ist z.B. eine Initiative der Europäischen Union, um eine einheitliche Form des Lebenslaufes zu etablieren. In einem umfangreichen Dokument können neben offiziellen staatlich anerkannten Bildungstiteln auch bestimmte informell erworbene Kenntnisse wie Sprachkenntnisse, Job- und Praktikaerfahrung in standardisierter Form angegeben und beglaubigt werden.⁵ Eigentlich ist das recht praktisch. Endlich kann man sein politisches Engagement neben der Uni auch später noch gewinnbringend einsetzen, scheint die Initiative auf dem ersten Blick zu versprechen. Die letzte Hausbesetzung, der kritische Lesekreis, die Demoorganisation haben allerdings auch in solch einem Lebenslauf keinen Platz.

Im wesentlichen werden Berufspraktika, Sprachkurse, Arbeit in anerkannten NGOs usw. berücksichtigt. Doch nicht nur das: Sie werden gleichzeitig zur Norm stilisiert. Wer nur einen simplen offiziellen Bildungsabschluss hat, gilt als weniger attraktiv für die ArbeitgeberIn. Man solle sich dementsprechend auch für seine Freizeit gut überlegen, welche Tätigkeiten später am besten am Arbeitsmarkt verwertbar sein werden.

Der Ruf vieler kritischer Bildungsinitiativen gegen eine solche Verwertungslogik, und die entsprechende ablehnende Haltung gegenüber Zertifikaten für ihre Aktivitäten, führt dann oft zu schwindenden TeilnehmerInnenzahlen. Interessierte können es sich einfach nicht leisten, etwas zu machen, das nicht im Lebenslauf verwertbar ist. Wenn kaum Geld mehr für die eigene Arbeit zu verdienen ist, muss man über Zertifikate seine Chancen auf zukünftiges Geld verbessern. Zertifikate (spezifischer Bildungsabschlüsse) sind die Währung, in der kulturelles Kapital gehandelt wird. Kulturelles Kapital umfasst das Wissen, die Fä-

higkeiten, kulturelle Praktiken, Gepflogenheiten, die im täglichen Statuskampf eingesetzt werden. Anerkannte Bildungsinstitutionen vergeben diese Zertifikate und steuern in Folge den Kampf um Statuspositionen in der Gesellschaft.

Meine dritte widersprüchliche These: Wer den Kampf gegen die Verwertungslogik im Bildungssystem (allein) über freie Bildungsinitiativen angehen will, ist auf lange Sicht selbst oft dazu angehalten, anerkannte Zertifikate zu produzieren oder zugänglich zu machen.⁶

Die versprochene Offenheit

Daran anschließend meine vierte und letzte widersprüchliche These: Obwohl es Ziel freier Bildung ist (bzw. sein sollte), niemanden zu diskriminieren und auszugrenzen, möglichst alle Bevölkerungsgruppen einzubinden, ist freie Bildung ein Projekt einer weißen, männlich dominierten Mittelschicht.

Der Kampf um Zertifikate ist, wie der um Freiraum für nicht-verwertungsorientierte Bildung, ein ungleicher Kampf. Er findet in einer patriarchalen Klassengesellschaft und in einer nationalstaatlichen Ordnung statt. Die Chancen auf begehrte Bildungsabschlüsse und die Zeit für freie Bildung sind ungleich verteilt. Dafür sorgt, besonders auch in Österreich, das Bildungssystem selbst. Kinder von ArbeiterInnen und Familien mit Migrationshintergrund stoßen in ihren Aufstiegsbestrebungen an gläserne Decken. Ihre Leistungen werden in einer an den Bedürfnissen und Normen einer weißen Mittelschicht orientierten Bildungskultur systematisch unterbewertet. Dazu verfügen sie oft über schwächere soziale Netzwerke und können tendenziell weniger auf finanzielle und moralische Unterstützung aus ihren Familien zählen. Sie müssen oft neben dem Studium arbeiten und haben deswegen auch weniger Zeit zum Studieren. Da bleibt wenig Raum für unbezahltes Engagement. Aber nicht nur Zeit und Geld sind das Problem. Das mögen gewichtige Faktoren sein, aber sie können nicht hinreichend erklären, warum sich nach kürzester Zeit die meisten alternativen Bildungsinitiativen nur noch aus Studierenden aus den Mittelschichten zusammensetzen. Klar, diese sind im Bildungssystem von vorn herein überproportional repräsentiert. Dadurch etabliert sich in den meisten dieser Gruppen eine weiße oft männlich dominierte Mittelschichtskultur. So gehen Themen, Diskussionen, Problemstellungen oft weit an den Interessensfeldern und Lebensrealitäten von Menschen anderer sozialer Herkunft vorbei. Diese Proble-

matik wird jedoch in den wenigsten Gruppen ernsthaft, d.h. mit entsprechenden praktischen Konsequenzen, diskutiert. Die Gruppen verstehen sich als frei und offen, sind jedoch de facto geschlossen und abschließend organisiert.

Befreiende statt freier Bildung

Im Lichte der dargestellten Widersprüche schlage ich vor, weniger von freier Bildung, sondern vielmehr über befreiende Bildung zu sprechen. Zweitens birgt nicht weniger Widersprüche in sich, fasst jedoch Bildung nicht als von gesellschaftlichen Zwängen abgeschotete Tätigkeit, sondern ganz im Gegenteil als aktives Verhältnis zu diesen Zwängen. Denn Befreiung ist immer auf Herrschaftsverhältnisse bezogen, die es zu überwinden gilt.

Befreiende Bildung ist somit Inbegriff von Praxis. Unter Praxis verstehe ich die Einheit von Aktion und Reflexion – kritische Reflexion über die Welt, in diese gestaltend einzugreifen und, nicht zuletzt, dieses Eingreifen systematisch zu reflektieren.

Befreiende Bildung bei unsereuni?

Was haben nun die gegenwärtigen Protestaktionen mit befreiender Bildung zu tun?

Schon allein Raum an der Universität anzueignen und diesen selbst zu organisieren ist ein Akt der Befreiung. Es gibt dem Leidensdruck, aus dem heraus sich viele an den Protesten beteiligen, einen Platz, in dem er sich in widerständische Kreativität wandeln kann. Es ist ein Lernraum, in dem Studierende nicht nur Protest artikulieren, sondern selbst Bildung praktizieren und ihre Universität mitgestalten. Täglich passieren vielfältigste Aktionen, es treffen sich Arbeitsgruppen, es wird gemeinsam gekocht, geputzt, getanzt und diskutiert. Allerdings hinkt die Reflexion den vielen Aktionen noch hinterher. Stärker an Inhalten ausgerichtete Arbeitsgruppen stehen oft recht unvermittelt neben den verschiedenen aktionistischen Gruppen. Diese zusammenzuführen sowie sie in eine gesellschaftskritische Reflexion einzubetten ist eine schwierige aber notwendige Übung, um kollektive Handlungsfähigkeit zu produzieren, die wirkliche Alternativen hervorbringt.

Soll diese Zusammenführung einer befreienden, einer Bildung „von unten“ entsprechen, gilt es als erstes unsere gelebten Erfahrungen an der Universität zu problematisieren. Dies ist nicht deswegen notwendig,

weil diese Erfahrungen besonders authentisch oder wahr wären – nein, ganz im Gegenteil: Gerade weil unsere unmittelbaren alltäglichen Erfahrungen durch und durch ideologisch durchsetzt und durch Herrschaftsverhältnisse strukturiert sind, bieten sie Anknüpfungspunkte, um die Dominanzverhältnisse, die unser Leben regulieren, zu erforschen und zu verstehen. Die gemeinsamen unmittelbaren Erfahrungen mit einer kritischen Gesellschaftsanalyse zu verbinden ist ein Schlüssel, um kollektive politische Handlungsfähigkeit zu entwickeln. Gerade in sozialen Bewegungen wurden dazu sehr brauchbare Instrumentarien wie die Systematisierung von Erfahrungen, Militante Untersuchungen, Aktionsforschung, Erinnerungsarbeit u.ä. entwickelt.

Das Modell Audimax

Die innere Organisation der Besetzungen und die Kommunikation nach außen wurden auch von manchen bürgerlichen Medien positiv beurteilt, ja teilweise als besonders innovativ und zukunftsweisend gelobt. Gerade die effektive Nutzung moderner Informationstechnologie und die sehr unösterreichische Umgangsweise mit Fragen der Repräsentation hob man hervor. Eine Kommentatorin sprach sogar schon von einem Modell „Audimax“ als zukünftiger Organisationsform für innovative Unternehm(ung)en. Die Legitimität der Besetzung wurde wohlwollend damit begründet, dass die Studierenden dabei vielfältige Kompetenzen, Fähigkeiten und Kontakte erwerben, die sie später zum Verkauf ihrer Arbeitskraft am Arbeitsmarkt gut brauchen können, und die sie nur in solchen selbstorganisierten Kontexten aneignen können.

Soll dann der Widerstand als effiziente Optimierungsmaßnahme der eigenen ökonomischen Verwertbarkeit angesichts der Tatsache, dass die Universität für diese nicht ausreichend sorgen kann, interpretiert werden? Viele werden die bei der Besetzung erworbenen Fähigkeiten später in der prekären Lohnarbeit gut brauchen können. Wie schon nach den viel zitierten 1968er-Bewegungen ist es auch wahrscheinlich, dass sich Unternehmen Organisationspraktiken selektiv aneignen, die in sozialen Bewegungen entstanden sind. Das ist ja per se nicht abzulehnen und kann in begrenztem Rahmen zu durchaus wünschenswerten Ergebnissen führen.

Die Proteste selbst widerstehen allerdings bis heute großteils dieser Verwertungslogik. Die kollektiven politischen Erfahrungen, die die AktivistInnen machen

oder solidarökonomische Praktiken wie die Volksküchen weisen über einen kapitalistischen Verwertungshorizont hinaus und bieten Anknüpfungspunkte für Alternativen.⁷ Befreiende Bildung kann in diesem Kontext als Arbeit an der Gemeinschaft und an neuen Formen der Solidarität interpretiert werden. Insofern ist auch hier befreiende Bildung kein zweckfreies Sinnieren, sondern Arbeit. Die Frage nach befreiender Bildung beinhaltet damit die Frage nach neuen Formen der Kooperation und Arbeitsteilung. Wie wollen wir in Zukunft bei unserer Lernarbeit, wie in der Wissensproduktion kooperieren? In welchem Verhältnis steht das zu der Sorgearbeit in der Familie, im Haushalt, in der Natur oder zu jener Arbeit, die wir einsetzen müssen, um die notwendigen Mittel zu unserem (Über)leben zu produzieren? Dies führt uns, nicht zuletzt, auch zur Frage, wie wir politisch arbeiten wollen, um neue Formen der Kooperation zu entwickeln und zu etablieren.

Freiräume langfristig organisieren

Um langfristig an einer solchen Alternative arbeiten und mit neuen Organisationspraktiken experimentieren zu können, braucht es permanent haltbare Freiräume. Diese müssen anders organisiert sein als die Besetzung von großen Hörsälen an der Universität. Manche AktivistInnen werden für die aktuellen Besetzungen ein ganzes Semester investieren. Es sollte aber nicht Ziel der Übung sein, dass Leute ihr Studium an den Nagel hängen, um einen alternativen Raum dauerhaft erhalten zu können. Insofern müssen wir um mehr Freiräume innerhalb der Studien wie auch außerhalb davon kämpfen und uns gleichzeitig damit arrangieren, dass wir auch studieren, um am Ende ein Bildungszertifikat in Händen zu halten. Das erfordert eine flexible Organisation, die mit einer hohen Fluktuation an AktivistInnen umgehen kann. Denn finanzieller Druck wie auch zunehmend die Zwänge dicht gedrängter Studienpläne reduzieren die verfügbaren Ressourcen der an alternativen Projekten Beteiligten. Die Arbeit an Alternativen muss also in konkreter Auseinandersetzung mit aktuellen Zwängen und Konflikten passieren, ein potenziell anderes anstreben, dieses andere teilweise schon umsetzen und gleichzeitig Organisationsweisen entwickeln, die verhindern, dass die in diesen Initiativen Aktiven in ihrem Engagement überfordert werden.

Diskriminierung bekämpfen

Solche Fragen der Organisation sind auch von zentraler Bedeutung für den offenen Zugang zu befreiender

Bildung und entsprechenden solidarökonomischen Projekten. Wer Zugang zu Bildung haben kann oder will, ist aber nicht nur eine organisatorische Frage, sondern auch eine nach dem Bewusstsein der Bewegung für unterschiedlichste Diskriminierungsformen wie Rassismus, Sexismus, Homophobie etc. Diesem Bewusstsein liegt die Einsicht zugrunde, dass unser aller Alltagsverstand immer ideologisch durchsetzt ist und dass es Ziel befreiender Bildung sein muss, diese Ideologien als solche zu entlarven und aktiv zu bearbeiten. Das sind hohe Anforderungen an die Kritikfähigkeit der Bewegung und ihrer Mitglieder. Gerade was den Umgang mit Sexismus betrifft, gelang es bei den Hörsaalbesetzungen oft nicht ein offenes Klima zu schaffen, in dem Antisexismus und Profeminismus auch in der Praxis umsetzbar waren. Da bleibt noch viel zu tun.

Nicht zuletzt gelingt oder scheitert eine Bewegung daran, inwieweit sie fähig ist, unterschiedlichste Menschen gleichberechtigt einzubinden und mit anderen Bewegungen, Organisationen und Institutionen Allianzen einzugehen. Klar ist, dass eine Bewegung, die sich nur auf Studierende beschränkt und sich auf vermeintlich rein bildungspolitische Themen und entsprechende Interessen konzentriert, keine wirkliche

soziale Bewegung ist und schnell Gefahr läuft, politisch isoliert oder reaktionär zu werden.

Die derzeitige Protestbewegung an den Universitäten bietet viele Anknüpfungspunkte für andere soziale Auseinandersetzungen, ob auf der Universität selbst (Prekäre Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft) oder außerhalb (Konflikte um die Situation an den Schulen, in den Kindergärten, aber auch am Arbeitsmarkt oder um die Umverteilung von Arbeit und Einkommen). Es gibt bereits zahlreiche Bestrebungen entsprechende Bewegungen zu vernetzen. Insofern befreiende Bildung, wie wir gesehen haben, nicht nur eine intellektuelle Anstrengung ist, sondern nur in einem Prozess der gesellschaftlichen Veränderung und der Organisation von Menschen begriffen werden kann, gilt es diese Bestrebungen zu intensivieren und zu unterstützen. In diesem Sinne schließe ich mit einer Aufforderung des italienischen Intellektuellen Antonio Gramsci aus dem Jahre 1919, den sich die AktivistInnen in den aktuellen Protesten offensichtlich schon zu Herzen genommen haben:

„Bildet euch, denn wir brauchen all eure Klugheit. Bewegt euch, denn wir brauchen eure ganze Begeisterung. Organisiert euch, denn wir brauchen eure ganze Kraft.“⁸

1 Der folgende Text entstand auf Basis eines Vortrages des Autors in einem Workshop im Rahmen der „Tage der freien Bildung“ am 31.10.2008 an der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Salzburg

2 Quelle: http://wiki.bildungsserver.de/index.php/Bildungssystem_in_Österreich (24.11.2009)

3 Die zeitnahe Abschaffung der Folter und Etablierung von Institutionen wie der (Volks)Schule deutet auf einen wesentlichen Wandel in der Art und Weise, wie Herrschaft im Staat ausgeübt wurde.

4 In Diskussionen wird oft angemerkt, dass es sich hier um gar keinen Widerspruch handelt. Man müsse nur zwischen einer „Disziplinierung von außen“ und einer Selbstdisziplin unterscheiden. Dem will ich entgegenhalten, dass eine solche Trennung keinen Sinn macht, insofern als Disziplinierungsprozesse als Subjektivierungsform immer auch gesellschaftlich vermittelte Prozesse sind. Eher trifft die Kritik zu, dass die Organisierungsfähigkeit in Gruppen, um gemeinsame Ziele zu erreichen, nicht unbedingt mit Disziplinierungsprozessen im strengen Sinne verbunden sein muss. Diese können einer solchen Disziplinierung sogar entgegenstreben, wenn sie Kollektivität aufbauen und gleichzeitig der Individualisierung, die ein wesentliches Element von Disziplinierungsprozessen ist, entgegenarbeiten.

5 Siehe: <http://www.europass.at/> (24.11.2009)

6 Viele Initiativen verloren dadurch ihren befreienden Gehalt, da sie sich organisatorisch wie inhaltlich bestimmten Zertifizierungsregelungen unterordnen mussten, manche haben jedoch kreative Möglichkeiten gefunden, Zugang zu Zertifikaten zu ermöglichen, ohne an Selbstbestimmung und kritischen Gehalt zu verlieren (durch Ausnützung bürokratischer Lücken, Unterstützung von MitarbeiterInnen in den Bürokratien und Bildungseinrichtungen, v.a. aber durch politischen Druck einer Bewegung oder Unterstützung durch Parteien).

7 Schafft nicht diese Arbeitserfahrung auch ein Bewusstsein für ein Phänomen, das Pierre Bourdieu „Scholastik“ nannte, nämlich die Unsichtbarkeit nicht-intellektueller Arbeit in Institutionen wie der Universität: Putzen der Gänge, Reparaturarbeiten, ...?

8 A. Gramsci; L'Ordine Nuovo, Titelseite 1. Mai 1919

Ziele und Organisation der Kritischen Universität¹

In den Monaten nach dem 2. Juni 1967 haben sich in Diskussionen und vorbereitenden Arbeitskreisen die folgenden Ziele und Aufgaben der Kritischen Universität herausgebildet. Der provisorische Initiativausschuss wird sie der ersten Vollversammlung der Kritischen Universität zur Beratung und Stellungnahme vorlegen.

I. Kritische Reflexion und wissenschaftliche Analyse für eine demokratische politische Praxis

Die Kritische Universität stellt sich die Aufgabe, durch kritisch-theoretische Reflexion und Anwendung empirisch-analytischer Methoden mitzuwirken an der Bestimmung der Ziele und Aktionen der außerparlamentarischen radikaldemokratischen Oppositionsgruppen in Westberlin, die an einer aufgeklärten Demokratisierung unserer Gesellschaft und an der Befreiung von Unterdrückung und Unmenschlichkeit, insbesondere in den Ländern der Dritten Welt, aktiv teilnehmen wollen. Sie will deren aufklärerische Agitation und Praxis aktuell und langfristig verständlicher und wirksamer, d. h. auch experimentell lehrbar machen. Sie begreift sich darin als kritisch denkendes und praktisch handelndes Subjekt gegenüber einer Gesellschaft, in der „Wissenschaft“ überwiegend zur bloßen Technik, zur „Substanz des praktischen Lebens“ (Schelsky) und damit zum reinen Objekt der herrschenden Politik geworden ist.

Die Ergebnisse ihrer Arbeit sollen insbesondere die politische Praxis der Studentenvertretungen, die an der demokratischen Oppositionsbewegung teilnehmen, unterstützen. In dieser Konkretisierung des „Politischen Mandats“ der Studentenschaft wird ein spezifischer historischer Zusammenhang zwischen kritischer Theorie, Wissenschaft und Praxis öffentlich-demonstrativ wiederhergestellt. Dieser Anspruch, der sich aus der verfassungsrechtlich geschützten Teilhabe der Studenten an der Wissenschaftsfreiheit und ihrer akademischen Selbstverwaltung legitimiert, kann durch administrative Gewalt behindert, aber nicht beseitigt werden.

II. Demokratische Studienreform und Hochschulkritik

Die Kritische Universität versteht sich als eine neue Organisationsform praktischer experimenteller Hoch-

schulreform und permanenter Hochschulkritik. Überall dort, wo bestimmte Inhalte und Methoden der Wissenschaft, ihrer Anwendung und ihrer Vermittlung mit gesellschaftlicher Praxis, die dem Emanzipations- und Demokratisierungsprozess der Gesellschaft dienen, von den herrschenden Exponenten und Gremien der Hochschulen behindert oder ausgeschlossen werden, sollten Studenten in Verbindung mit interessierten Assistenten, Dozenten und Experten aus der Berufspraxis dazu übergehen, die Arbeit an diesen Themen selbst zu organisieren. Diese autonome kooperative Tätigkeit dient dem stets gefährdeten Versuch einer subjektiven Emanzipation und Selbstverwirklichung der Studenten und jungen Wissenschaftler gegen den herrschenden akademischen Lehr- und Forschungsbetrieb. Sie kann sich aber auch auf lange Sicht als nützlich für den Kampf um subjektive befriedigende und emanzipatorische Arbeitsformen und Arbeitsziele in der späteren Berufspraxis erweisen (vgl. III.).

Zur Sicherung dieser selbst organisierten Studienreform muss die Kritische Universität einerseits an einer permanenten Hochschulkritik arbeiten, die irrationale und repressive Strukturen und Ziele des herrschenden Lehrbetriebs innerhalb der Hochschulen und in der Öffentlichkeit demonstrativ angreift und in Frage stellt (durch Vorlesungs- und Prüfungsrezensionen, öffentliche Disputationen und Tribunale). Andererseits muss sie zusammen mit den studentischen Fachschaftsvertretungen allen Studenten eine effektive solidarische Hilfe zur erfolgreichen Bewältigung der bestehenden, vielfach irrationalen Studien- und Examenanforderungen anbieten (z.B. kritische Studienführer, Lektürepläne und Vorlesungsskripten als Ersatz für zeitraubende, unrationelle Pflichtveranstaltungen, deren Besuch dann zu vermeiden wäre).

Durch die praktisch vorweggenommene und selbst organisierte, wenn auch fragmentarische Studienreform und eine permanente öffentliche Hochschulkritik will die Kritische Universität die Position der Studentenvertretungen und der abhängigen Wissenschaftler im Kampf um die Demokratisierung der Hochschulstruktur stärken.

Ausgehend von ihrer Arbeit an Strategien der demokratischen gesellschaftlichen Veränderung zum Abbau von Herrschaft und Unterdrückung und auf Grund

ihrer eigenen experimentellen Studienveranstaltungen und kleineren Forschungsobjekte will sich die Kritische Universität darum bemühen, dass neue emanzipatorische und kritische Fragestellungen in die offiziellen Programme der Forschung und des Studiums, aber auch der Lehrerbildung, der akademischen Fortbildung und des Schulunterrichts aufgenommen werden.

III. Demokratische Wissenschafts- und Berufspolitik der Intelligenz

Selbst organisierte experimentelle Hochschulreform, permanente Hochschulkritik und die Auslösung genereller demokratischer Hochschulreformen dienen letztlich der rascheren und breiteren Entfaltung von theoretisch-wissenschaftlichen Fortschritten und der Stärkung der sozialen Selbstorganisation der Träger dieser Fortschritte im Kampf gegen die permanente verschleierte Vernichtung oder den Missbrauch ihrer praktischen Realisierungschancen unter den herrschenden Arbeits- und Wirtschaftsverhältnissen.

Je intensiver der theoretische wissenschaftlich-technologische Fortschritt sich zu entfalten und sozial in seinen Subjekten zu organisieren vermag, desto eher kann die Wissenschaft angesichts der bestehenden gesellschaftlichen Barrieren ihrer objektiv möglichen praktischen Anwendung im Dienste der Verbesserung des menschlichen Daseins wieder zu einer emanzipatorischen historischen Kraft werden.

Die Kritische Universität wird daher auch versuchen, zu einem Forum und Aktionszentrum der Studenten, Wissenschaftler und akademischen Praktiker zu werden, die sich bewusst in den Dienst eines solchen objektiv gesellschaftskritischen Fortschritts der Wissenschaft stellen – gegen jene Institutionen und Unternehmen, die wissenschaftliche Methoden zur

Organisation der verschleierte Vernichtung geistigen Kapitals, zur Sabotierung oder zur inhumanen Perversion wissenschaftlicher Fortschritte missbrauchen, z. B. bei der planvollen Herabsetzung der Lebensdauer von Produkten und Dienstleistungen oder bei der Verwissenschaftlichung der Manipulation von Menschen in den Bewusstseinsindustrien. In Verbindung mit interessierten Wissenschaftlern und Gewerkschaftsorganisationen soll ein „Dokumentationszentrum über den Missbrauch der Wissenschaft für inhumane und destruktive Zwecke“ (vgl. H. Marcuse in „Kritik der reinen Toleranz“, Frankfurt 1966) vorbereitet werden.

In der Kritischen Universität können sich die Studenten und jungen Akademiker, die in ihrem Berufsleben an der Realisierung der progressiven wissenschaftlich-technologischen Möglichkeiten für die Emanzipation der Menschen von Unterdrückung, Mangel und Manipulation mitwirken wollen, auf die unvermeidlichen Konflikte mit etablierten Machteliten und bürokratischen Apparaten, aber auch mit konformistischen und autoritären Kollegen vorbereiten. Es sollen Organisationsformen und Strategien entwickelt werden, die es der kritischen Intelligenz in den Berufen und Betrieben ermöglichen, für eine gesellschaftliche Demokratisierung und menschliche Rationalisierung der Arbeitsverhältnisse und Arbeitsziele zu kämpfen.

Dazu gehören u. a. die systematische Kritik von irrationalen Strukturen in der Arbeitsorganisation, die auf der objektiv überflüssigen Herrschaft privilegierter und überalterter Führungseliten beruhen; die Bildung einer organisierten Opposition in den berufsständischen Interessenverbänden; die Nutzung von günstigen Arbeitsmarktsituationen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse sowie Aufklärungsaktionen zur Herstellung einer politischen Kooperation mit den bewussten Teilen der lohnabhängigen Arbeiter und der Jugend.

Dieser Text erschien ursprünglich in: Kritische Universität, Freie Studienorganisation der Studenten in Hoch- und Fachschulen von Westberlin, Programm und Verzeichnis der Studienveranstaltung im WS 1967/68, S.44ff

1 aus: Kritische Universität, Freie Studienorganisation der Studenten in Hoch- und Fachschulen von Westberlin, Programm und Verzeichnis der Studienveranstaltung im WS 1967/68, S.44ff
Quelle: <http://www.infopartisan.net/archive/1967/266750.html>

Über die AutorInnen

AG Emanzipative Uni ist eine Arbeitsgruppe im Rahmen der universitären Protestbewegung an der Universität Wien.
http://unsereuni.at/wiki/index.php/Emanzipative_Uni

Andrea Benino studierte Philosophie mit Schwerpunkt auf die Verbindungen zwischen Ontologie und Politik im französischen Poststrukturalismus und im italienischen Post-Operaismus. Er arbeitet derzeit als Lehrer und ist aktiv im Rahmen des *centro sociale* Askatasuna in Turin, wo er auch lebt.

Martin Birkner ist „krisenbedingt“ gekündigter IT-Arbeiter, unbezahlter Philosoph, politischer Aktivist und Redakteur der *grundrisse.zeitschrift für linke theorie & debatte*. Gemeinsam mit Robert Foltin verfasste er „(Post-)Operaismus. Von der Arbeiterautonomie zur Multitude“.

George Caffentzis ist Mitbegründer des Committee for Academic Freedom in Africa, Mitglied des Midnight Notes Collective und des edu-factory Collective. Er lebt und arbeitet in Southern Maine.

Elsa Dorlin ist Philosophin und Professorin an der Universität Paris 1 Panthéon-Sorbonne, wo sie neuzeitliche Philosophie unterrichtet. Sie ist die Autorin des Buches „La matrice de la race: généalogie sexuelle et coloniale de la Nation française“ und Herausgeberin des Sammelbandes „Sexe, race, classe : pour une épistémologie de la domination“.

Eva Egermann arbeitet als Künstlerin in verschiedenen Medien und lebt in Wien; Studium an der Akademie der bildenden Künste Wien (konzeptuelle Kunst), seit 2007 künstlerisch-wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich für Kunst und Kommunikation; Teil unterschiedlicher Kollektive wie bislang der Manoa Free University oder der Künstlerinnengruppe GirlsOnHorses, Redakteurin der Zeitschrift Malmoe.

Andreas Exner studierte im Diplomstudium Ökologie, derzeit Dissertation; mehrere Jahre in vegetations-ökologischen Forschungsprojekten an der Universität Wien; arbeitete in der Betreuung behinderter und psychisch kranker Menschen, derzeit in einem ökologi-

schen Büro als Gutachter tätig; von 2000 bis 2005 bei Attac; Redaktionsmitglied der Streifzüge (www.streifzuege.org); Herausgeber von „Losarbeiten – arbeitslos? Globalisierungskritik und die Krise der Arbeitsgesellschaft“ sowie von „Grundeinkommen. Soziale Sicherheit ohne Arbeit“; freier Publizist. Seit April 2009 Arbeiterkammer-Rat der AUG/UG (Grüne/UG in Kärnten).

Silvia Federici ist Mitbegründerin des Committee for Academic Freedom in Africa, Mitglied des Midnight Notes Collective und des edu-factory Collective. Sie lebt und arbeitet in New York City.

Robert Foltin ist Redakteur der *grundrisse.zeitschrift für linke theorie & debatte* und Autor von „Und wir bewegen uns doch. Soziale Bewegungen in Österreich“ und gemeinsam mit Martin Birkner „(Post-)Operaismus. Von der Arbeiterautonomie zur Multitude“.

André Gorz (★ Februar 1923 in Wien als Gerhard Horst; † 22. September 2007 in Vosnon, Frankreich) war ein französischer Sozialphilosoph österreichischer Herkunft. Seit den fünfziger Jahren lebte er als Publizist in Frankreich, war Mitarbeiter Jean-Paul Sartres und Mitbegründer des Nachrichtenmagazins *Le Nouvel Observateur*. Über lange Jahre ein Anhänger Sartres existentialistischer Variante des Marxismus, brach Gorz mit Sartre nach dem Pariser Mai 1968. André Gorz wandte sich der politischen Ökologie zu und wurde deren führender Theoretiker. Zentrales Thema in den Überlegungen Gorz' ist stets die Frage der Arbeit: Befreiung von der Arbeit, gerechte Verteilung der Arbeit, Entfremdung in der Arbeit. Gorz gehörte zu den entschiedensten Befürwortern eines bedingungslosen Grundeinkommens.

Frigga Haug ist Soziologin und Psychologin, war bis 2001 Professorin für Soziologie an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik. Sie ist Mitherausgeberin und Redakteurin der Zeitschrift „Das Argument“, Redakteurin des „Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus“, des „Forums Kritische Psychologie“ und Vorsitzende des Berliner Instituts für Kritische Theorie (InkriT). 1979 gründete sie zu-

sammen mit Wolfgang Fritz Haug die Berliner Volks-Uni. Haug ist Begründerin der Methode Kollektive Erinnerungsarbeit, ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Themen der weiblichen Vergesellschaftung und Frauenpolitik, Arbeit und Automation, Lernen und sozialwissenschaftlichen Methoden.

Uta Isop studierte Philosophie und Lehramt in Wien. Arbeitet am Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien in Klagenfurt. Arbeitsschwerpunkte Soziale Bewegungen, Geschlechterkritik, Anarchafeminismen u.a.

Brigitte Kratzwald ist Sozialwissenschaftlerin, arbeitet in Graz zu sozial- und wirtschaftspolitischen Themen, Attac-Aktivistin, 3 Jahre im Vorstand von Attac Österreich, engagiert im Studierendenprotest in der Uni Graz und in selbstorganisierten Projekten in Graz.

Franz Nahrada war von 1975 bis 1979 Studienrichtungsvertreter Soziologie an der damaligen philosophischen und später grund- und integrativwissenschaftlichen Fakultät. Beschäftigt sich nach Jahren der Wissenschaftskritik mit Wissensorganisation im digitalen Zeitalter, neuen Medien, transdisziplinärer Forschung und den Potentialen ländlicher Räume als Lebensräume und Lernräume. Er initiierte die „Global Village“ Veranstaltungen. 1984 erschien „Wohnen und Arbeiten im Global Village“, 2009 „Unsichtbare Intelligenz“.

Petra Neuhold studierte Soziologie, war Assoziierte am Center for Metropolitan Studies/Transnationales Graduiertenkolleg Berlin-New York, Visiting Scholar an der University of Toronto und von 2006-2009 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Stadt- und Regionalforschung an der ÖAW. Derzeit arbeitet sie an ihrer Dissertation zum Thema „Umkämpfter Multikulturalismus in Wien und Toronto“.

Erich Ribolits, Institut für Bildungswissenschaften der Universität Wien, Lehrbeauftragter an mehreren österreichischen Universitäten. Forschungsschwerpunkt: Verhältnis von Arbeit, Bildung und Gesellschaft. 2009 erschien von ihm „Bildung ohne Wert“.

Markus Schallhas lebt in Wien. Studium der Rechtswissenschaften in Linz und Tätigkeit als Patienten-

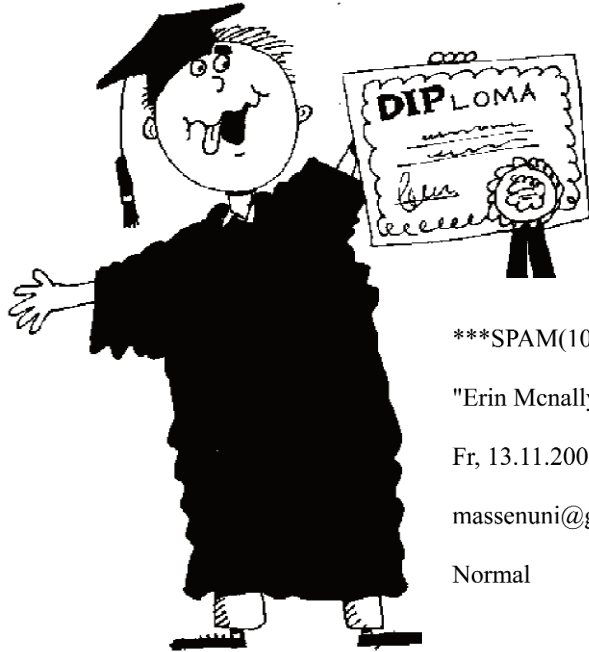
walt im Bereich Psychiatrie; aktuelles Studium der Kultur- und Sozialanthropologie, seit 2000 bei Attac Österreich; Mitglied des Netzwerks Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt; Engagement zum Thema Solidarische Ökonomie.

Paul Scheibelhofer ist Lektor an den Universitäten Wien und Innsbruck, hat Soziologie in Wien und Amsterdam studiert und verfasst derzeit seinen PhD am Gender Studies Department der Central European University (Budapest) zu Konstruktionen türkisch-migrantischer Männlichkeit im deutschsprachigen Raum. Forschungsprojekte und Publikationen zu: Migrations- und Rassismusforschung, Geschlechter und kritische Männerforschung, Jugendforschung.

Paul Singer, geb. 1932 in Wien, Soziologe und Professor für Makroökonomie an der Universität São Paulo, Mitbegründer der brasilianischen Arbeiterpartei PT, Planungssenator in São Paulo und seit Jänner 2003 Staatssekretär für Solidarische Ökonomie im brasilianischen Arbeitsministerium. 2009 erhielt Paul Singer das Große Ehrenzeichen der Republik Österreich verliehen. Er ist Mitglied des Ehrenpräsidiums des Paolo Freire-Zentrums in Wien.

Philip Taucher studiert Soziologie an der Universität Wien. Erste Kontakte mit der Praxis befreiender Bildung (educación popular) hatte er während seines Zivildienstes in Zentralamerika, später: Mitorganisation zahlreicher internationaler Jugendprojekte zum Thema Bildung, Mitarbeit im bildungspolitischen Referat der ÖH Uni Wien, Mitarbeit im Paulo Freire Zentrum für transdisziplinäre Entwicklungsforschung und Bildung, Mitbegründung der Initiative keine_uni, Mitarbeit im Redaktionsteam der Grünen Bildungswerkstatt Wien, derzeit lohnarbeitend in einem Hochschulforschungsprojekt am Institut für Höhere Studien Wien.

Petra Ziegler lebt in Wien, sie ist langjährige Aktivistin bei Attac Österreich. Inhaltliche Arbeit u.a. zu öffentlichen Dienstleistungen, Steuergerechtigkeit sowie kritische Auseinandersetzung mit der Politik der Europäischen Union. Aktueller Schwerpunkt: Solidarische Ökonomie. Mitautorin mehrerer Attac-Publikationen, demnächst erscheint „Alternativenwerkstatt zur globalen Krise“



SPAM(10.0) Real University diplomas.

"Erin McNally" <protestantsbhhk8@ra-birm.com>

Fr, 13.11.2009, 15:32

massenuni@gmx.at

Normal

BECAUSE YOU DESERVE IT! Is your lack of a degree holding you back from career advancement?
Are you having difficulty finding employment in your field of interest because you don't have the paper to back it up - even though you are qualified?
If you are looking for a fast and effective solution, we can help!
Call us right now for your customized diploma: Inside U.S.A.: 1-718-989-5746 Outside U.S.A.: +1-718-989-5746.
Just leave your NAME & TEL. PHONE # (with country-code) on the voicemail and one of our staff members will get back to you promptly!